

Stand: 27.06.2026 05:39:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2372

"Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2372 vom 24.06.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2477 des VF vom 01.07.2014
3. Beschluss des Plenums 17/2482 vom 01.07.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 01.07.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.11.2015
6. Bericht 17/19700 des EK-GLV vom 15.12.2017
7. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 30.01.2018



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Berthold Rüth, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Judith Gerlach, Max Gibis, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Andreas Lorenz, Tobias Reiß, Hans Ritt, Martin Schöffel, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Manuel Westphal, Ernst Weidenbusch** und **Fraktion (CSU)**,

Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias, Angelika Weikert und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Martin Stümpfig und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag setzt zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 BV) eine Enquete-Kommission ein, die sich mit folgenden Themenbereichen und Fragen beschäftigt und dem Landtag entsprechend berichten wird.

Am 15. September 2013 wurde von der bayerischen Bevölkerung mit großer Mehrheit ein Volksentscheid zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ angenommen. In der Begründung des Landtags heißt es dazu im Einzelnen:

„Das ‚Fördern‘ gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zum Staatsziel zu erheben, bedeutet (...), dass der Staat diesem Ziel bei all seinen Handlungen ein besonderes Gewicht beizumessen hat. (...) ‚Gleichwertig‘ bedeutet nicht ‚gleichartig‘. Die unterschiedlichen strukturellen, historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile Bayerns sind stets zu berücksichtigen. Der Staat muss allerdings nicht nur Mindestvoraussetzungen für die Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen sicherstellen, wie dies schon durch das Sozialstaatsprinzip geboten ist, sondern auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Bayern in allen Landesteilen auch die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben (Drs. 16/15140).“

Durch die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene Verfassungsänderung ist das im Bayerischen Landesplanungsgesetz (Art. 5 Abs. 2 BayLplG) und im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP-Ziel 1.1.1 Satz 1) enthaltene Leitziel der Landesplanung, wonach in allen Teilräumen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten sind, zu einem verfassungsrechtlich verankertem Staatsziel erhoben worden.

In der Begründung des LEP heißt es dazu u.a.: „Damit trotz bestehender Unterschiede alle Teilräume gleichwertige Entwicklungschancen haben, ist es notwendig, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen, an Arbeitsplätzen sowie an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zur Versorgung mit Gütern zu schaffen oder zu erhalten. Zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören die technische Infrastruktur (z.B. Einrichtungen zur Versorgung mit Energie und Wasser sowie Entsorgung, Post und Telekommunikation sowie Verkehrsinfrastruktur) sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur (z.B. Einrichtungen des Sozialwesens, der Gesundheit, der Bildung und der Kultur).“

Zur demografischen Entwicklung wird im LEP-Grundsatz 1.2.2 ausgeführt:

„Die Abwanderung der Bevölkerung soll insbesondere in denjenigen Teilräumen, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, vermindert werden.“

Die genannten Ziele und Grundsätze wurden schon in den Landesentwicklungsprogrammen 2003 und 2006 formuliert. Bayern ist bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen bereits auf einem guten Weg. So ist etwa die Arbeitslosenquote in allen Landesteilen deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt. Auch war der Unterschied bei der Arbeitslosenquote zwischen den bayerischen Regierungsbezirken noch nie so gering wie in den letzten Jahren.

Allerdings stellen insbesondere der demographische Wandel, die fortschreitende Globalisierung, der Klimawandel und der Umbau der Energieversorgung die räumliche Entwicklung Bayerns vor große Herausforderungen. Bei der Bevölkerungsentwicklung öffnet sich die Schere zwischen den Regionen. Vor allem in strukturschwächeren Räumen nimmt die Bevölkerung bei überdurchschnittlichem Anstieg des Anteils älterer Menschen ab. Auch bei der wirtschaftlichen Leistungskraft hat bei gleichzeitig deutlicher Steigerung des Niveaus in allen Regionen die Spreizung zwischen den stärkeren Landkreisen und kreisfreien Städten und den schwächeren zum Teil zugenommen.

Bayerns Stärke sind seine Menschen. Ihnen in jeder Region Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen, ist das Ziel bayerischer Politik. Die Enquete-Kommission soll dem auch zukünftig in politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht Rechnung tragen.

Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen und eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden können.

Dabei ist zu prüfen, ob die bestehenden Planungs- und Handlungsebenen der landesplanerischen Zielsetzung adäquat sind. Insbesondere ist die Wirksamkeit der Regionalen Planungsverbände bei der Stärkung peripherer Räume zu hinterfragen.

Die Enquete-Kommission muss deshalb mit den Akteuren einer zielgerichteten Landesplanung eng zusammenarbeiten, um die umfangreichen Kompetenzen in die Arbeit einfließen zu lassen.

Die Enquete-Kommission soll dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres erstmals berichten. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Maßnahmen der Staatsregierung, dem Verfassungsziel entsprechend, eingeleitet bzw. umgesetzt wurden.

A. Inhalt

- I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen
- II. Wirtschaft
- III. Kommunale Finanzausstattung
- IV. Infrastruktur
- V. Bildung
- VI. Medizinische Versorgung und Pflege
- VII. Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen

I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen

1. Was ist unter dem Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ für Bayern zu verstehen?

- a) Welche unverzichtbaren Bedingungen müssen erfüllt sein, um die Gleichwertigkeit von Lebens- und Arbeitsbedingungen feststellen zu können?
- b) Gibt es eine zureichende Anzahl an messbaren Indikatoren für die Feststellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse und welche sind das?

2. Sind in Bayern als dem größten deutschen Flächenland Raumordnung und Landesentwicklung, insbesondere das Zentrale-Orte-System, wesentliche Instrumente zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen?

- a) Welche Folgerungen lassen sich aus den Ergebnissen des Zensus 2011 sowie aus dem – für Sommer 2014 angekündigten – 17. Raumordnungsbericht und weiteren Daten zur Raumb Beobachtung für die Landesentwicklungspolitik herleiten?
- b) Reicht es für das System einer flächendeckenden Versorgung durch Zentrale Orte aus, wenn sich die Teilfortschreibung gemäß § 3a der LEP-Verordnung auf die (Neu-)Festlegung der Mittel- und Oberzentren beschränkt, obwohl das LEP auch Vorgaben für die Bestimmung der Grundzentren enthalten soll?
- c) Wäre es im Hinblick auf deutlich veränderte Lebens- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen einzelnen Teilräumen zweckmäßig, die nach einem Gutachten aus dem Jahr 1969 erfolgte Einteilung der Planungsregionen einer Überprüfung zu unterziehen?
- d) Welche staatlichen Finanzmittel und welche personelle und sachliche Ausstattung werden von den Trägern der Landes- und Regionalplanung zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern benötigt?

- e) Erfordert die Verwirklichung des Staatsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ auf regionaler Ebene, dass für jede Planungsregion in Bayern ein Regionsbeauftragter bestellt wird, der zugleich die Funktion eines Regionsmanagers übernehmen sollte?
- f) Genügt der LEP-Grundsatz 1.2.3 (Standorte staatlicher Einrichtungen) als Vorgabe, um die zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse erwünschte Verlagerung staatlicher Einrichtungen in die von Abwanderung bedrohten Teilräume zu initiieren und unter Gesichtspunkten der Raumordnung zu lenken?
- g) Welche Instrumente der Raumordnung und Landesplanung bieten sich an, damit Kommunen und andere örtliche Akteure selbständig die regionalen Gegebenheiten sinnvoll für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes nutzen können?
- h) Welche Anpassungsstrategien müssen in den verschiedenen Landesteilen verfolgt werden, um den absehbaren Folgen des Klimawandels entgegen zu treten?

II. Wirtschaft

1. Wie kann eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichergestellt werden?

- a) Nach welchen Kriterien soll die wirtschaftliche Entwicklung einer Region beurteilt werden?
- b) Wie kann erreicht werden, dass in den einzelnen Teilräumen eine möglichst ausgewogene Branchenstruktur entsteht und bestehende Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe gesichert werden können?
- c) Wie können die bäuerlichen Strukturen in der bayerischen Landwirtschaft erhalten werden? Wie kann die Rolle der Nebenerwerbslandwirtschaft gestärkt werden?
- d) Wie können die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit in allen Landesteilen die Investitions- und Innovationsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes steigt?
- e) Welche technischen Konzepte und welche Verwaltungskonzepte sind notwendig, um Industriebranchen wieder zu mobilisieren?

2. Wie können speziell in strukturschwachen Regionen Anreize für nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden?

- a) Wie können die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit auch in strukturschwächeren Landesteilen neue Betriebe angesiedelt werden und insgesamt die Investitionsfreudigkeit in diesen Regionen steigt?

- b) In welchen Branchen gibt es die größten Potenziale für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und wie können benachteiligte Teilräume davon profitieren?
- c) Welche ökonomischen, sozialen, kulturellen Anreize gibt es, Arbeitsplätze in strukturschwachen ländlichen Gebieten zu erhalten bzw. dort neue Stellen zu schaffen?
- d) Wie können Existenzgründer aus der Region für die Region gefördert und begleitet werden?
- e) Was kann unternommen und wie können Anreize geschaffen werden, dass Auszubildende nach ihrer Lehrzeit entweder gleich in der Region bleiben oder, wenn die Ausbildung in Ballungsräumen stattfindet, in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren?

3. Welche Strategien sind notwendig, damit Unternehmen in Bayern ihren Fachkräftebedarf decken?

- a) Welche Maßnahmen können getroffen werden, um zu erreichen, dass gut ausgebildete Fachkräfte auch in ländlichen Regionen gehalten werden?
- b) Kann dem Fachkräftemangel gerade in ländlichen Regionen durch zusätzliche Strukturen in der Erwachsenenbildung entgegengewirkt werden? Wenn ja, durch welche?

4. Wie kann die Energiewende als Programm für die Strukturentwicklung ländlicher Räume genutzt werden?

- a) Welche Landesteile würden besonders vom weiteren Ausbau erneuerbarer Energien profitieren?
- b) Wie können die landesweit unterschiedlichen Quoten und Qualitäten bei der energetischen Gebäudesanierung und energieeffizientem Bauen angeglichen werden?
- c) Wie kann sichergestellt werden, dass Kommunen und andere örtliche Akteure gerade in strukturschwachen Regionen selbständig von den Chancen einer dezentralen Energiewende profitieren können und wie kann das von staatlicher Seite sinnvoll unterstützt werden?

5. Wie kann die Tourismusförderung in Bayern zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen?

- a) Wie lässt sich mit Hilfe des Tourismus verstärkte regionale Wertschöpfung erzielen?
- b) Wie kann, vor allem für die Umwelt, nachhaltiger Tourismus aussehen? Wie lässt sich das auch raumordnerisch festlegen?
- c) Wie können in strukturschwachen Räumen touristisch geprägte Orte gezielt gefördert werden? Welche touristischen Angebote lassen sich dort etablieren?

- d) Wie kann das touristische Marketing in den einzelnen Regionen verbessert und stärker gebündelt werden?
- e) Ist es sinnvoll, etwa durch ein bayerisches Sonderförderprogramm die Sanierung maroder Frei- und Hallenbäder in Tourismusregionen zu unterstützen?

III. Kommunale Finanzausstattung

1. Wie sollte eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gestaltet sein, damit diese gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten kann?

- a) Was sind die Aufgaben der Kommunen, die insbesondere in der Daseinsvorsorge in allen Regionen in gleichwertiger Weise für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden sollen? Welche Finanzausstattung ist dafür nötig?
- b) Wie muss der kommunale Finanzausgleich gestaltet sein, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen bayerischen Kommunen gewährleisten zu können?
- c) Welche Auswirkungen für die Kommunen hätte eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer durch Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern in die Gewerbesteuerpflicht?
- d) Wird das Gebot der Bayerischen Verfassung (Art. 83 Abs. 3 BV), dass mit der Übertragung neuer Aufgaben an Kommunen im Gegenzug auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen sind (Konnexitätsprinzip), konsequent umgesetzt?
- e) Ist sichergestellt, dass bei den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine komplette Übernahme durch den Bund erfolgt und die Mittel vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden?
- f) Wie kann sichergestellt werden, dass bei der Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben im Umfang von fünf Milliarden Euro pro Jahr im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung durch ein Bundesteilhabegesetz eine komplette Übernahme durch den Bund erfolgt und die Mittel vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden?

2. Wie können die Finanzprobleme stark verschuldeter Kommunen auf Dauer gelöst werden, so dass sie in Zukunft wieder aus eigener Kraft die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten können?

- a) Sollten sogenannte Stabilisierungshilfen erhöht werden bzw. die Berücksichtigung der Bevölkerungsabwanderung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen noch stärker zum Tragen kommen?

- b) Was unterscheidet die Stabilisierungshilfen von einem Entschuldungsfonds? Wäre ein Entschuldungsfonds sinnvoll und wenn ja, wie müsste er beschaffen sein?
- c) Würde ein Sonderförderprogramm des Freistaats für finanzschwache Kommunen sinnvoll sein, damit sie künftigen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Inklusion und der Zuwanderung gewachsen sind?

IV. Infrastruktur

1. Wie kann die Verkehrserschließung in strukturschwachen Teilräumen nachhaltig gestärkt werden?

- a) Welche Erreichbarkeitsdefizite gibt es in Bayern? Welche Maßnahmen bieten sich für ihre Verringerung an?
- b) Welche (größeren) Infrastrukturmaßnahmen sind nötig, um strukturschwache Räume zu stärken?
- c) In dünn besiedelten Regionen steigen die Kosten für den Unterhalt des ÖPNV pro Einwohner aufgrund des demografischen Wandels. Können mit der Einführung eines Demografie-Faktors bei der Berechnung der Zuschüsse für den ÖPNV die Nachteile im ländlichen Raum ausgeglichen werden und welche Auswirkung hätte das für die Ballungszentren?
- d) In welchen strukturschwachen Räumen sollen stillgelegte, regionale Eisenbahnstrecken reaktiviert werden?
- e) Wie können die für den ländlichen Raum so wichtigen Staatsstraßen saniert werden und welche Investitionssummen sollen dafür aufgebracht werden und in welchem Zeitraum?
- f) Wie kann das Radwegenetz auch in strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen bedarfsgerecht ausgebaut werden? Welche Investitionsmaßnahmen sind in den nächsten Jahren notwendig, um den Radverkehr auszubauen?
- g) Welche überregionalen Eisenbahnstrecken in strukturschwachen Räumen in Bayern sollten vorrangig aus- oder umgebaut werden und in welchem Zeitraum?
- h) Welche Möglichkeiten des Freistaats gibt es, z.B. über ein Strukturförderprogramm, die Kommunen in strukturschwachen Räumen bei ihren Investitionen zu unterstützen?

2. Wie kann die bayerische Verkehrsinfrastruktur durch verstärkte Vernetzung eine flächen-deckende Verkehrserschließung gewährleisten?

- a) Welche Strategie bietet sich an, um sowohl alle Ober- und Mittelzentren in das überregionale öffentliche Verkehrsnetz einzubeziehen als auch bedarfsgerechte und attraktive Angebote des ÖPNV in ländlichen Regionen sicherzustellen und welchen Beitrag können Verkehrsverbünde hierzu leisten?
- b) Wie können auch die Querverbindungen sichergestellt werden (Spinnennetz statt Stern)?
- c) Wie kann die Kooperation des öffentlichen Personennahverkehrs mit den verschiedenen Formen des Individualverkehrs verbessert und wie können die erforderlichen Schnittstellen optimiert werden?
- d) Wie kann die Vernetzung des regionalen und überregionalen Schienenverkehrs verbessert werden (z.B. durch bessere Taktung)?
- e) Wie kann gewährleistet werden, dass auch Gemeinden ohne Schienenanschluss durch ein sinnvolles System von Buszubringern ein vertaktetes ÖPNV-Angebot mit guten Anschlüssen zum Schienenverkehr erhalten?
- f) Welche überörtlichen straßenbegleitenden Radwege sollen ausgebaut werden, um ein bayernweites Radwegenetz zu gewährleisten?

3. Welche Instrumente lassen sich sinnvoll einsetzen, um Ballungsräume durch eine verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsträger zu entlasten?

- a) Wie können die Verkehrsverhältnisse in den Ballungsräumen verbessert werden, um die höheren Fahrgastzahlen zu bewältigen?
- b) Wie kann der ÖPNV in Regionen mit Zuwanderungsdruck bedarfsgerecht ausgebaut werden?
- c) Welche größeren Infrastrukturmaßnahmen sind dazu notwendig?

4. Inwieweit können Städte, Gemeinden oder Kommunen mit dem Breitbandausbau ihren Standort aufwerten und somit für Gewerbetreibende und auch Privatpersonen attraktiver machen?

- a) Ein „schnelles Internet“ für alle wird gefordert. Wie hoch ist die Mindestbandbreite dafür und welche künftigen Änderungen sind dabei zu erwarten bzw. zu berücksichtigen?
- b) Ab welcher Bandbreite und unter welchen Umständen ist ein hochbitratiges Internet im Bereich der Daseinsvorsorge sowohl für Privathaushalte als auch für kommunale und regionale Betriebe zu verorten?

- c) In welchen Arbeitsbranchen werden Bandbreiten ab 25 MB/s / 50 MB/s / 100 MB/s von (zukunfts-)entscheidender Bedeutung sein?
- d) Wie stark beeinflusst die vorhandene Bandbreite die Wahl des Standorts für Unternehmen und für die Wahl des Heimatorts für Privatpersonen? Kann die vorhandene Bandbreite künftig ein ausschlaggebendes Element sein?
- e) Welche alternativen Möglichkeiten gibt es für Städte und Gemeinden, die wegen einer finanziell prekären Haushaltssituation das derzeitige Bayerische Breitbandprogramm nicht in Anspruch nehmen können?
- f) Welche Auswirkungen hätte die Festschreibung von schnellem Internet als Teil der Daseinsvorsorge im Telekommunikationsnetz auf die Geschwindigkeit des Breitbandausbaus, auf die privaten Anbieter, auf die Schließung der Lücken nicht nur im ländlichen Raum?
- g) Wie kann die Zusammenarbeit von Bund und Land, auch in finanzieller Hinsicht, beim Breitbandausbau gerade im ländlichen Raum verbessert werden?
- h) Welche technischen Entwicklungen sind in den nächsten zehn Jahren insbesondere bei der Digitalisierung zu erwarten und welche Auswirkung hat dies auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Regionen Bayerns?

V. Bildung

1. Wie kann ein ausgewogenes Schul- und Betreuungsangebot mit kurzen und vor allem sicheren Wegen auch im Hinblick auf den demografischen Wandel in allen Landesteilen sichergestellt werden?

- a) Welchen Einfluss hat die wohnortnahe Schulversorgung bzw. die Länge des Schulwegs auf die Wohnortwahl von Familien mit kleinen Kindern?
- b) Welche Auswirkungen werden Abwanderung und demografischer Wandel auf den Bedarf an Kindertagesstätten/Kindergärten in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich haben (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)? Müssen Einrichtungen aufgegeben werden? Wo müssen neue Einrichtungen geschaffen werden?
- c) Wie werden sich die Schülerzahlen bis 2030 entwickeln (aufgeschlüsselt nach Schularten, Landkreisen und kreisfreien Städten)? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um bedarfsgerecht ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote auszubauen?

- d) Wäre es sinnvoll, im Bereich der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur messbare Kriterien zu definieren, die ein wohnortnahes Netz an festgelegten Angeboten garantieren und welche Kriterien kämen hierfür in Frage?
- 2. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, damit Schulabgänger künftig in ihrem Heimatort einen Ausbildungsberuf ergreifen können?**
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden können?
- 3. Wie kann ein ausgewogenes Hochschulangebot in allen Landesteilen sichergestellt werden?**
- a) Wie lässt sich der Zielkonflikt zwischen Exzellenzclustern und einem breiten Ausbau von Hochschulangeboten in Einklang bringen und welche Maßnahmen könnten ihn abmildern (z.B. stärkere Vernetzung)?
- b) Welche Erfahrungen haben Kommunen gemacht, die in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Universitäts- oder Fachhochschulstandort (heute: Hochschule für angewandte Wissenschaften) ausgebaut wurden oder in denen eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung angesiedelt wurde? Welche Auswirkungen hatte dies für die Region und die örtliche Wirtschaft?
- c) Gibt es in Bayern weitere Standorte, die sich als Hochschulcampus oder zumindest als Außenstelle einer Hochschule eignen?
- d) Welche infrastrukturellen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Voraussetzungen einer Stadt oder Gemeinde könnten im Grundsatz eine Ansiedelung einer Hochschuleinrichtung begünstigen?

VI. Medizinische Versorgung und Pflege

- 1. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung aller Landesteile mit medizinischen Versorgungseinrichtungen sichergestellt werden?**
- a) Mit welchen Mitteln kann eine wohnortnahe stationäre sowie ambulante haus- und fachärztliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden? Welche Strategien sind sinnvoll, um den Patienten den Weg zum Arzt ohne eigenen PKW zu ermöglichen?
- b) Wäre es sinnvoll, im Bereich der medizinischen Infrastruktur messbare Kriterien zu definieren, die ein wohnortnahes Netz an festgelegten Angeboten garantieren und welche Kriterien kämen hierfür in Frage?

- c) In welchen Planungsbereichen der allgemein- und fachärztlichen Versorgung besteht in Bayern derzeit Unterversorgung? In welchen Planungsbereichen besteht derzeit Überversorgung?
- d) Welche Bedeutung haben Medizinische Versorgungszentren für eine flächendeckende allgemein- und fachärztliche Versorgung?
- e) Wie kann ein flächendeckendes Netz der Geburtshilfe in Bayern sichergestellt werden, das den werdenden Müttern die Wahl des Geburtsorts offen lässt und ihnen die Begleitung durch eine Hebamme vorgeburtlich, nachgeburtlich und in der Geburtshilfe zusichert?
- f) Wodurch kann eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen Krankenhäuser auch im ländlichen Raum sichergestellt werden?
- g) In welchen Bereichen der medizinischen Versorgung besteht Verbesserungsbedarf bei der sektorenübergreifenden Versorgung?
- 2. Welche zusätzlichen Maßnahmen und Anreize müssen getroffen bzw. geschaffen werden, um Ärzte und Fachärzte zu einer Niederlassung vor allem in ländlichen Gebieten zu bewegen?**
- a) Sollte die Funktion der Hausärzte als Lotsen im Gesundheitssystem ausgebaut werden?
- b) Wodurch kann der Stellenwert der Allgemeinmedizin an den Universitäten erhöht werden, um Medizinstudenten frühzeitig die zentrale Rolle der hausärztlichen Versorgung zu vermitteln?
- 3. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung mit Präventions- und Pflegeeinrichtungen auch in strukturschwächeren Räumen gewährleistet werden?**
- a) Können durch wohnortnahe Präventionsangebote die körperlichen und geistigen Aktivitäten älterer Menschen gefördert werden?
- b) Können durch den Ausbau der wohnortnahen und quartiersbezogenen Pflegeberatung und durch flächendeckende Erweiterung von Pflegestützpunkten die einheitlichen Standards auch in strukturschwächeren Räumen eingehalten werden?
- c) Kann eine Stärkung der ambulanten Pflegedienste durch Umsetzung des erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs und durch die Anhebung der Pflegegeld- und Sachleistungen gewährleistet werden?
- d) Durch welche Maßnahmen kann eine Aufwertung und Entlastung von familiären Pflegepersonen erreicht werden?

4. Wie kann die optimale Versorgung mit rettungsdienstlichen Leistungen, einschließlich der notärztlichen Leistungen, insbesondere in ländlichen Regionen auch in der Zukunft gewährleistet werden?

- a) Welche strukturellen Veränderungen sind im Rettungsdienst erforderlich? Wie können hier bestehende Ressourcen und Kooperationsmöglichkeiten optimiert eingesetzt werden? Welche neuen Techniken (z.B. Telemedizin) sind möglich? Welche technischen Voraussetzungen sind hierfür nötig?
- b) Wie kann eine tragfähige Datenbasis für ein umfassendes Qualitätsmanagement in der Notfallmedizin (Rettungsdienst einschl. Nahtstellen der Kliniken) ausgebaut und für Versorgungsforschung effizient eingesetzt werden?

VII. Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen

1. Wie können in allen Landesteilen attraktive Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen geschaffen werden?

- a) Welches Instrumentarium könnte man den Kommunen an die Hand geben und mit welchen Instrumenten können Kommunen unterstützt werden, um Innerortsflächen zu mobilisieren, damit dem Flächenverbrauch im ländlichen Raum in Bayern entgegengewirkt werden kann?
- b) Welche Konzepte des Wohnens können im Hinblick auf den gesellschaftlichen und demographischen Wandel gerade auch im ländlichen Raum für ältere Menschen besonders geeignet sein?
- c) Wie können insbesondere kleinere ländliche Gemeinden bei einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne einer Erfüllung ihrer umfassenden Aufgaben unterstützt und gefördert werden?
- d) Welche Angebote müssen in den verschiedenen Teilbereichen zur Verfügung stehen, damit Migrantinnen und Migranten überall mit den gleichen Chancen am öffentlichen Leben teilhaben können?
- e) Welche Instrumente bieten sich an, um Geschlechtergerechtigkeit in den verschiedenen Teilgebieten Bayerns durchzusetzen? Wie kann die Raumentwicklungspolitik für das Gender Mainstreaming sensibilisiert werden?
- f) Welche Bedeutung hat das Programm „Soziale Stadt“ in strukturschwachen Räumen und welche Auswirkungen haben Mittelkürzungen?

- g) Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um eine Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und ein barrierefreies Gemeinwesen flächendeckend zu erreichen?
- h) Wie kann der Schließung von Polizeidienststellen in ländlichen Regionen begegnet werden? Wie kann ein angemessener Zugang zu den Leistungen der Justiz für Recht suchende Einwohnerinnen und Einwohner und Unternehmen sichergestellt werden?
- i) Wie wichtig ist Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Thema Arbeitsweg? Welchen zeitlichen Aufwand wären sie bereit, auf sich zu nehmen, um ihrer Arbeit nachgehen zu können?

2. Wie sollte den regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt begegnet werden?

- a) Welche durchschnittlichen Werte sind bis 2030 bei den Miet- und Grundstückspreisen zu erwarten und wie wird sich dies auf das Wanderungsverhalten der Bürger innerhalb Bayerns auswirken? Welche ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen wird dies für Bayern haben (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
- b) Sollte die Laufzeit der Bindung von Sozialwohnungen verlängert werden?
- c) Sollte das genossenschaftliche Wohnen ausgebaut werden, um sozialverträgliche Unterkünfte zu schaffen?
- d) Welche Vorteile bringt es, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnraum unter kommunalen Genehmigungsvorbehalt zu stellen?
- e) Kann Mietwucher verhindert werden, wenn bei Neuvermietungen die Mieterhöhung auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt wird, die Kappungsgrenze abgesenkt wird und die Möglichkeit, Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen, auf zehn Jahre begrenzt wird?
- f) Wie wirken sich Mietpreisbremsen, abgesenkte Kappungsgrenzen und zeitlich beschränkte Umlagemöglichkeiten nach Modernisierungen auf die Investitionsbereitschaft der Immobilienbranche aus? Wird weniger in Ballungsräume investiert, wenn dort Mietpreiserhöhungen beschränkt werden, weil eher in Immobilien in Umlagegemeinden investiert wird, in denen die Beschränkungen nicht gelten?
- g) Welche Auswirkungen hat der Wertverlust von Immobilien in strukturschwachen Räumen auf die Altersvorsorge?

3. Welche Möglichkeiten gibt es, in allen Landesteilen eine ausreichende Nahversorgung sicherzustellen?

- Wie kann das System der zentralen Orte in Bayern sinnvoll reformiert werden, so dass für alle Teilgebiete eine bedarfsgerechte und ökologisch sinnvolle Grundversorgung sichergestellt ist?
- Welche Art der Nahversorgung ist für die Menschen in Bayern aktuell ausschlaggebend bei Auswahl des Heimatstandorts?
- Welche Art der Nahversorgung ist mit Blick auf den demografischen Wandel künftig in allen Teilgebieten Bayerns von Bedeutung?
- Wie kann der Konflikt zum Flächenverbrauch bei der Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen gelöst werden?

4. Wie kann ein vielfältiges kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden?

- Wie kann das Angebot von Theater- und Musikaufführungen außerhalb der Oberzentren erhalten und verbessert werden?
- Welche Arten von kulturellen Einrichtungen sind in Bayern bei den Menschen besonders populär und werden am häufigsten nachgefragt? Welche Ziele muss ein Landesentwicklungskonzept Kultur verfolgen, damit entsprechende kulturelle Angebote für alle Altersgruppen in allen Teilgebieten wahrgenommen werden können? Mit welchen Mitteln sind diese Ziele bestmöglich zu erreichen?
- Welche Möglichkeiten gibt es, Kultureinrichtungen und Freizeitangebote so an den ÖPNV oder ähnliche Einrichtungen (z.B. Ruf-Taxi) anzubinden, dass eine gefahrlose An- und Abreise gerade für Jugendliche auch zu Nachtzeiten gewährleistet ist?
- Wie können historische Ortskerne der Dörfer und Städte unter Wahrung ihrer denkmalwürdigen und ortsbildprägenden Bausubstanz sowie ihrer Multifunktionalität dauerhaft gesichert werden?
- Wie kann das Netz der Sportanlagen vor allem in unterversorgten Gebieten weiter ausgebaut werden?

B. Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission besteht aus 13 Abgeordneten und 8 weiteren Mitgliedern, insgesamt also aus 21 Mitgliedern.

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder werden bestellt:

I. Abgeordnete

CSU

Mitglieder

Max Gibis
 Michaela Kaniber
 Andreas Lorenz
 Tobias Reiß
 Berthold Rüth
 Martin Schöffel
 Carolina Trautner
 Manuel Westphal

Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter

Robert Brannekämper
 Michael Brückner
 Judith Gerlach
 Michael Hofmann
 Dr. Gerhard Hopp
 Thomas Huber
 Hans Ritt
 Peter Tomaschko

SPD

Mitglieder

Dr. Christoph Rabenstein
 Annette Karl
 Günther Knoblauch

Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter

Klaus Adelt
 Florian von Brunn
 Ruth Müller

FREIE WÄHLER

Mitglied

Alexander Muthmann

Stellvertreter

Dr. Karl Vetter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied

Markus Ganserer

Stellvertreterin

Rosi Steinberger

II. Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Hubert Job

Inhaber des Lehrstuhls für Geographie und Regionalforschung, Universität Würzburg

(Stellvertreter für den Zeitraum von November 2014 bis April 2015:

Dr. Ralf Klein, Hochschullehrer am Lehrstuhl für Geographie und Regionalforschung, Universität Würzburg)

Walter Keilbart Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern

Prof. Dr. Lothar Koppers Direktor des Instituts für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen e.V., Hochschule Anhalt

Dr. Isabelle Kürschner Ambassador for the Germanic Region bei der Catalyst Europe AG

Prof. Dr. Holger Magel Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V.

Prof. Dr. Manfred Miosga Leiter der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung, Universität Bayreuth

Roland Spiller Vorsitzender des Amtes für ländliche Entwicklung Niederbayern

Dr. Detlev Sträter Mitarbeiter der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e. V.

III. Vorsitz

Zum **Vorsitzenden** wird der Abgeordnete **Berthold Rüth**, zum **stellvertretenden Vorsitzenden** der Abgeordnete **Dr. Christoph Rabenstein** bestellt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Berthold Rüth, Robert Brannekämper u.a. und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/2372

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
"Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Petra Guttenberger**
Mitberichterstatler: **Horst Arnold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 1. Juli 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Berthold Rüth, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Judith Gerlach, Max Gibis, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Andreas Lorenz, Tobias Reiß, Hans Ritt, Martin Schöffel, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Manuel Westphal, Ernst Weidenbusch** und **Fraktion (CSU)**,

Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzer, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasedelen, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias, Angelika Weikert und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Martin Stümpfig und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2372, 17/2477

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“

Der Landtag setzt zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 BV) eine Enquete-Kommission ein, die sich mit folgenden Themenbereichen und Fragen beschäftigt und dem Landtag entsprechend berichten wird.

Am 15. September 2013 wurde von der bayerischen Bevölkerung mit großer Mehrheit ein Volksentscheid zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ angenommen. In der Begründung des Landtags heißt es dazu im Einzelnen:

„Das ‚Fördern‘ gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zum Staatsziel zu erheben, bedeutet (...), dass der Staat diesem Ziel bei all seinen Handlungen ein besonderes Gewicht beizumessen hat. (...) ‚Gleichwertig‘ bedeutet nicht ‚gleichartig‘. Die unterschiedlichen strukturellen, historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile Bayerns sind stets zu berücksichtigen. Der Staat muss allerdings nicht nur Mindestvoraussetzungen für die Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen sicherstellen, wie dies schon durch das Sozialstaatsprinzip geboten ist, sondern auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Bayern in allen Landesteilen auch die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben (Drs. 16/15140).“

Durch die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene Verfassungsänderung ist das im Bayerischen Landesplanungsgesetz (Art. 5 Abs. 2 BayLplG) und im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP-Ziel 1.1.1 Satz 1) enthaltene Leitziel der Landesplanung, wonach in allen Teilräumen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten sind, zu einem verfassungsrechtlich verankertem Staatsziel erhoben worden.

In der Begründung des LEP heißt es dazu u.a.: „Damit trotz bestehender Unterschiede alle Teilräume gleichwertige Entwicklungschancen haben, ist es notwendig, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen, an Arbeitsplätzen sowie an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zur Versorgung mit Gütern zu schaffen oder zu erhalten. Zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören die technische Infrastruktur (z.B. Einrichtungen zur Versorgung mit Energie und Was-

ser sowie Entsorgung, Post und Telekommunikation sowie Verkehrsinfrastruktur) sowie die soziale und kulturelle Infrastruktur (z.B. Einrichtungen des Sozialwesens, der Gesundheit, der Bildung und der Kultur).“

Zur demografischen Entwicklung wird im LEP-Grundsatz 1.2.2 ausgeführt:

„Die Abwanderung der Bevölkerung soll insbesondere in denjenigen Teilräumen, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, vermindert werden.“

Die genannten Ziele und Grundsätze wurden schon in den Landesentwicklungsprogrammen 2003 und 2006 formuliert. Bayern ist bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen bereits auf einem guten Weg. So ist etwa die Arbeitslosenquote in allen Landesteilen deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt. Auch war der Unterschied bei der Arbeitslosenquote zwischen den bayerischen Regierungsbezirken noch nie so gering wie in den letzten Jahren.

Allerdings stellen insbesondere der demographische Wandel, die fortschreitende Globalisierung, der Klimawandel und der Umbau der Energieversorgung die räumliche Entwicklung Bayerns vor große Herausforderungen. Bei der Bevölkerungsentwicklung öffnet sich die Schere zwischen den Regionen. Vor allem in strukturschwächeren Räumen nimmt die Bevölkerung bei überdurchschnittlichem Anstieg des Anteils älterer Menschen ab. Auch bei der wirtschaftlichen Leistungskraft hat bei gleichzeitig deutlicher Steigerung des Niveaus in allen Regionen die Spreizung zwischen den stärkeren Landkreisen und kreisfreien Städten und den schwächeren zum Teil zugenommen.

Bayerns Stärke sind seine Menschen. Ihnen in jeder Region Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen, ist das Ziel bayerischer Politik. Die Enquete-Kommission soll dem auch zukünftig in politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht Rechnung tragen.

Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen und eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden können.

Dabei ist zu prüfen, ob die bestehenden Planungs- und Handlungsebenen der landesplanerischen Zielsetzung adäquat sind. Insbesondere ist die Wirksamkeit der Regionalen Planungsverbände bei der Stärkung peripherer Räume zu hinterfragen.

Die Enquete-Kommission muss deshalb mit den Akteuren einer zielgerichteten Landesplanung eng zusammenarbeiten, um die umfangreichen Kompetenzen in die Arbeit einfließen zu lassen.

Die Enquete-Kommission soll dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres

erstmals berichten. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Maßnahmen der Staatsregierung, dem Verfassungsziel entsprechend, eingeleitet bzw. umgesetzt wurden.

A. Inhalt

- I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen
- II. Wirtschaft
- III. Kommunale Finanzausstattung
- IV. Infrastruktur
- V. Bildung
- VI. Medizinische Versorgung und Pflege
- VII. Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen

I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen

1. Was ist unter dem Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ für Bayern zu verstehen?

- a) Welche unverzichtbaren Bedingungen müssen erfüllt sein, um die Gleichwertigkeit von Lebens- und Arbeitsbedingungen feststellen zu können?
- b) Gibt es eine zureichende Anzahl an messbaren Indikatoren für die Feststellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse und welche sind das?

2. Sind in Bayern als dem größten deutschen Flächenland Raumordnung und Landesentwicklung, insbesondere das Zentrale-Orte-System, wesentliche Instrumente zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen?

- a) Welche Folgerungen lassen sich aus den Ergebnissen des Zensus 2011 sowie aus dem – für Sommer 2014 angekündigten – 17. Raumordnungsbericht und weiteren Daten zur Raumbeobachtung für die Landesentwicklungspolitik herleiten?
- b) Reicht es für das System einer flächendeckenden Versorgung durch Zentrale Orte aus, wenn sich die Teilfortschreibung gemäß § 3a der LEP-Verordnung auf die (Neu-)Festlegung der Mittel- und Oberzentren beschränkt, obwohl das LEP auch Vorgaben für die Bestimmung der Grundzentren enthalten soll?
- c) Wäre es im Hinblick auf deutlich veränderte Lebens- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen einzelnen Teilräumen zweckmäßig, die nach einem Gutachten aus dem Jahr 1969 erfolgte Einteilung der Planungsregionen einer Überprüfung zu unterziehen?
- d) Welche staatlichen Finanzmittel und welche personelle und sachliche Ausstattung werden von den Trägern der Landes- und Regional-

planung zur Verwirklichung des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern benötigt?

- e) Erfordert die Verwirklichung des Staatsziels „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ auf regionaler Ebene, dass für jede Planungsregion in Bayern ein Regionsbeauftragter bestellt wird, der zugleich die Funktion eines Regionsmanagers übernehmen sollte?
- f) Genügt der LEP-Grundsatz 1.2.3 (Standorte staatlicher Einrichtungen) als Vorgabe, um die zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse erwünschte Verlagerung staatlicher Einrichtungen in die von Abwanderung bedrohten Teilräume zu initiieren und unter Gesichtspunkten der Raumordnung zu lenken?
- g) Welche Instrumente der Raumordnung und Landesplanung bieten sich an, damit Kommunen und andere örtliche Akteure selbständig die regionalen Gegebenheiten sinnvoll für Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutz nutzen können?
- h) Welche Anpassungsstrategien müssen in den verschiedenen Landesteilen verfolgt werden, um den absehbaren Folgen des Klimawandels entgegen zu treten?

II. Wirtschaft

1. Wie kann eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichergestellt werden?

- a) Nach welchen Kriterien soll die wirtschaftliche Entwicklung einer Region beurteilt werden?
- b) Wie kann erreicht werden, dass in den einzelnen Teilräumen eine möglichst ausgewogene Branchenstruktur entsteht und bestehende Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe gesichert werden können?
- c) Wie können die bäuerlichen Strukturen in der bayerischen Landwirtschaft erhalten werden? Wie kann die Rolle der Nebenerwerbslandwirtschaft gestärkt werden?
- d) Wie können die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit in allen Landesteilen die Investitions- und Innovationsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes steigt?
- e) Welche technischen Konzepte und welche Verwaltungskonzepte sind notwendig, um Industriebranchen wieder zu mobilisieren?

2. Wie können speziell in strukturschwachen Regionen Anreize für nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden?

- a) Wie können die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit auch in strukturschwächeren Landesteilen neue Betriebe angesiedelt

werden und insgesamt die Investitionsfreudigkeit in diesen Regionen steigt?

- b) In welchen Branchen gibt es die größten Potenziale für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und wie können benachteiligte Teilräume davon profitieren?
 - c) Welche ökonomischen, sozialen, kulturellen Anreize gibt es, Arbeitsplätze in strukturschwachen ländlichen Gebieten zu erhalten bzw. dort neue Stellen zu schaffen?
 - d) Wie können Existenzgründer aus der Region für die Region gefördert und begleitet werden?
 - e) Was kann unternommen und wie können Anreize geschaffen werden, dass Auszubildende nach ihrer Lehrzeit entweder gleich in der Region bleiben oder, wenn die Ausbildung in Ballungsräumen stattfindet, in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren?
- 3. Welche Strategien sind notwendig, damit Unternehmen in Bayern ihren Fachkräftebedarf decken?**
- a) Welche Maßnahmen können getroffen werden, um zu erreichen, dass gut ausgebildete Fachkräfte auch in ländlichen Regionen gehalten werden?
 - b) Kann dem Fachkräftemangel gerade in ländlichen Regionen durch zusätzliche Strukturen in der Erwachsenenbildung entgegengewirkt werden? Wenn ja, durch welche?
- 4. Wie kann die Energiewende als Programm für die Strukturentwicklung ländlicher Räume genutzt werden?**
- a) Welche Landesteile würden besonders vom weiteren Ausbau erneuerbarer Energien profitieren?
 - b) Wie können die landesweit unterschiedlichen Quoten und Qualitäten bei der energetischen Gebäudesanierung und energieeffizientem Bauen angeglichen werden?
 - c) Wie kann sichergestellt werden, dass Kommunen und andere örtliche Akteure gerade in strukturschwachen Regionen selbständig von den Chancen einer dezentralen Energiewende profitieren können und wie kann das von staatlicher Seite sinnvoll unterstützt werden?
- 5. Wie kann die Tourismusförderung in Bayern zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen?**
- a) Wie lässt sich mit Hilfe des Tourismus verstärkte regionale Wertschöpfung erzielen?
 - b) Wie kann, vor allem für die Umwelt, nachhaltiger Tourismus aussehen? Wie lässt sich das auch raumordnerisch festlegen?
 - c) Wie können in strukturschwachen Räumen touristisch geprägte Orte gezielt gefördert werden? Welche touristischen Angebote lassen sich dort etablieren?

- d) Wie kann das touristische Marketing in den einzelnen Regionen verbessert und stärker gebündelt werden?
- e) Ist es sinnvoll, etwa durch ein bayerisches Sonderförderprogramm die Sanierung maroder Frei- und Hallenbäder in Tourismusregionen zu unterstützen?

III. Kommunale Finanzausstattung

1. Wie sollte eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gestaltet sein, damit diese gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten kann?

- a) Was sind die Aufgaben der Kommunen, die insbesondere in der Daseinsvorsorge in allen Regionen in gleichwertiger Weise für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden sollen? Welche Finanzausstattung ist dafür nötig?
- b) Wie muss der kommunale Finanzausgleich gestaltet sein, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen bayerischen Kommunen gewährleisten zu können?
- c) Welche Auswirkungen für die Kommunen hätte eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer durch Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern in die Gewerbesteuerpflicht?
- d) Wird das Gebot der Bayerischen Verfassung (Art. 83 Abs. 3 BV), dass mit der Übertragung neuer Aufgaben an Kommunen im Gegenzug auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen sind (Konnexitätsprinzip), konsequent umgesetzt?
- e) Ist sichergestellt, dass bei den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine komplette Übernahme durch den Bund erfolgt und die Mittel vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden?
- f) Wie kann sichergestellt werden, dass bei der Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben im Umfang von fünf Milliarden Euro pro Jahr im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung durch ein Bundesteilhabegesetz eine komplette Übernahme durch den Bund erfolgt und die Mittel vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden?

2. Wie können die Finanzprobleme stark verschuldeter Kommunen auf Dauer gelöst werden, so dass sie in Zukunft wieder aus eigener Kraft die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten können?

- a) Sollten sogenannte Stabilisierungshilfen erhöht werden bzw. die Berücksichtigung der Bevölkerungsabwanderung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen noch stärker zum Tragen kommen?

- b) Was unterscheidet die Stabilisierungshilfen von einem Entschuldungsfonds? Wäre ein Entschuldungsfonds sinnvoll und wenn ja, wie müsste er beschaffen sein?
- c) Würde ein Sonderförderprogramm des Freistaats für finanzschwache Kommunen sinnvoll sein, damit sie künftigen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Inklusion und der Zuwanderung gewachsen sind?

IV. Infrastruktur

1. Wie kann die Verkehrserschließung in strukturschwachen Teilräumen nachhaltig gestärkt werden?

- a) Welche Erreichbarkeitsdefizite gibt es in Bayern? Welche Maßnahmen bieten sich für ihre Verringerung an?
- b) Welche (größeren) Infrastrukturmaßnahmen sind nötig, um strukturschwache Räume zu stärken?
- c) In dünn besiedelten Regionen steigen die Kosten für den Unterhalt des ÖPNV pro Einwohner aufgrund des demografischen Wandels. Können mit der Einführung eines Demografie-Faktors bei der Berechnung der Zuschüsse für den ÖPNV die Nachteile im ländlichen Raum ausgeglichen werden und welche Auswirkung hätte das für die Ballungszentren?
- d) In welchen strukturschwachen Räumen sollen stillgelegte, regionale Eisenbahnstrecken reaktiviert werden?
- e) Wie können die für den ländlichen Raum so wichtigen Staatsstraßen saniert werden und welche Investitionssummen sollen dafür aufgebracht werden und in welchem Zeitraum?
- f) Wie kann das Radwegenetz auch in strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen bedarfsgerecht ausgebaut werden? Welche Investitionsmaßnahmen sind in den nächsten Jahren notwendig, um den Radverkehr auszubauen?
- g) Welche überregionalen Eisenbahnstrecken in strukturschwachen Räumen in Bayern sollten vorrangig aus- oder umgebaut werden und in welchem Zeitraum?
- h) Welche Möglichkeiten des Freistaats gibt es, z.B. über ein Strukturförderprogramm, die Kommunen in strukturschwachen Räumen bei ihren Investitionen zu unterstützen?

2. Wie kann die bayerische Verkehrsinfrastruktur durch verstärkte Vernetzung eine flächen-deckende Verkehrserschließung gewährleisten?

- a) Welche Strategie bietet sich an, um sowohl alle Ober- und Mittelzentren in das überregionale öffentliche Verkehrsnetz einzubeziehen als auch bedarfsgerechte und attraktive Angebote des ÖPNV in ländlichen Regionen sicherzustellen und welchen Beitrag können Verkehrsverbünde hierzu leisten?
- b) Wie können auch die Querverbindungen sichergestellt werden (Spinnennetz statt Stern)?
- c) Wie kann die Kooperation des öffentlichen Personennahverkehrs mit den verschiedenen Formen des Individualverkehrs verbessert und wie können die erforderlichen Schnittstellen optimiert werden?
- d) Wie kann die Vernetzung des regionalen und überregionalen Schienenverkehrs verbessert werden (z.B. durch bessere Taktung)?
- e) Wie kann gewährleistet werden, dass auch Gemeinden ohne Schienenanschluss durch ein sinnvolles System von Buszubringern ein vertaktetes ÖPNV-Angebot mit guten Anschlüssen zum Schienenverkehr erhalten?
- f) Welche überörtlichen straßenbegleitenden Radwege sollen ausgebaut werden, um ein bayernweites Radwegenetz zu gewährleisten?

3. Welche Instrumente lassen sich sinnvoll einsetzen, um Ballungsräume durch eine verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsträger zu entlasten?

- a) Wie können die Verkehrsverhältnisse in den Ballungsräumen verbessert werden, um die höheren Fahrgastzahlen zu bewältigen?
- b) Wie kann der ÖPNV in Regionen mit Zuwanderungsdruck bedarfsgerecht ausgebaut werden?
- c) Welche größeren Infrastrukturmaßnahmen sind dazu notwendig?

4. Inwieweit können Städte, Gemeinden oder Kommunen mit dem Breitbandausbau ihren Standort aufwerten und somit für Gewerbetreibende und auch Privatpersonen attraktiver machen?

- a) Ein „schnelles Internet“ für alle wird gefordert. Wie hoch ist die Mindestbandbreite dafür und welche künftigen Änderungen sind dabei zu erwarten bzw. zu berücksichtigen?
- b) Ab welcher Bandbreite und unter welchen Umständen ist ein hochbitratiges Internet im Bereich der Daseinsvorsorge sowohl für Privathaushalte als auch für kommunale und regionale Betriebe zu verorten?

- c) In welchen Arbeitsbranchen werden Bandbreiten ab 25 MB/s / 50 MB/s / 100 MB/s von (zukunfts-)entscheidender Bedeutung sein?
- d) Wie stark beeinflusst die vorhandene Bandbreite die Wahl des Standorts für Unternehmen und für die Wahl des Heimatorts für Privatpersonen? Kann die vorhandene Bandbreite künftig ein ausschlaggebendes Element sein?
- e) Welche alternativen Möglichkeiten gibt es für Städte und Gemeinden, die wegen einer finanziell prekären Haushaltssituation das derzeitige Bayerische Breitbandprogramm nicht in Anspruch nehmen können?
- f) Welche Auswirkungen hätte die Festschreibung von schnellem Internet als Teil der Daseinsvorsorge im Telekommunikationsnetz auf die Geschwindigkeit des Breitbandausbaus, auf die privaten Anbieter, auf die Schließung der Lücken nicht nur im ländlichen Raum?
- g) Wie kann die Zusammenarbeit von Bund und Land, auch in finanzieller Hinsicht, beim Breitbandausbau gerade im ländlichen Raum verbessert werden?
- h) Welche technischen Entwicklungen sind in den nächsten zehn Jahren insbesondere bei der Digitalisierung zu erwarten und welche Auswirkung hat dies auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Regionen Bayerns?

V. Bildung

1. Wie kann ein ausgewogenes Schul- und Betreuungsangebot mit kurzen und vor allem sicheren Wegen auch im Hinblick auf den demografischen Wandel in allen Landesteilen sichergestellt werden?

- a) Welchen Einfluss hat die wohnortnahe Schulversorgung bzw. die Länge des Schulwegs auf die Wohnortwahl von Familien mit kleinen Kindern?
- b) Welche Auswirkungen werden Abwanderung und demografischer Wandel auf den Bedarf an Kindertagesstätten/Kindergärten in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich haben (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)? Müssen Einrichtungen aufgegeben werden? Wo müssen neue Einrichtungen geschaffen werden?
- c) Wie werden sich die Schülerzahlen bis 2030 entwickeln (aufgeschlüsselt nach Schularten, Landkreisen und kreisfreien Städten)? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um bedarfsgerecht ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote auszubauen?

- d) Wäre es sinnvoll, im Bereich der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur messbare Kriterien zu definieren, die ein wohnortnahes Netz an festgelegten Angeboten garantieren und welche Kriterien kämen hierfür in Frage?
- 2. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, damit Schulabgänger künftig in ihrem Heimatort einen Ausbildungsberuf ergreifen können?**
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden können?
- 3. Wie kann ein ausgewogenes Hochschulangebot in allen Landesteilen sichergestellt werden?**
- a) Wie lässt sich der Zielkonflikt zwischen Exzellenzclustern und einem breiten Ausbau von Hochschulangeboten in Einklang bringen und welche Maßnahmen könnten ihn abmildern (z.B. stärkere Vernetzung)?
- b) Welche Erfahrungen haben Kommunen gemacht, die in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Universitäts- oder Fachhochschulstandort (heute: Hochschule für angewandte Wissenschaften) ausgebaut wurden oder in denen eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung angesiedelt wurde? Welche Auswirkungen hatte dies für die Region und die örtliche Wirtschaft?
- c) Gibt es in Bayern weitere Standorte, die sich als Hochschulcampus oder zumindest als Außenstelle einer Hochschule eignen?
- d) Welche infrastrukturellen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Voraussetzungen einer Stadt oder Gemeinde könnten im Grundsatz eine Ansiedelung einer Hochschuleinrichtung begünstigen?

VI. Medizinische Versorgung und Pflege

- 1. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung aller Landesteile mit medizinischen Versorgungseinrichtungen sichergestellt werden?**
- a) Mit welchen Mitteln kann eine wohnortnahe stationäre sowie ambulante haus- und fachärztliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden? Welche Strategien sind sinnvoll, um den Patienten den Weg zum Arzt ohne eigenen PKW zu ermöglichen?
- b) Wäre es sinnvoll, im Bereich der medizinischen Infrastruktur messbare Kriterien zu definieren, die ein wohnortnahes Netz an festgelegten Angeboten garantieren und welche Kriterien kämen hierfür in Frage?

- c) In welchen Planungsbereichen der allgemein- und fachärztlichen Versorgung besteht in Bayern derzeit Unterversorgung? In welchen Planungsbereichen besteht derzeit Überversorgung?
- d) Welche Bedeutung haben Medizinische Versorgungszentren für eine flächendeckende allgemein- und fachärztliche Versorgung?
- e) Wie kann ein flächendeckendes Netz der Geburtshilfe in Bayern sichergestellt werden, das den werdenden Müttern die Wahl des Geburtsorts offen lässt und ihnen die Begleitung durch eine Hebamme vorgeburtlich, nachgeburtlich und in der Geburtshilfe zusichert?
- f) Wodurch kann eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der bayerischen Krankenhäuser auch im ländlichen Raum sichergestellt werden?
- g) In welchen Bereichen der medizinischen Versorgung besteht Verbesserungsbedarf bei der sektorenübergreifenden Versorgung?
- 2. Welche zusätzlichen Maßnahmen und Anreize müssen getroffen bzw. geschaffen werden, um Ärzte und Fachärzte zu einer Niederlassung vor allem in ländlichen Gebieten zu bewegen?**
- a) Sollte die Funktion der Hausärzte als Lotsen im Gesundheitssystem ausgebaut werden?
- b) Wodurch kann der Stellenwert der Allgemeinmedizin an den Universitäten erhöht werden, um Medizinstudenten frühzeitig die zentrale Rolle der hausärztlichen Versorgung zu vermitteln?
- 3. Wie kann eine bedarfsgerechte Versorgung mit Präventions- und Pflegeeinrichtungen auch in strukturschwächeren Räumen gewährleistet werden?**
- a) Können durch wohnortnahe Präventionsangebote die körperlichen und geistigen Aktivitäten älterer Menschen gefördert werden?
- b) Können durch den Ausbau der wohnortnahen und quartiersbezogenen Pflegeberatung und durch flächendeckende Erweiterung von Pflegestützpunkten die einheitlichen Standards auch in strukturschwächeren Räumen eingehalten werden?
- c) Kann eine Stärkung der ambulanten Pflegedienste durch Umsetzung des erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs und durch die Anhebung der Pflegegeld- und Sachleistungen gewährleistet werden?
- d) Durch welche Maßnahmen kann eine Aufwertung und Entlastung von familiären Pflegepersonen erreicht werden?

4. Wie kann die optimale Versorgung mit rettungsdienstlichen Leistungen, einschließlich der notärztlichen Leistungen, insbesondere in ländlichen Regionen auch in der Zukunft gewährleistet werden?

- a) Welche strukturellen Veränderungen sind im Rettungsdienst erforderlich? Wie können hier bestehende Ressourcen und Kooperationsmöglichkeiten optimiert eingesetzt werden? Welche neuen Techniken (z.B. Telemedizin) sind möglich? Welche technischen Voraussetzungen sind hierfür nötig?
- b) Wie kann eine tragfähige Datenbasis für ein umfassendes Qualitätsmanagement in der Notfallmedizin (Rettungsdienst einschl. Nahtstellen der Kliniken) ausgebaut und für Versorgungsforschung effizient eingesetzt werden?

VII. Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen

1. Wie können in allen Landesteilen attraktive Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen geschaffen werden?

- a) Welches Instrumentarium könnte man den Kommunen an die Hand geben und mit welchen Instrumenten können Kommunen unterstützt werden, um Innerortsflächen zu mobilisieren, damit dem Flächenverbrauch im ländlichen Raum in Bayern entgegengewirkt werden kann?
- b) Welche Konzepte des Wohnens können im Hinblick auf den gesellschaftlichen und demographischen Wandel gerade auch im ländlichen Raum für ältere Menschen besonders geeignet sein?
- c) Wie können insbesondere kleinere ländliche Gemeinden bei einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne einer Erfüllung ihrer umfassenden Aufgaben unterstützt und gefördert werden?
- d) Welche Angebote müssen in den verschiedenen Teilbereichen zur Verfügung stehen, damit Migrantinnen und Migranten überall mit den gleichen Chancen am öffentlichen Leben teilhaben können?
- e) Welche Instrumente bieten sich an, um Geschlechtergerechtigkeit in den verschiedenen Teilgebieten Bayerns durchzusetzen? Wie kann die Raumentwicklungspolitik für das Gender Mainstreaming sensibilisiert werden?
- f) Welche Bedeutung hat das Programm „Soziale Stadt“ in strukturschwachen Räumen und welche Auswirkungen haben Mittelkürzungen?

- g) Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um eine Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und ein barrierefreies Gemeinwesen flächendeckend zu erreichen?
- h) Wie kann der Schließung von Polizeidienststellen in ländlichen Regionen begegnet werden? Wie kann ein angemessener Zugang zu den Leistungen der Justiz für Recht suchende Einwohnerinnen und Einwohner und Unternehmen sichergestellt werden?
- i) Wie wichtig ist Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Thema Arbeitsweg? Welchen zeitlichen Aufwand wären sie bereit, auf sich zu nehmen, um ihrer Arbeit nachgehen zu können?

2. Wie sollte den regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt begegnet werden?

- a) Welche durchschnittlichen Werte sind bis 2030 bei den Miet- und Grundstückspreisen zu erwarten und wie wird sich dies auf das Wanderungsverhalten der Bürger innerhalb Bayerns auswirken? Welche ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen wird dies für Bayern haben (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
- b) Sollte die Laufzeit der Bindung von Sozialwohnungen verlängert werden?
- c) Sollte das genossenschaftliche Wohnen ausgebaut werden, um sozialverträgliche Unterkünfte zu schaffen?
- d) Welche Vorteile bringt es, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnraum unter kommunalen Genehmigungsvorbehalt zu stellen?
- e) Kann Mietwucher verhindert werden, wenn bei Neuvermietungen die Mieterhöhung auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt wird, die Kappungsgrenze abgesenkt wird und die Möglichkeit, Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen, auf zehn Jahre begrenzt wird?
- f) Wie wirken sich Mietpreisbremsen, abgesenkte Kappungsgrenzen und zeitlich beschränkte Umlagemöglichkeiten nach Modernisierungen auf die Investitionsbereitschaft der Immobilienbranche aus? Wird weniger in Ballungsräume investiert, wenn dort Mietpreiserhöhungen beschränkt werden, weil eher in Immobilien in Umlagegemeinden investiert wird, in denen die Beschränkungen nicht gelten?
- g) Welche Auswirkungen hat der Wertverlust von Immobilien in strukturschwachen Räumen auf die Altersvorsorge?

3. Welche Möglichkeiten gibt es, in allen Landesteilen eine ausreichende Nahversorgung sicherzustellen?

- a) Wie kann das System der zentralen Orte in Bayern sinnvoll reformiert werden, so dass für alle Teilgebiete eine bedarfsgerechte und ökologisch sinnvolle Grundversorgung sichergestellt ist?
- b) Welche Art der Nahversorgung ist für die Menschen in Bayern aktuell ausschlaggebend bei Auswahl des Heimatstandorts?
- c) Welche Art der Nahversorgung ist mit Blick auf den demografischen Wandel künftig in allen Teilgebieten Bayerns von Bedeutung?
- d) Wie kann der Konflikt zum Flächenverbrauch bei der Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen gelöst werden?

4. Wie kann ein vielfältiges kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden?

- a) Wie kann das Angebot von Theater- und Musikaufführungen außerhalb der Oberzentren erhalten und verbessert werden?
- b) Welche Arten von kulturellen Einrichtungen sind in Bayern bei den Menschen besonders populär und werden am häufigsten nachgefragt? Welche Ziele muss ein Landesentwicklungskonzept Kultur verfolgen, damit entsprechende kulturelle Angebote für alle Altersgruppen in allen Teilgebieten wahrgenommen werden können? Mit welchen Mitteln sind diese Ziele bestmöglich zu erreichen?
- c) Welche Möglichkeiten gibt es, Kultureinrichtungen und Freizeitangebote so an den ÖPNV oder ähnliche Einrichtungen (z.B. Ruf-Taxi) anzubinden, dass eine gefahrlose An- und Abreise gerade für Jugendliche auch zu Nachtzeiten gewährleistet ist?
- d) Wie können historische Ortskerne der Dörfer und Städte unter Wahrung ihrer denkmalwürdigen und ortsbildprägenden Bausubstanz sowie ihrer Multifunktionalität dauerhaft gesichert werden?
- e) Wie kann das Netz der Sportanlagen vor allem in unterversorgten Gebieten weiter ausgebaut werden?

B. Festlegung von Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission besteht aus 13 Abgeordneten und 8 weiteren Mitgliedern, insgesamt also aus 21 Mitgliedern.

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder werden bestellt:

I. Abgeordnete

CSU

Mitglieder

Max Gibis
 Michaela Kaniber
 Andreas Lorenz
 Tobias Reiß
 Berthold Rütth
 Martin Schöffel
 Carolina Trautner
 Manuel Westphal

*Stellvertreterinnen
 bzw. Stellvertreter*

Robert Brannekämper
 Michael Brückner
 Judith Gerlach
 Michael Hofmann
 Dr. Gerhard Hopp
 Thomas Huber
 Hans Ritt
 Peter Tomaschko

SPD

Mitglieder

Dr. Christoph Rabenstein
 Annette Karl
 Günther Knoblauch

*Stellvertreterinnen
 bzw. Stellvertreter*

Klaus Adelt
 Florian von Brunn
 Ruth Müller

FREIE WÄHLER

Mitglied

Alexander Muthmann

Stellvertreter

Dr. Karl Vetter

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied

Markus Ganserer

Stellvertreterin

Rosi Steinberger

II. Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Hubert Job	Inhaber des Lehrstuhls für Geographie und Regionalforschung, Universität Würzburg (Stellvertreter für den Zeitraum von November 2014 bis April 2015: Dr. Ralf Klein, Hochschul-lehrer am Lehrstuhl für Geographie und Regionalfor-schung, Universität Würzburg)
Walter Keilbart	Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern
Prof. Dr. Lothar Koppers	Direktor des Instituts für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen e.V., Hochschule Anhalt
Dr. Isabelle Kürschner	Ambassador for the Germanic Region bei der Catalyst Europe AG

Prof. Dr. Holger Magel Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V.

Prof. Dr. Manfred Miosga Leiter der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung, Universität Bay-reuth

Roland Spiller Vorsitzender des Amtes für ländliche Entwicklung Niederbayern

Dr. Detlev Sträter Mitarbeiter der Münchner Projektgruppe für Sozialfor-schung e. V.

III. Vorsitz

Zum **Vorsitzenden** wird der Abgeordnete **Berthold Rüth**, zum **stellvertretenden Vorsitzenden** der Abgeordnete **Dr. Christoph Rabenstein** bestellt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Ganserer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Berthold Rüth, Robert Brannekämper u. a. und Fraktion (CSU),

Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl u. a. und

Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE

WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Gleichwertige

Lebensverhältnisse in ganz Bayern" ([Drs. 17/2372](#))

und

Festlegung

der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurden hierzu fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster hat Herr Kollege Zellmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Im September 2013 hat sich die bayerische Bevölkerung mit gut 90 % dafür ausgesprochen, die Förderung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Verfassung festzuschreiben.

Diesem Auftrag wollen wir natürlich Rechnung tragen. Deshalb freue ich mich, dass der Bayerische Landtag heute die Enquete-Kommission gemeinsam – einstimmig, so hoffe ich – einsetzen wird; denn die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Aufgabe nicht nur einer Fraktion, sondern des gesamten Landtages. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten, damit die Menschen in allen Regionen gleiche Teilhabe, bestmögliche Chancen und die Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Talente haben. Dabei ist natürlich der demografische Wandel eine ganz besondere Herausforderung, die sich

in einigen Teilen Bayerns in anderer Weise stellt, als dies zum Beispiel in Ballungszentren der Fall ist. Genau darin wird ein Schwerpunkt der Enquete-Kommission liegen.

Wir müssen damit rechnen, dass wir gerade in den Grenzregionen, in denen Tendenzen zu besonderem Bevölkerungsverlust vorhanden sind, besondere Aufgaben haben. Natürlich ist dies keine leichte Aufgabe. Es gibt keine Patentlösungen. Deshalb war es uns wichtig, dass wir vonseiten der CSU-Fraktion – aber ich denke, das ist bei allen Fraktionen gleich – alle Landesteile einbinden wollten, möglichst über alle sieben Regierungsbezirke gestreut, sodass der großstädtische Bereich wie die kleine Landkommune vertreten sind. Es heißt ja auch: "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land". Deshalb sage ich besonders allen Kolleginnen und Kollegen Danke, die sich zur Verfügung stellen und viel Arbeit und Zeit opfern werden. In besonderer Weise danke ich dem Kollegen Berthold Rüth aus unserer Fraktion, der den Vorsitz übernehmen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir auch, dass die Behandlung der Themen in möglichst großer Übereinstimmung erfolgt, dass der Fragenkatalog möglichst gemeinsam abgearbeitet wird und wir danach einen Bericht erstellen, der in vielen Bereichen Gemeinsamkeiten aufweist. Ich war selbst Vorsitzender der Jugend-Enquete, und auch dort haben wir es geschafft, einen Bericht zu verfassen, der trotz einigen abweichenden Voten doch eine Linie für das gesamte Haus vorgegeben hat.

In diesem Sinne noch einmal Dank an alle, die bereit sind, mitzuwirken. Ich hoffe, dass es uns gelingt, das, was wir bereits in Bayern vorbildlich gemacht haben, nämlich im ländlichen Raum Schwerpunkte zu setzen - ich denke dabei an den Finanzausgleich, bei dem wir schon Verbesserungen für die kleineren Gemeinden geschaffen haben, oder an die Behördenverlagerungen sowie den geringen Abstand bei der Arbeitslosigkeit in Stadt und Land –, diesen guten Weg, den wir beschritten haben, durch neue Impulse weiter beleben und bereichern zu können.

Bayern ist Maßstab für andere Länder, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse geht. Aber mir ist auch bewusst, dass es immer wieder um neue Ideen gehen muss und Handlungsbedarf besteht; denn aufgrund der Demografie ändert sich einiges, und wir können nicht früh genug beginnen, gegenzusteuern und für die Zukunft zu sorgen, damit wir diesen guten Weg, den wir eingeschlagen haben, auch künftig fortsetzen.

Ich bin gespannt, was uns die Enquete-Kommission an neuen Ideen bringt und welche Gedanken die Experten haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile nun dem Kollegen Dr. Rabenstein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mit dem Titel einer Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung beginnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Sie nennt sich "Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern" Der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück ist Mitautor, und ich denke, dieser Spruch könnte auch als Überschrift für diese Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" stehen; denn das ist unser großes Ziel. Wie bereits der Kollege Zellmeier sagte, sitzen wir alle in einem Boot, und das ist auch gut so. Wir haben als SPD das Ganze initiiert. Der Fragenkatalog wurde aber gemeinsam erarbeitet; denn es geht hier nicht um parteipolitische Scharmützel, sondern es geht um ganz Bayern, um die Bevölkerung, und dabei müssen wir zusammenhalten, auch hier im Parlament. Ich hoffe, dass sich dies so, wie wir es auf den Weg gebracht haben, in der Enquete-Kommission fortsetzt.

Es gibt in Bayern viele Punkte, bei denen wir gut dastehen. Das sind zum Beispiel die Arbeitslosenzahlen. Zu Oberfranken hatten wir 2003 noch 10 % Arbeitslosigkeit. Jetzt sind wir bei unter 5 %. Das begrüßen wir. Wir stehen damit auch in den sogenannten

Problemregionen – Oberfranken, Mittel- und Unterfranken – besser da als viele andere Bundesländer. Dies wurde bereits angesprochen.

Bei anderen Parametern sieht es allerdings nicht so gut aus, zum Beispiel bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach wie vor haben wir in den Ballungsräumen im Süden, vor allem in München, starken Zuwachs. In den anderen Regionen – Oberfranken, Mittelfranken, also insgesamt in den fränkischen Regionen sowie vor allem in den Grenzregionen – haben wir nicht nur den allgemeinen demografischen Wandel, dass also weniger Menschen geboren werden und mehr Leute sterben, sondern wir haben auch Abwanderung. Das ist höchst gefährlich; denn natürlich wandern vor allem jüngere Menschen ab, die uns dann als Fachkräfte in diesen Regionen fehlen. Deshalb müssen wir schauen, dass wir diese sogenannten demografischen Problemregionen gerade für Jugendliche interessant machen. Sie sollen sagen: Ich habe auch hier meine Chancen, ich kann hier, in der Region, bleiben und muss nicht, aus welchen Gründen auch immer, in die Metropolregionen, in die Ballungsregionen ziehen.

Probleme haben wir bei der Infrastruktur, und hier vor allem mit einem schnellen Internet. Normalerweise müsste dieses bereits in ganz Bayern vorhanden sein; denn in seiner Regierungserklärung kündigte unser Ministerpräsident Seehofer 2008 an: In der nächsten Periode haben wir das schnelle Internet. Herr Staatsminister Huber sagte damals, dies gehe mehr oder weniger von allein, dies würde der Markt machen. – Beides ist nicht eingetreten. Wir haben hier noch Regionen mit sehr langsamen Internetverbindungen, und das ist natürlich für Privatpersonen schon sehr lästig. Schüler und Abiturienten brauchen ebenfalls ein schnelles Netz. Schlechter und noch gravierender ist das Fehlen einer schnellen Verbindung dann natürlich für die Wirtschaft und die Betriebe, die einfach auf ein schnelles Internet angewiesen sind.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich die kommunale Verschuldung. Während wir bei der Demografie in den Regionen ein Abwärts haben, geht es in denselben Regionen bei der Verschuldung nach oben. Viele Kommunen haben keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr. Zum Beispiel ist die Stadt Wunsiedel

jetzt auch durch die Medien gegangen. Sie hatte vor zehn Jahren noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Euro; jetzt ist sie bei 5.000 Euro angelangt und kann nicht einmal mehr ihre Pflichtaufgaben erledigen.

Ich erwarte von der Enquete-Kommission, dass wir nicht nur in die Analyse gehen und das, was schon bekannt ist, vertiefen. Das wäre zu wenig. Ich erwarte vielmehr, dass wir hier wirklich Empfehlungen und Handlungsanweisungen an die Staatsregierung, an den Landtag und natürlich auch an die Außenstelle des Ministeriums in Nürnberg, an Herrn Füracker, geben und dass wir, wenn Sie vernünftige Politik machen, auch von München den Druck aufbauen und Sie stärken. Ich freue mich, dass es jetzt auch im Parlament mit dem heutigen Antrag losgeht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Anmerkungen zu dem, was gerade gesagt worden ist ergänzen. Gerne schließe ich mich dem Dank an all diejenigen an, die die notwendigen Vorarbeiten schon geleistet haben bei der Erarbeitung der Fragestellungen oder auch der Bereitschaft zur Koordination, um die Dinge zwischen den Fraktionen zusammenzuführen.

Diese Enquete-Kommission, die wir heute, wie ich hoffen will, einstimmig auf den Weg bringen, ist sicherlich auch als eine Ergänzung, um nicht zu sagen, als eine Antwort auf das im Sommer letzten Jahres noch beschlossene Landesentwicklungsprogramm zu sehen und zu verstehen. Dieses Landesentwicklungsprogramm hat sicherlich viele Erwartungen nicht erfüllt; womöglich sollte es sie auch gar nicht erfüllen. Jedenfalls hätte es auch Antworten auf die Frage geben müssen, mit der sich jetzt die Enquete-Kommission befasst, wie wir in der Entwicklung Bayerns für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen sorgen können. Dass das Landesentwicklungsprogramm

dies nicht getan hat, macht jetzt die Einrichtung der Enquete-Kommission, wie ich glaube, umso wichtiger.

Insbesondere wünsche ich dieser Enquete-Kommission, dass wir uns nicht in einem wissenschaftlichen Diskurs ergehen und dann ein Gutachten mit 800 Seiten herauskommt, woran dann mehr Leute gearbeitet haben, als es hinterher lesen werden, sondern dass wir uns mit den wesentlichen Fragen kurz und bündig und knackig befassen werden und letztlich nicht alle Verästelungen werden erschließen wollen, sondern dass sich diese Enquete-Kommission auf die Essentials verständigt, was für die Entwicklung Bayerns wichtig ist, was in der Entwicklung Bayerns durch die Staatsregierung und durch den Landtag angestoßen und eingeleitet und umgesetzt werden kann.

Ich wünsche mir auch, dass wir uns zunächst einmal auf eine Antwort darauf verständigen können, was wir denn überhaupt unter gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern verstehen; denn solange man dieses Ziel nicht wirklich kennt und sich da nicht auch inhaltlich verständigt hat, wird es schwierig werden, den Weg dorthin zu definieren.

Ich wünsche uns auch, dass es uns gelingt, ein paar messbare Indikatoren zu vereinbaren, die besonders wichtig sind. Wie weit darf ein Krankenhaus, eine Grundschule, ein Gymnasium, die Polizeidienststelle weg sein? All diese Fragen und auch infrastrukturelle Einrichtungen, die da als Mindeststandard notwendig sind, sind uns besonders wichtige Aspekte.

Zuletzt will ich auch hoffen, dass wir uns darauf verständigen können, welche Maßnahmen der Landtag selbst ergreifen kann oder ergreifen muss, um dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen näherzukommen, und dass wir uns auch darauf verständigen können, um welche Maßnahmen wir die Staatsregierung bitten. Es ist, glaube ich, an irgendeiner Stelle jetzt schon von Anweisungen gesprochen worden. Das wird in dieser Form nicht möglich sein. Aber wenn wir uns fraktionsübergreifend einigen können und der Staatsregierung Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben, ist,

glaube ich, die Aussicht ganz gut, dass wir uns da mit der Staatsregierung verständigen können.

Wenn wir all diese Aspekte beherzigen, ist mir auch nicht bange, ob wir uns möglichst im Konsens und da und dort sicherlich auch einmal kontrovers dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern annähern können. An unserer Unterstützung und unserem Engagement in dieser Frage wird es nicht fehlen. Es ist auch ein Grund- und Leib-und-Magen-Thema der FREIEN WÄHLER. Deswegen sage ich auch ganz herzlichen Dank für die Bereitschaft der anderen Fraktionen, diese für die Gesamtentwicklung Bayerns so wichtige Frage in dieser Kommission zu behandeln. Natürlich werden wir nicht nur inhaltlich dem Fragenkatalog, sondern auch dem Personaltableau wie vorgelegt zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Der Herr Kollege Ganserer hat jetzt noch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz des kommunalen Finanzausgleichs und trotz der Regionalförderung und trotz des Aktionsplans Demografischer Wandel entwickeln sich die Regionen in Bayern nicht nur unterschiedlich, sondern in Teilen sogar in entgegengesetzter Richtung. Daran wird auch die Verfassungsänderung allein nichts ändern.

Nachdem sich die Wählerinnen und Wähler aber im vergangenen September mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse in die Verfassung ausgesprochen haben, gilt es nun auch, diesen Grundsatz umzusetzen. Hier gibt es jede Menge zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nicht erst seit der jüngsten Bevölkerungsentwicklungsprognose ist bekannt, dass Oberbayern und insbesondere der Ballungsraum München massives Bevölkerungs-

wachstum verkraften muss, was zu entsprechenden Wachstumsschmerzen in Form von Wohnraumknappheit und entsprechenden Mietpreissteigerungen führt, während auf der anderen Seite vielen Kommunen Oberfrankens und Unterfrankens massive Einwohnerverluste bevorstehen. Es gilt daher die Frage zu beantworten, was wir tun können, damit die Menschen eben nicht abwandern oder nach der Ausbildung in ihre Heimat, in ihre Regionen zurückkehren.

Bei der Verkehrspolitik lässt sich sehr gut beobachten und zeigen, dass die klassische Strukturpolitik in Teilen ins Leere läuft. Neue Straßen beschleunigen nicht nur den Klimawandel, sondern führen auch dazu, dass die Kaufkraft und auch die gut ausgebildeten Arbeitskräfte zum Teil noch schneller abfließen können. Zudem erhöhen neue Straßen nur die Mobilität von denjenigen, die auch über ein Auto verfügen. Ich persönlich bin im Bayerischen Wald geboren und aufgewachsen und weiß aus eigener Erfahrung sehr gut, wie mobilitätseingeschränkt diejenigen Teile der Bevölkerung sind, die nicht über ein eigenes Auto verfügen. Es gilt deswegen auch sicherzustellen, dass alle Menschen im ländlichen Raum entsprechend mobil sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Um ländliche Räume zu stärken, bedarf es natürlich der Vorhaltung entsprechender Infrastruktur. Aber für wichtiger als den zusätzlichen Straßenbau halten wir die Datenautobahn. Wir halten die flächendeckende Versorgung mit einem schnellen Internet für dringend geboten und für eine wichtige Zukunftsaufgabe. Während in den Städten fast 80 % der Haushalte über schnelles Internet verfügen, sind es auf dem Land gerade einmal 15 %.

Darüber hinaus gilt es in der Infrastrukturpolitik besonderes Augenmerk auf die weichen Standortfaktoren zu legen, also die Faktoren, die das Leben auf dem Land lebenswert machen. Es reicht nicht aus, für Arbeitsplätze zu sorgen, sondern es muss auch eine bestimmte Infrastruktur vorhanden sein. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu beantworten: Wie kann man auch auf dem Land das kulturelle Ange-

bot erhalten und weiterentwickeln? Wie kann man dafür sorgen, dass Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend vorhanden sind? Wenn Grundschulen schließen und die Kinder schon ab der 1. Klasse immer weitere Distanzen zur Schule zurücklegen müssen, geht die Attraktivität von Orten noch weiter zurück, was wiederum die Abwanderung beschleunigt.

Die Einrichtung einer Enquete-Kommission halten wir angesichts der Fülle der Aufgaben für ein gut geeignetes Mittel, um fraktionsübergreifend Handlungsempfehlungen und Strategien zu entwickeln, wie man dem Grundsatz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen - dazu fordert uns die Verfassung auf - gerecht werden kann. Daher stimmen wir dem interfraktionellen Antrag gern zu. Ich freue mich auf die wichtige und spannende Aufgabe sowie auf die fraktionsübergreifende konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt auf Drucksache 17/2477 die unveränderte Annahme des Antrags. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nach § 32 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Von den Fraktionen wurde vorgeschlagen, die Mitgliederzahl auf insgesamt 21 festzusetzen. Die Fraktionen haben sich außerdem darauf geeinigt, dass die Enquete-Kommission aus 13 Abgeordneten, für die jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu be-

nennen ist, und acht weiteren Mitgliedern bestehen soll. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der vorgeschlagenen Persönlichkeiten auf die Drucksache 17/2372.

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. - Das ist der Fall. Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Persönlichkeiten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Es wurden als Vorsitzender Herr Kollege Berthold Rüth und als dessen Stellvertreter Dr. Christoph Rabenstein vorgeschlagen.

Ich gehe wiederum davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden soll. – Das ist der Fall. Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch das einstimmig so beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Berthold Rüth

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Alexander Muthmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Ganserer

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

Zwischenbericht

des Vorsitzenden der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

Dazu begrüße ich in der Diplomatenloge sehr herzlich die Sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission, nämlich Herrn Professor Dr. Lothar Koppers, Herrn Dr. Reinhard Paesler und Herrn Dr. Detlev Sträter. Willkommen und danke schön für Ihre Mitarbeit in der Enquete-Kommission.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 60 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das bedeutet, die CSU hat 20 Minuten, die SPD 15 Minuten und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN haben je 12,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 20 Minuten.

Als erstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Kollegen Rüth, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 15. September 2013 war ein guter Tag für Bayern; denn an diesem Tag wurden wichtige und gute Entscheidungen getroffen. An diesem Tag wurden auch Volksentscheide durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit fast 90-prozentiger Zustimmung beschlossen, dass das Thema "Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen" Verfassungsrang erhält und als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wird. Das bedeutet, der Staat muss diesem Staatsziel bei seinen Entscheidungen eine ganz besondere Bedeutung zumessen.

Gleichwertigkeit bedeutet aber nicht Gleichartigkeit. In Bayern gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Die strukturellen, kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen sind sehr verschieden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: In einer Großstadt wie München gibt es eine U-Bahn. In meiner Heimatgemeinde, die 800 Seelen umfasst, gibt es keine U-Bahn. Dennoch müssen wir dafür sorgen, dass die Bewohner der ländlichen Gemeinden mobil sind. Das bedeutet, wir müssen einen guten öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. In meiner Heimatgemeinde gibt es günstige Wohnungen und günstigen Mietraum. In den Großstädten sind die Mieten dagegen teuer, und der Wohnraum ist knapp. - Bei uns gibt es günstige Kinderkrippenplätze in ausreichender Zahl. In großen Metropolen ist dieses Thema eine bedeutende Herausforderung. - Sie sehen also, dass wir es hier mit unterschiedlichen Entwicklungen zu tun haben.

Der Staat muss nicht nur die Mindestvoraussetzungen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen schaffen. Er muss auch dafür sorgen, dass die Menschen in allen Landesteilen Bayerns die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben. Meine Damen und Herren, nach diesem Volksentscheid wurde die Verfassung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Ergebnis dieses Volksentscheides wurde in die Verfassung aufgenommen. Die Fraktionen im Bayerischen Landtag haben sich anschließend auf den Weg gemacht, diese Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" zu gründen, indem sie einen Fragenkatalog erarbeitet und diese Kommission schließlich eingesetzt haben.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Herr Zellmeier, sagte in seiner Plenarrede vom 1. Juli 2014, er habe die Hoffnung, dass die Fraktionen gemeinsame Linien finden würden, um dieses Thema voranzutreiben. Herr Kollege Dr. Rabenstein, dem diese Kommission ein wirkliches Herzensanliegen ist, sagte, wir müssten zusammenhalten, es gehe um ganz Bayern. Herr Kollege Muthmann sagte, wir müssten uns auf die Essentials für ganz Bayern verständigen. Herr Kollege Ganserer erklärte, er halte diese Enquete-Kommission für gut geeignet, fraktionsübergreifend Handlungs-

empfehlungen und Strategien zu entwickeln. Heute, nach einem Jahr, können wir feststellen, dass diese Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Diese Kommission arbeitet vertrauensvoll, sehr offen und sehr gut zusammen. Alle Mitglieder orientieren sich an der Sache.

Ich möchte deshalb allen 13 Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum sagen: Danke für Ihr Engagement und für Ihre Mitarbeit. Ich danke aber auch allen Experten und Sachverständigen. Schön, dass Sie da sind. Sie kommen aus den Bereichen Geografie, Regionalforschung, Geoinformatik, Stadt- und Regionalmarketing sowie Sozialforschung, ländlicher Raum und ländliche Entwicklung, aus der Wirtschaft und von der IHK. Sie sind Experten auf Ihren Gebieten. Mich beeindruckt aber besonders, dass Sie nicht nur theoretische Ideen haben. Bei allen Ihren Anregungen bemerkt man Ihren großen fachlichen Sachverstand. Alle Ihre Vorschläge sind umsetzbar. Sie denken also weiter und prüfen, ob Ihre Anregungen überhaupt machbar sind. Dafür vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, mit diesen Experten und den 13 Abgeordneten haben wir alle relevanten Fachdisziplinen und alle Landesteile abgedeckt. Deshalb können wir eine hervorragende Arbeit leisten.

Wir haben die Arbeit im Oktober 2014 aufgenommen. Damals haben wir gesagt, dass wir in einem Jahr, also heute, einen Bericht abgeben wollen. Wir haben quasi eine Punktlandung erreicht. Wir haben genau ein Jahr gearbeitet und geben heute einen Zwischenbericht ab. Dabei geht es darum, die in diesem Fragenkatalog aufgeführten 110 Fragen zu beantworten.

Wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm absolviert. Bisher haben 11 Sitzungen stattgefunden. Wir hatten Vorbereitungssitzungen und Außentermine. Wir waren im Heimatministerium in Nürnberg, und wir waren in Niederbayern unterwegs. Auch die Fraktionen selbst waren im Land unterwegs. Uns geht es darum, einen Überblick über

ganz Bayern zu gewinnen und zu sehen, wo es regionale Besonderheiten gibt. Vor allem war uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, nicht nur mit den Kommunalpolitikern, Landräten und Bürgermeistern. Wir wollten auch mit den Menschen vor Ort und den gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen. Auch die VHS war für uns ein wichtiger Gesprächspartner.

Bei unserem Besuch im Heimatministerium haben wir von Herrn Staatssekretär Füracker einen sehr umfangreichen Bericht bekommen. Er hat uns die Leistungen seines Ministeriums dargestellt und uns gezeigt, wo Handlungsfelder bestehen. Wir konnten feststellen, dass die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern sehr stark abgenommen haben. Das wird an den Arbeitslosenzahlen deutlich. In Niederbayern liegt die Arbeitslosenquote bei 2,9 %, in der Oberpfalz bei 2,9 %, in Unterfranken bei 3,1 % und in Mittelfranken bei 4,1 %. Das heißt, die Zahlen liegen alle sehr nahe beieinander. Die Arbeitslosenquote im Bund ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Schon anhand dieser Zahlen können wir feststellen, dass sich die Wirtschaft in Bayern hervorragend entwickelt hat. Die Unternehmen finden hervorragende Standortbedingungen vor. Die Menschen schätzen die Vorteile des ländlichen Raumes immer mehr, manchmal auch notgedrungen, weil die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mietpreise, auf dem flachen Land günstiger sind als in den großen Städten.

Wir in der Enquete-Kommission müssen dafür sorgen, dass die Entwicklung in Bayern weiter gut verläuft, damit überall gute Lebensverhältnisse vorherrschen; denn wir wissen auch, dass die Geschwindigkeit des Wachstums in Bayern nicht überall gleich ist. Deshalb ist diese Heimatstrategie wichtig. Diese beruht auf fünf Säulen: Strukturentwicklung in ganz Bayern, Nordbayern-Initiative, Behördenverlagerungen, digitale Revolution – Breitbandversorgung - und kommunaler Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, Behördenverlagerungen sind sehr wichtig. Diese Verlagerungen werden über zehn Jahre laufen. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen. Wir im Landkreis Miltenberg bekommen im Finanzamt Obernburg 30 neue Stellen, die dorthin verlagert werden. Das ist ein sehr positives Signal. Die Leute freuen sich und

werden optimistischer. Wir bekommen in Miltenberg 30 neue Studienplätze in Kooperation mit den Hochschulen Aschaffenburg und Ansbach. Das sind sehr schöne Entwicklungen. Ich will deutlich machen, dass viel Gutes getan wird, aber immer wieder neue Entwicklungen hineinspielen. Wir waren sehr froh und stolz über diese Zusagen. Dann verkündete die örtliche Sparkasse, dass zehn Zweigstellen geschlossen oder in Automatenzweigstellen umgewandelt werden. Auf der einen Seite gibt es also Freude, auf der anderen Seite eine andere Entwicklung, die so vorher nicht zu erwarten war.

Ganz wichtig ist das Thema Breitbandstrategie. Sie wissen das alle. Es werden 1,5 Milliarden Euro ausgegeben. Die Kommunen erhalten abhängig von der Finanzkraft bis zu 90 % Förderung in Höhe von bis zu 950.000 Euro. Das ist ganz wichtig, um überall gute Voraussetzungen zu schaffen. Wir stellen aber fest, dass einige kleine Gemeinden sich auch mit dem Aufwenden der restlichen 10 % noch schwertun. Auf diese Gemeinden müssen wir ein besonderes Augenmerk richten.

Ein zweiter Außentermin führte uns nach Niederbayern, ins Ilzer Land. Dort hat die Integrierte ländliche Entwicklung hervorragende Arbeit geleistet. Ich will es stichpunktartig erläutern. Wir waren in Grafenau, in Freyung, in Perlesreut und in Passau. Wir konnten dort feststellen, dass die Menschen ein sehr starkes Wir-Gefühl entwickelt haben. Es gibt dort kein Kirchturmdenken. Man arbeitet auf kommunaler Ebene sehr eng zusammen. Man versucht dort, die Zukunft auf Basis der natürlichen Lebensgrundlagen, der heimatlichen Verbundenheit und der kulturellen Identität zu gestalten. Mich hat besonders beeindruckt, dass man dort versucht, den Kontakt zu jungen Menschen zu halten, wenn diese, beispielsweise nach der Schule, zum Studieren oder Arbeiten wegziehen. Man will versuchen, die Leute im Laufe ihres Lebens zurückzuholen, und hält deshalb via Internet Kontakt. Ich denke, das ist eine gute Sache, die man vorantreiben sollte. Wenn die jungen Leute nämlich irgendwann ein Haus bauen wollen, wissen sie, dass in Niederbayern günstige Bauplätze zu bekommen sind, oder sie schätzen die dortigen guten Möglichkeiten bei der Kinderbetreuung.

Wir waren in Grafenau, einer Kommune, die sehr stark vom Tourismus geprägt ist. Dort gibt es mittlerweile weniger Schnee. Das heißt, Langlauf ist nicht mehr so oft möglich. Deshalb hat man sich dort auf den Weg gemacht, alternative touristische Angebote zu schaffen. Ein Erfolgsschlager ist GUTi. GUTi ist das Gäste-Umweltticket. Dieses Gäste-Umweltticket hat zu einer starken Auslastung der Waldbahn geführt. Die Gastronomie und die Beherbergungsbetriebe waren anfangs sehr skeptisch. Mittlerweile gibt es sehr viele positive Rückmeldungen aus diesem Bereich. GUTi hat sich sehr gut angelassen. Wichtig ist auch, dass man dort die Unterkünfte online buchen kann. Die Rad- und Wanderwege sind alle über GPS abrufbar. Das Internet ist hier also ein Segen.

Nun kommen wir aber gleich wieder zur Konfrontation mit den Nachteilen des Internets. Ein Bürgermeister sagte uns, immer dann, wenn Amazon seinen Umsatz steigert, führt das dazu, dass bei uns zwei Geschäfte schließen. Das Internet ist also eine Chance, aber auch eine Herausforderung. Diese beiden Pole haben wir immer wieder wahrgenommen.

Wir haben festgestellt, wie wichtig die Bildungseinrichtungen sind. Da kann Niederbayern eine sehr gute Qualität vorweisen. - Wir haben festgestellt, dass es dort ein sehr großes West-Ost-Gefälle gibt. Landshut beispielsweise gehört fast schon zum Großraum München. Dort gibt es andere Voraussetzungen als beispielsweise in den Kommunen nahe der tschechischen Grenze. Ganz spannend ist eine Aussage des Regierungspräsidenten gewesen. Er sagte: Niederbayern hat fast so viele Einwohner wie München, aber die Fläche ist dreißigmal so groß. Daran kann man erkennen, wie groß die Herausforderungen für die Schaffung von Gleichwertigkeit sind.

Meine Damen und Herren, aktuell sind wir in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Der Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Gemeindegtag, dem Städtetag, dem Landkreistag und dem Bezirkstag, ist uns sehr wichtig, weil sie die Experten sind, die am besten wissen, was vor Ort getan werden muss.

Die Sitzungen der Enquete-Kommission sind laut Geschäftsordnung eigentlich nichtöffentlich. Wir versuchen aber immer, die Öffentlichkeit herzustellen. Es geht bei den Sitzungen um die Vorbereitung von politischen Initiativen. Wir möchten sehr offen und sehr öffentlich diskutieren. Wir haben bisher rund ein Drittel der Sitzungen öffentlich durchgeführt. Ich denke, das ist eine gute Quote. Wir glauben, dass die Öffentlichkeit und die Verbände wissen sollten, was wir alles machen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Wir werden die Spitzenverbände jetzt wieder einladen. Sie werden Vorschläge machen, wie sie sich die künftige Finanzausstattung vorstellen. Ich will festhalten, dass die Spitzenverbände meiner Meinung nach mit der Finanzausstattung im Großen und Ganzen zufrieden sind. Es könnte immer ein bisschen mehr sein. Das ist klar. Aber ich denke, sie sind sehr zufrieden. Wir haben ja einige Dinge eingeführt. Ich nenne die Stichworte Demografiefaktor, Mindestinvestitionspauschale, Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

Natürlich gibt es auch große Herausforderungen. Ich nenne das Stichwort Wohnungsbau, insbesondere in den Städten, und das Thema Flüchtlinge mit allen seinen Herausforderungen. Ganz wichtig ist mir das Thema der Sanierung von Hallen- und Freibädern. Unsere Hallen- und Freibäder sind in die Jahre gekommen. Wir müssen da etwas tun. Wir müssen ein Sonderprogramm auflegen. Wir werden das noch spezifizieren. Dabei geht es auch um die Themen Gesundheit und Jugendsport. Ich denke, da müssen wir mal genauer hinschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):
Beifall bei der SPD! – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller
(SPD))

- Herr Kollege Güller, Sie wissen: Die wichtigen Anträge sind dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission überlassen. – Es gibt natürlich auch Gemeinden mit massivem Strukturwandel und mit einem Rückgang der Einwohnerzahl.

Meine Damen und Herren, wir werden auch aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung das Thema Flüchtlinge bei allen Fragestellungen berücksichtigen. - Wir werden im neuen Jahr auch eine intensive Diskussion mit den Jugendverbänden führen. Wir wollen hören, wo die Jugend der Schuh drückt. Sie werden sich ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände aktiv einbringen.

Meine Damen und Herren, wir sind alle gespannt, was am Ende des Tages an Lösungen und Handlungsempfehlungen auf den Tisch kommt. Sie müssen keine Angst haben: Es wird nicht zu nichtssagenden Ergebnissen kommen. Der Kollege Muthmann – er ist jetzt leider nicht da – hat irgendwann gesagt, es darf kein 800-seitiger Bericht entstehen, an dessen Erstellung mehr Leute mitgewirkt haben, als ihn dann lesen werden. Das wird nicht passieren. Wir werden unsere Forderungen kurz und knackig darlegen. Wir haben jetzt noch die Themen Lebens-, Arbeits-, Wohnbedingungen, Wirtschaft, Infrastruktur und medizinische Versorgung mit allen Beteiligten zu diskutieren. Wir wollen alle Erfahrungen und Sichtweisen aufnehmen. Das wird im Jahr 2016 geschehen. Im Jahr 2017 werden wir unseren Abschlussbericht erstellen.

Meine Damen und Herren, eine ganz wichtige Frage ist noch nicht beantwortet: Kann man gleiche Lebensverhältnisse messen? Gibt es einen Indikator, um Gleichwertigkeit zu messen? - Es gab schon andere Kommissionen. Es gibt zu diesem Thema viel Literatur. Es gibt in der Tat gewisse Messgrößen, mit denen man versucht, das zu erfassen. Aber all diese Messgrößen sind in gewisser Weise unscharf. Das ist nicht so wie beim Hundertmeterlauf, bei dem man stoppt und dann die genaue Zeit hat, sondern es ist eher wie beim Turnen, wo man Haltungsnoten vergibt. So ähnlich ist es hier auch.

Diese Kenngrößen wurden individuell festgelegt und gewichtet. Von daher liegt darin eine gewisse Unschärfe. Ich bin aber der Meinung, dass wir gewisse Kenngrößen brauchen. Diese müssen definiert werden. Entscheidend ist, dass wir diese Kenngrößen auf Regionen zuschneiden und über einen längeren Zeitraum im Auge behalten, weil wir dann erkennen können, wie sich eine Region entwickelt. Wenn eine Kenngröße unscharf war – dann ist die Kenngröße immer unscharf -, es aber einen Trend und

ein Ergebnis gibt, kann man daraus erforderliche Handlungen ableiten. Wie schwer die Vergleichbarkeit ist, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Nehmen wir als Beispiel die Krankenhausversorgung. Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus, oder braucht er zwei Krankenhäuser? Muss jedes Krankenhaus mit dem öffentlichen Personennahverkehr innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein? Gibt es eine Gesundheits- oder Krankenquote? – Sie sehen, wie schwer es ist, dafür eine genaue Größe herauszuarbeiten. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir eine bestimmte Kenngröße finden müssen.

Meine Damen und Herren, schon jetzt wird deutlich, dass es drei große Themen gibt, die für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission und auch für Bayern von großer Bedeutung sind. Zum einen geht es um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Überall, wo Arbeitsplätze sind, wo Menschen Arbeit haben, siedeln sich Menschen an. Es entstehen Gebäude und Infrastruktur. Dabei müssen wir auch schauen, dass dies in Bayern überall gut funktioniert.

Gestatten Sie mir, dass ich auch meine Region Unterfranken anführe. Die Region Bayerischer Untermain gehört zum Großraum Rhein-Main, zum Großraum Frankfurt. Ich bin darüber froh, dass die Frau Wirtschaftsministerin vor wenigen Wochen in unserer Region eine Außenstelle von "Invest in Bavaria" eröffnet hat. Wir hatten diese Woche Besuch vom südkoreanischen Parlamentspräsidenten. Wenn man von Südkorea aus auf Deutschland blickt, blickt man zuerst einmal auf Frankfurt, weil der dortige Flughafen international ist. Deshalb appelliere ich an Sie, für den Münchner Flughafen richtige und gute Entscheidungen zu treffen. Ein Flughafen ist ganz wichtig für die Entwicklung einer Region. Deshalb ist es gut, dass wir in Unterfranken die Außenstelle von "Invest in Bavaria" haben; denn Arbeitsplätze bedeuten auch Wohlstand.

Ganz wichtig sind Bildungs- und Wissenschaftsangebote im ländlichen Raum. Damit können wir uns sehen lassen. Die Behandlung des Themas Bildung und Wissenschaft war sehr erfreulich. Wir haben gesehen, dass wir auf diesem Gebiet vieles erreicht haben.

Ganz wichtige Themen sind Infrastruktur und Mobilität. Damit meine ich die klassische Infrastruktur wie Straßen, Schienen, Zug, Taxi, Sammeltaxi, Rufbusse etc., aber auch das Breitband. Ganz wichtig ist für die Infrastruktur und Mobilität das Dorf- und Vereinsleben. Wir haben in Bayern eine hervorragende Struktur von Vereinen wie Feuerwehren, Musikvereine, Sportvereine oder kulturelle Vereine. Darauf können wir stolz sein. Viele junge Menschen treten in diese Vereine ein und leisten zum Beispiel für ihre Gemeinde den Feuerwehrdienst ab. Wir alle kennen aus dem bayerischen Fernsehen den schönen Satz: "Da bin i dahoam". Deshalb müssen wir auch in diesem Sinne wirken, weil das Vereinsleben auch Heimatidentität stiftet, und müssen auch das Vereinsleben im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, ich bin optimistisch, dass wir am Ende unserer Arbeit wichtige Impulse setzen können. Bayern hat große Potenziale, die es weiter zu nutzen gilt. Abschließend möchte ich Herrn Regierungsdirektor Heigl und Frau Wasowski danken, die uns vonseiten des Amtes immer hervorragend unterstützen. Danke sagen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die beim Abschlussbericht noch gefordert sind und zeigen werden, was sie können. Sie alle haben fleißig mitgeschrieben. Es gibt auch viele Protokolle. Ich danke deshalb auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stenografischen Dienstes. Ich danke auch der Staatsregierung, die uns umfangreich mit Material versorgt hat. Stellvertretend nenne ich Herrn Dr. Seitz. Herr Dr. Seitz, Sie haben ein schwieriges Amt, Sie haben es super gemacht. Ihr Minister ist auch da. Ich glaube, Herr Dr. Seitz hat Potenzial für höhere Aufgaben. Er macht das sehr gut. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Dr. Rabenstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Ein Zwischenbericht soll ein kritischer Rückblick sein. Wir werden feststellen, was gut gelaufen ist. Für mich ist ein Zwischenbericht aber auch immer ein Blick in die Zukunft. Was können wir verbessern? Was können wir in dieser Enquete-Kommission noch besser auf den Weg bringen? Diese Analysen unserer Arbeit haben summa summarum zweierlei gezeigt: Mit dem ersten positiven Ergebnis fange ich an. Es läuft in Bayern gut. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern läuft es gut. Allerdings müssen wir auch feststellen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Das heißt, wir haben nach wie vor deutliche Defizite, vor allem wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Regionen. Deswegen gibt es sowohl in der Enquete-Kommission wie auch in der gesamten Politik noch sehr viel zu tun. Wir müssen uns stark anstrengen, damit wir das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auch wirklich erreichen.

Was wurde bisher gemacht? - In den ersten Sitzungen haben wir darüber diskutiert, was überhaupt gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen sind. Wie werden sie definiert? Schnell ist dabei klar geworden, dass wir in Bayern keine gleichartigen Regionen wollen. Jede Region ist anders geprägt, nicht nur landschaftlich, sondern auch kulturell und geschichtlich. Es gibt unterschiedliche Bräuche und Dialekte und natürlich auch regionale Spezialitäten, auf die jeder und jede stolz sind. Das ist auch gut so. Gerade diese Vielfalt macht den Reiz von Bayern aus. Das sagen auch wir Sozialdemokraten ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwertig ist etwas anderes als gleichartig. Zusammen mit den Experten haben wir den Terminus "räumliche Gerechtigkeit" in den Mittelpunkt gestellt. Jeder Bürger soll in seiner Gemeinde oder seiner Stadt die Chance erhalten, sich vor Ort zu verwirklichen. Er soll nicht gezwungen werden, in andere Regionen, nämlich in Metropolregionen, zu ziehen, um ein sicheres Auskommen zu haben. Dieser Umzug, diese Umstrukturierung insgesamt ist für beide Teile von Nachteil. Zum einen kommt es durch solche Umzüge zur Entvölkerung von Orten mit allen Nachteilen. Die Orte werden dadurch

einfach unattraktiv. Zum anderen entsteht in den Ballungs- und Boomregionen ein Wachstumsdruck. Das führt ebenfalls zu großen Problemen.

Ich möchte es plakativ an drei Beispielen erläutern. Das erste Beispiel: In München und seinem Umland explodieren die Immobilienpreise. Die Mieten sind für viele Normalverdiener kaum mehr zu bezahlen. In anderen Teilen Bayerns stehen viele Häuser leer. Leere Schaufenster – ich habe es am Anfang nicht geglaubt, aber es wird gemacht – werden dekoriert, um das triste Bild eines Ortes einigermaßen zu kaschieren.

Das zweite Beispiel: In den Metropolregionen ist der Verkehr kaum mehr zu bewältigen. In München soll und muss eine zweite S-Bahn-Stammstrecke gebaut werden. Die Experten und der Oberbürgermeister sind deswegen gerade zu Gesprächen in Berlin; denn dieses Projekt kostet die Kleinigkeit von zwei bis drei Milliarden Euro. In anderen Räumen, nämlich in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, wie sie so schön heißen, kann der ÖPNV kaum mehr finanziert werden. Bus- und Bahnverbindungen werden eher reduziert.

Das dritte Beispiel: In vielen Orten Nordostbayerns mussten und müssen Schulen schließen, weil die Schülerzahlen drastisch zurückgehen. Die Schulgebäude stehen dann leer. Die Kommunen werden aber doppelt belastet, einmal weil sie für ihre Schüler keine Schule mehr haben, zum anderen können sie mit dem Gebäude oft nichts mehr anfangen. Auf der anderen Seite hat die Stadt München laut "Süddeutscher Zeitung" vom Oktober 2015 berechnet, dass in den nächsten 15 Jahren neun Milliarden Euro für Schulneubauten ausgegeben werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht doch keinen Sinn!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss es Ziel der Enquete-Kommission sein, Bayern wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Nach wie vor haben wir ein Bayern der unterschiedlichen Geschwin-

digkeiten. In den Boomregionen ist Bayern ein Sprinter mit Rückenwind. In den benachteiligten Gebieten ist es ein Läufer, der immer noch einen Klotz am Bein hat. Dann wundert man sich darüber, dass die beiden nicht gleichzeitig ins Ziel kommen.

(Beifall bei der SPD)

Der Heimatbericht der Staatsregierung – Herr Söder, aufgepasst! – zeichnet ein sehr positives Bild. Die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern haben stark abgenommen - so steht es in Ihrem Vorwort, sehr geehrter Herr Minister. Wir wissen alle miteinander, dass unser Minister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, wie er sich nennt, oft übertreibt.

(Widerspruch bei der CSU)

Deswegen haben wir die Zahlen natürlich genauer angeschaut. Ein Experte der Enquete-Kommission – wir haben die Experten schon gelobt -, Herr Dr. Sträter, der die Parlamentsdebatte hier mit verfolgt, ist zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da schau her!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das Bruttoinlandsprodukt in Bayern. Es ist ein wichtiger Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Heimatbericht werden ausgerechnet die Jahre 2006 und 2012 verglichen. Man kommt dann zu dem Ergebnis, dass es im ländlichen Raum in diesem Zeitraum vorwärtsgegangen ist: Wir haben dort eine Steigerung von 22 %. Im Verdichtungsraum waren es lediglich 17,9 %. Logisch, daraus schließt man: Der ländliche Raum hat deutlich aufgeholt. – Doch wie heißt es so schön? – Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast, wobei ich nicht unbedingt sagen will, dass die Zahlen gefälscht worden sind. Aber man hat eben gerade die günstigsten Zahlen verglichen. Wer lediglich zwei Jahre vergleicht, um daraus einen Trend abzuleiten, macht es sich zu einfach;

(Beifall bei der SPD)

denn – jetzt kommt der politische Teil, und der ist sehr kompliziert – betrachtet man die Entwicklung in den letzten Jahren, kann man feststellen, dass sich der Abstand im Jahr 2008 zwar verringert hat; das stimmt. Er ist von 11 % auf 7,7 % zurückgegangen, aber das liegt an der Wirtschaftskrise. Die Schere ist 2011 und 2012, als es wieder wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat, erneut deutlich auseinandergegangen; da ist der Abstand auf 8,6 % gestiegen.

Wenn wir einmal im Abstand von 20 Jahren vergleichen, kommen wir ebenfalls zu einem ganz anderen Ergebnis. So heißt es in der angesprochenen Studie – ich zitiere: Die Trendlinie zeigt, dass von einem Anstieg des Anteils des ländlichen Raums am gesamtbayerischen Bruttoinlandsprodukt keine Rede sein kann, im Gegenteil. Sie zeigt, dass der Anteil des ländlichen Raums sogar gesunken ist. – Die Schere geht also leider nicht zusammen. Das wurde übrigens auch bei der Anhörung der Enquete-Kommission mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich deutlich zum Ausdruck gebracht. Herr Dr. Dirnberger als Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, der die Gesamtentwicklung wie kaum ein anderer kennt, äußerte wörtlich: "Wir nehmen im Augenblick nur wahr, dass die Schere zwischen Strukturschwäche und Strukturstärke immer noch auseinandergeht." Recht hat er, und deswegen müssen wir hier deutlich andere Akzente setzen, als es bisher gemacht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind schon ganz wichtige Ergebnisse der Enquete-Kommission. In der Stellungnahme im Rahmen der Anhörung wurde übrigens auch deutlich, dass die kommunalen Spitzenverbände trotz einer Erhöhung der Finanzzuweisungen mit der Gesamtentwicklung keineswegs zufrieden sind. Hier wurden auch das Konnexitätsprinzip – da gibt es eigentlich nur Kritik -, der kommunale Finanzausgleich und die Stabilisierungshilfen, die insgesamt begrüßt werden, angesprochen. Wir müssen eben schauen, dass neue Mittel dazukommen und dass nicht nur umverteilt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss, und ich habe natürlich – wie könnte es anders sein – auch noch einige kritische Anmerkungen: Erstens. Trotz großen Aufwands ist die öffentliche Resonanz auf die Arbeit der Enquete-Kommission meiner Meinung nach bescheiden und noch zu gering. Wir sollten deshalb diskutieren, ob die Sitzungen nicht insgesamt und grundsätzlich öffentlich gestaltet werden sollten. – Zum Zweiten sollten wir noch zielgerichteter arbeiten. Wir sollten uns wirklich überlegen, welche konkreten Forderungen wir haben. Das Unverbindliche steht mir hier noch viel zu stark im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Gerade bei der letzten Anhörung der kommunalen Spitzenverbände haben wir gesehen, wie wichtig es ist, mit den Betroffenen zu diskutieren. Auch das sollten wir noch verstärken. Das heißt, die betroffenen Verbände und Vereine müssen noch intensiver eingebunden werden. Ich hoffe, dass uns das gerade beim Thema Jugend gelingt. Das haben wir nach der Winterpause als Erstes auf dem Plan.

Aber natürlich möchte ich auch einiges positiv erwähnen. Insgesamt entwickelt sich die Arbeit in der Enquete-Kommission gut, und ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit auch bis zum Ende gut und zielorientiert bleibt. Dann, wenn der Bericht erarbeitet wird, wird es nämlich noch spannend; wir kennen das von anderen Ausschüssen. – Dem Vorsitzenden danke ich recht herzlich für seine souveräne Art, die Sitzungen zu führen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allen Abgeordneten der CSU und auch der anderen Parteien möchte ich ebenfalls danken. Aber gegenüber den CSU-Mandatsträgern sei mir doch die Anmerkung erlaubt, dass ich noch mehr erwarte und mir wünsche, dass Sie noch mehr Vorschläge einbringen, um das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht mein Dank auch an die Experten; sie sind wirklich eine Bereicherung, weil sie Sachverstand von außen einbringen und auf dem Weg zum Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse unabhängig von irgendwelchen politischen Richtungen gute Impulse geben. Mein Dank gilt auch Herrn Heigl vom Landtagsamt; das ist schon angesprochen worden. Man merkt, Herr Heigl, Ihre große, jahrzehntelange Erfahrung im Landtag; sie tut uns allen entsprechend gut. Ich möchte auch den Mitarbeitern in den Fraktionen recht herzlich danken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Tatsache, dass dieses Ziel in der Bayerischen Verfassung steht, und die Einsetzung der Enquete-Kommission – das soll noch einmal erwähnt werden – gehen auf Initiativen der SPD zurück.

(Beifall bei der SPD)

Sonst sagt man immer, als Opposition bringt man nicht so viel auf den Weg. Hier ist uns das, glaube ich, wirklich einmal gelungen. Und es ist Bewegung in das Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gekommen. Wir haben auch gemerkt, dass viele Interessierte gespannt warten, welche Ergebnisse wir erzielen. Nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin und in anderen Bundesländern schaut man auf unsere Enquete-Kommission; denn die Probleme sind in ganz Deutschland und vor allem in den neuen Bundesländern extrem. Deswegen hoffe ich, dass wir hier vorankommen. In einem reichen Land wie Bayern muss es das Ziel sein, Vorreiter zu sein

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und den anderen Regionen zu beweisen, dass sich alle Landesteile positiv entwickeln können, ohne dass einer abgehängt wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der FREI-EN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Rabenstein hat gerade ausführlich begründet, dass das Staatsziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern zu fördern, nicht von ungefähr kommt und es in der Tat erhebliche Unterschiede in den Strukturen, in den Bedingungen, auch in den Chancen in den Regionen Bayerns gibt. Zahlen hin oder her, die statistischen Belege für die eine oder andere Haltung sind schon gewürdigt; ich will das an dieser Stelle nicht wiederholen. Es lohnt sich allemal, für dieses Ziel zu arbeiten. Durch die Einsetzung der Enquete-Kommission sind wir dazu jetzt in besonderer Weise verpflichtet.

Was wollen wir, welches Ziel haben wir uns gesetzt, was wollen wir nicht? – Wir wollen am Ende der Kommissionsarbeit kein dickes, buntes Buch präsentieren, das womöglich mehr Autoren als Leser hat. Wir waren uns vor allem darin einig, dass wir nicht Hunderte von Seiten produzieren wollen, kein dickes Kompendium das Ergebnis sein soll, sondern dass wir ein nicht nur wissenschaftlich geprägtes Werk brauchen. Wir sind dann erfolgreich, und unsere Aufgabe ist dann erfüllt, wenn wir eine praktische Handlungsanleitung, eine Empfehlung für die Politik entwickeln, wie wir gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herstellen können.

Nach einem Jahr der Arbeit ist heute Zwischenbilanz zu ziehen und zu fragen, wie weit wir sind. – Ich bin nicht ganz so optimistisch wie unser Vorsitzender Kollege Rüth. Ich meine, wir sind noch nicht weit genug.

Der Landtag hat der Kommission 110 Fragen aus den verschiedensten Fachgebieten zur Bearbeitung mit auf den Weg gegeben, die wir natürlich – das möchte ich sagen – alle pflichtgemäß behandeln und bearbeiten werden. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen müssen wir durchaus feststellen, dass sie nicht alle zielführend sind. Der Fragenkatalog ist auch ein Stück weit lückenhaft. Das haben wir mittlerweile er-

kannt. Insbesondere die Erwartungen der Ballungsräume werden in den Fragen unzureichend beleuchtet. Gleiches gilt für die Erwartungen der Jugend; auch dieser Aspekt kommt zu kurz. Ich befürchte, dass die Vielzahl der Fragen und Facetten ein Stück weit den Blick auf das große Ganze erschwert.

Zunächst will ich aber auch das Positive betonen, die Art und Weise der Sitzungsleitung und die Atmosphäre. Ich sage herzlichen Dank an die beiden Vorsitzenden, auch an alle Kollegen über Parteigrenzen hinweg. Das lässt eine durchaus ergebnisoffene Diskussion zu und ermöglicht es, die Dinge weiterzuentwickeln. Ebenso darf ich den externen Experten herzlich danken; auch deren Input ist, wie wir sehen und feststellen, unverzichtbar. Eine Kommission allein aus Abgeordneten wäre ein großes Wagnis, das nicht von Erfolg gekrönt sein könnte.

Enttäuscht bin ich – das will ich an dieser Stelle sagen – von der Rolle der Vertreter des zuständigen Heimatministeriums. Sie beantworten lediglich Fragen und nehmen allenfalls eine passive Rolle als Beobachter ein. Ich hätte mir ein konstruktiveres und kreativeres Mitwirken gewünscht, einen konstruktiveren Input. Kooperation sieht anders aus. Ich habe eher das Gefühl, dass uns die Kollegen des Ministeriums mit der Sorge hinsichtlich einer unangemessenen Einmischung in ihre exekutiven Kompetenzen und Möglichkeiten beobachten.

Zwischenbilanz zu ziehen, heißt für mich zu sagen: Viele handfeste Ergebnisse haben wir bislang noch nicht erreicht. Auch die Anhörung der externen Experten habe ich nicht immer als zielführend empfunden, weil der zentrale Aspekt, um den es uns immer gehen sollte, nämlich wie wir Gleichwertigkeit erreichen, oftmals durch fachspezifische Betrachtungen ein Stück weit überdeckt wurde. Deswegen fällt meine Zwischenbilanz eher etwas nüchterner aus als die, die der Vorsitzende gerade vorgetragen hat.

Wir haben aber eine zweite Halbzeit. Jetzt ist die Frage in den Blick zu nehmen, was wir in dieser zweiten Halbzeit noch leisten müssen. Ich glaube, dass wir uns nach wie

vor mit der Begriffsklärung befassen müssen, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind. Wir sollten dabei nach Möglichkeit zu einem Konsens kommen. Niemand im Bayerischen Wald will die gleichen Lebensverhältnisse und Verkehrsverhältnisse wie beispielsweise in München am Stachus. Gleichwertigkeit ist beschrieben worden als ein Stück Gerechtigkeit, als Chancengleichheit, auch mit subjektiven Komponenten angereichert. Wir müssen weiter der Frage nachspüren, wie wir zu einer Definition der Gleichwertigkeit auch unter Würdigung solcher subjektiver Komponenten kommen können. Der Vorsitzende hat es gesagt: Messbar wird das im eigentlichen Sinne nicht sein. Wir werden uns im weiteren Prozess aber schon damit befassen müssen, wie wir die Dinge definieren und wie wir sie steuerbar machen können.

Das geht natürlich nicht allein auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen, vielleicht auch in den Regionen. Zuerst ist es notwendig, eine Übersicht über die jeweilige aktuelle Lage zu erhalten. Deswegen ist die Erhebung relevanter Daten geboten: aus dem Bereich der Infrastruktur, der Breitbandversorgung, der Bildung, der Gesundheit, der Wohnraumversorgung, der verkehrlichen Bedingungen, des ÖPNV. Das alles sind wichtige Fragen; es ist angesprochen worden.

Ich glaube, es ist auch eine wesentliche Aufgabe der Kommission, dass wir uns darauf einigen, welche dieser unzähligen Daten geeignete Indikatoren darstellen, um festzustellen, ob die Gleichwertigkeit gegeben ist oder an anderer Stelle nachgesteuert werden muss, weil noch Unterschiede bestehen, die nicht tolerabel sind.

Schließlich erwarte ich von der Kommission Vorschläge, wo und unter welchen Voraussetzungen welches staatliche Handeln angezeigt ist auf der Grundlage welcher erhobenen Daten und unter Würdigung der Einschätzungen der Regionen. Es wird unverzichtbar sein, die Regionen, die Menschen, die Verantwortlichen dort zu beteiligen und dann Vorschläge zu machen, welches staatliche Handeln angezeigt ist.

Das wird kein Konditionalprogramm sein können in dem Sinn, dass dann, wenn das eine vorliegt, das andere automatisch zu veranlassen wäre. Wir sollten aber schon ein

strukturiertes, ein nachvollziehbares Verfahren zur Klärung, Begründung und Bewertung, nicht zur Messung, verschiedener Fragestellungen erreichen wie beispielsweise der, wo wir Negativabweichungen in den verschiedensten Bereichen haben. Wir FREIE WÄHLER streben das in diesem Prozess an. Kollege Rabenstein hat darauf hingewiesen, dass es diese Abweichungen in Bezug auf die Themen Verkehr und Wohnraum zwischen den Ballungsräumen genauso wie zwischen verschiedenen ländlichen Regionen geben kann. Wir stehen vor den Fragen, ab wann Negativabweichungen nicht tolerierbar sind, ob die Probleme gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Region lösbar sind und welche Instrumente dabei zum Einsatz kommen sollen. Ich halte es für unsere wichtigste Aufgabe in der zweiten Halbzeit, ein strukturiertes Verfahren und eine für alle Regionen transparente Handlungsanleitung zu entwickeln.

Neben der Einigkeit über das operationalisierbare Verfahren sollten wir auch Einigkeit darüber erzielen, inwieweit eine Reform des Zentrale-Orte-Systems notwendig ist. Daneben gilt es, die Kompetenzen und die Pflichten von Kommunen und anderen regionalen Handlungseinheiten bei der Begleitung dieses Prozesses zu klären. Wir werden uns sicherlich auch mit der Frage angemessener Regionalbudgets bzw. einer angemessenen Finanzausstattung der regionalen Handlungseinheiten, auch der Kommunen, befassen müssen.

Letzter Punkt: Wir kommen hoffentlich – das ist ein Vorschlag, der mittlerweile auch der Kommission vorliegt – in Weiterentwicklung des von der Staatsregierung so ungeliebten Raumordnungsberichts zu einem Gleichwertigkeitsbericht als Grundlage für wiederkehrende Bestandsaufnahmen und regelmäßige Neujustierungen staatlichen Handelns. Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herzustellen ist keine einmalige oder punktuelle Aufgabe, sondern ein Dauerprozess. Dafür brauchen wir keine weiteren dicken, bunten Papiere; davon gibt es in der Landesplanung und anderswo schon genug. Wir brauchen auch keine Fachplanungsdebatten, sondern ein knackiges, überfachliches, koordinierendes Gesamtwerk im Sinne einer Anleitung für staatliches Handeln. Das sollte unser Ziel sein. Insoweit ist noch Erhebliches zu leisten.

Dem Dank an die Beteiligten, insbesondere an die Begleiter seitens des Ministeriums und des Landtagsamtes, Herrn Seitz, Herrn Heigl und Frau Wasowski, schließe ich mich gern an. Auch auf ihre Unterstützung zählen wir sehr, wenn es darum geht, das alles noch zu packen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Ganserer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich dem Dank meiner Vorredner an die Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtagsamtes für die hervorragende Zuarbeit anschließen. Die Arbeitsatmosphäre ist gut. Die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. Die Zuarbeit der Experten ist hervorragend. Das alles kann ich bestätigen.

Ich komme aber zu einem anderen, differenzierteren Zwischenbericht, als ihn der Vorsitzende der Kommission, Herr Kollege Rüth, gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz kommunalen Finanzausgleichs, trotz Regionalförderung und trotz Heimatministerium entwickeln sich die Regionen unterschiedlich, in Teilen sogar entgegengesetzt. Wenn einzelne Regionen immer reicher, andere aber von der Entwicklung abgehängt werden, dann droht ein Riss durch die Gesellschaft zu entstehen. Deswegen war es richtig, dass wir die Enquete-Kommission eingesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch was ist unter "gleichwertigen Lebensverhältnissen" zu verstehen? Sollen wir ein Mindestmaß an Versorgungseinrichtungen, zum Beispiel Krankenhäusern, vorgeben, oder sollen wir die Gleichwertigkeit lieber am Output – wie Lebenserwartung und Ge-

sundheitszustand – bemessen? - Eine klare Antwort haben wir in der Kommission noch nicht gefunden, weshalb wir uns dem Bereich zunächst philosophisch angenähert haben. Die Experten haben dabei den, wie ich finde, sehr guten Begriff "räumliche Gerechtigkeit" geprägt. Daran wird deutlich, dass es nicht um eine gleichmachende Politik geht, sondern darum, dass die Menschen, egal in welchen Regionen Bayerns sie leben, gleiche Chancen haben und fair behandelt werden. Am Ende der Arbeit muss aber klar sein, anhand welcher Parameter wir das Erreichen des Ziels der Gleichwertigkeit bewerten können.

Doch bei ihrer Arbeit musste die Kommission immer wieder feststellen, dass ausreichende und verlässliche Untersuchungen bzw. Daten zur Beurteilung der räumlichen Unterschiede fehlen. Ohne umfassendes Wissen über das Ausmaß der Unterschiede ist es nicht möglich, geeignete Strategien und Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zu entwickeln.

Die Kommission machte aber auch deutlich, dass der auf Hochglanzpapier gedruckte "Heimatbericht" ganz sicher keine geeignete Grundlage ist. Er stellt lediglich den Versuch dar, mit Taschenspielertricks die Konturen der Unterschiede zu verwischen. Herr Kollege Rabenstein hat das schon am Beispiel der Wirtschaftsleistung – Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner – gezeigt. Aber auch eine isolierte Betrachtung der Arbeitslosenzahl zeichnet ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Es ist doch so, dass in den benachteiligten Regionen die Menschen seit Jahrzehnten abwandern, sodass fast niemand mehr da ist, der dort noch Arbeit sucht.

Ich möchte das selbstkritische Bild, das Herr Muthmann gezeichnet hat, durchaus bestätigen. Auch ich sehe es nicht als zielführend an, bei jedem Thema stur an dem Fragenkatalog festzuhalten. Ich gebe ein Beispiel. Eine Frage lautet:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden können?

Die Debatte hat gezeigt, dass wir mittlerweile in allen Regionen einen Überhang an offenen Ausbildungsplätzen haben. Das Problem ist nicht mehr die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen, sondern die Herausforderung besteht darin, überhaupt geeigneten Nachwuchs bzw. geeignete Fachkräfte zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufschlussreicher als das Papier des Heimatministeriums wäre der Raumordnungsbericht. Dieser hätte eigentlich schon im Jahr 2013 vorgelegt werden müssen. Auf die Anfrage meiner Kollegin Claudia Stamm, wann die Staatsregierung ihrer Berichtspflicht nachzukommen gedenke, antwortete sie, dass die Verzögerung in Ausschreibungen für Satz und Druck der Broschüre begründet sei.

Der Bericht ist kurz vor der Sommerpause in Papierform lediglich den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zur Verfügung gestellt worden. Aufgrund der geringen Druckauflage können die Fraktionen keine weiteren Exemplare erhalten. Dies zeigt für mich deutlich, dass die Staatsregierung den Raumordnungsbericht nicht veröffentlichen wollte, bevor das Pamphlet "Heimatbericht" vorgelegt worden ist.

Auch wenn sich im Raumordnungsbericht ebenfalls jede Menge Prosa wiederfindet, so zeigt er doch zahlreiche Fehlsteuerungen der Landesplanung auf. Der Flächenverbrauch ist nach wie vor viel zu hoch. Eine Ursache wird in der kommunalen Konkurrenz um die Ansiedlung von Gewerbegebieten gesehen.

Gleichzeitig ist das Angebot an Gewerbeflächen weit höher als die Nachfrage. Ohne der notwendigen Debatte über die Konsequenzen des Raumordnungsberichts vorzugreifen, möchte ich doch schon an dieser Stelle feststellen, dass wir daraus Schlüsse für die Landesplanung ziehen müssen. Die Lockerung des Anbindegebots kann jedenfalls nicht die Antwort auf den zunehmenden und zügellosen Flächenfraß sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Experten in der Kommission haben deutliche Kritik an der Landesplanung geübt. Das LEP ist in den vergangenen Jahren zunehmend zusammengestutzt und durch ein unkoordiniertes Nebeneinander von Aktionen der Ministerien ersetzt worden. Stattdessen brauchen wir einen Masterplan zum Ausgleich der räumlichen und regional unterschiedlichen Entwicklung. Dafür benötigen wir eine starke Landes- und Regionalplanung mit leistungsfähigen Institutionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade die Regionalplanung in Bayern ist weder personell noch finanziell in der Lage, eine koordinierende und moderierende Funktion angemessen auszufüllen. Es zeigt sich, dass wir die Träger der Regionalplanung in ihrer Rolle als Organisatoren der Regionalentwicklung deutlich stärken müssen werden.

Zum Punkt Behördenverlagerung. Diese wird zwar in Teilen als sinnvolles Symbolhandeln betrachtet, jedoch wird der Sinn einiger Entscheidungen hinterfragt. Welchen Beitrag zur Strukturpolitik und zur Förderung strukturschwacher Regionen leistet zum Beispiel die Verlagerung des Eichamtes München in den Münchner Speckgürtel nach Fürstenfeldbruck? - Mir erschließt sich diese Entscheidung nicht.

Bei allem dürfen wir nicht die Probleme und Herausforderungen der Städte vergessen. Zum Beispiel führt die Stadt Nürnberg seit Jahren traurig die Statistik der Arbeitslosenzahlen an. Sie hätte deswegen auch strukturpolitische Unterstützung verdient. Deswegen ist es für mich nicht sinnvoll, Behördenstellen von Nürnberg nach außen zu verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr aufschlussreich war für mich das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Es hat mir gezeigt - die Vertreter von Gemeindetag und Städtetag haben es deutlich gemacht -, dass die Bürger im Gegensatz zum Kommunalrecht nicht zwischen freiwilligen Leistungen und sogenannten Pflichtaufgaben unterscheiden. Dass das

Wasser aus der Leitung kommt und Straßen ordnungsgemäß instand gesetzt werden, wird als gegeben vorausgesetzt. Vielmehr bestimmen der Umfang und die Qualität der erbrachten sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Unterhalt von Schwimmbädern oder das kulturelle Angebot die Lebensqualität eines Ortes.

Doch leider Gottes sind viele Kommunen mittlerweile nicht mehr in der Lage, ihre Schwimmbäder zu unterhalten. In den letzten Jahren haben 43 kommunale Schwimmbäder schließen müssen. 65 Schwimmbädern droht die Schließung, weil sich die Kommunen den Unterhalt nicht mehr leisten können.

Bei den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde deutlich, dass in den strukturschwachen Regionen viele Kommunen aufgrund ihrer Finanzschwäche nicht mehr in der Lage sind, im Zuge freiwilliger Leistungen in die sogenannten weichen Standortfaktoren ausreichend zu investieren, und dass es der kommunale Finanzausgleich auch nicht mehr zu richten vermag.

Spannend wird für mich in diesem Zusammenhang die Debatte um die Frage, wie kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden kann, vor allem wenn man sieht, wie die Staatsregierung in den letzten Monaten zahlreiche millionenschwere Investitionen in kulturelle Großprojekte – Konzertsaalneubauten in München und Nürnberg – angekündigt hat, aber es immer noch an einem gesamtbayerischen und regional ausgewogenen Kulturkonzept fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission tagt, so sehen es die Regeln des Landtags vor, grundsätzlich nichtöffentlich. Dabei betont der Einsetzungsantrag:

Bayerns Stärke sind seine Menschen. Ihnen in jeder Region Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen, ist das Ziel bayerischer Politik.

Das macht für mich deutlich – da bin ich ganz beim Kollegen Rabenstein –, wir dürfen uns in der Kommission nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen auch nach draußen blicken. Zweifelsohne gibt es in allen Landesteilen in Bayern sehr viele Menschen, die mit vielen Initiativen ihre Region, ihre Dörfer lebenswert erhalten. Mit denen müssen wir ins Gespräch kommen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diese Initiativen weiter stärken können, welche Hilfen und Handreichungen sie seitens der Politik brauchen.

Ich halte es für eine gute Entscheidung, dass wir mit der Kommission auch nach draußen gehen und Vor-Ort-Termine wahrnehmen. Insbesondere von der Anhörung der Jugendverbände erwarte ich mir noch sehr wertvolle Impulse für die weitere Arbeit.

Deshalb möchte ich nach mehr als einem Jahr der Arbeit in der Enquete-Kommission zusammenfassend feststellen: Es war notwendig und richtig, die Kommission einzurichten und zusammen fraktionsübergreifend Handlungskonzepte und Strategien zur Erreichung des Verfassungsziels zu erarbeiten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich wollte ich nicht reden, weil eine Enquete-Kommission eine reine Aufgabe des Landtags ist. Nachdem mir in den Beiträgen aber der eine oder andere Punkt aufgefallen ist, möchte ich ein paar Sätze dazu sagen.

Zunächst einmal danke ich der Kommission selbst. Ich weiß, Enquete-Kommissionen sind nicht von vornherein ein reines Medienspektakel; man sieht es auch ein bisschen an der Präsenz hier. Das sind Parteitage und Ähnliches mehr, aber weniger Enquete-

Kommissionen. Ich habe selber einmal für meine Fraktion ein oder zwei Jahre lang eine Enquete-Kommission geleitet – sie hieß "Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend", das war eine andere Zeit –, deswegen weiß ich, was für eine schwierige Aufgabe das ist. Ich möchte allen, die da mitarbeiten, ein ganz herzliches Dankeschön für den Fleiß, für das Engagement, für den Ideenreichtum sagen und ganz besonders dem Vorsitzenden Berthold Rüth, der auch mit uns in enger Zusammenarbeit steht. Ein herzliches Dankeschön für die hervorragende Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir gedacht – wir sind ja als Heimatministerium sozusagen das staatliche Pendant zur Enquete-Kommission –: Was machen eigentlich die anderen Bundesländer, wenn es um Strukturfragen geht? Wie findet die Diskussion woanders statt? Finden in anderen Bundesländern, wo es schwierige Strukturfragen gibt, solche Debatten überhaupt statt? Gibt es dort derartige Initiativen wie bei uns? Lautet die Empfehlung, sich in diesen Regionen mit dem ländlichen Raum positiv zu beschäftigen, oder lautet im Gegenteil die Botschaft: Wenn ihr mehr wollt, dann zieht am besten in die Stadt?

Unserer Erfahrung nach gibt es kein Bundesland, das so engagiert wie Bayern den ländlichen Raum als gleichwertigen Zukunftsraum definiert, ihn nicht abkanzelt, sondern tatsächlich glaubt, dass die kulturelle Identität des Landes eben nicht nur in den Großstädten liegt, sondern gerade auch im ländlichen Raum.

Darum, meine Damen und Herren, ist das, was Bayern macht, ob die Enquete-Kommission, ob der Landtag oder ob die Staatsregierung, in Deutschland eine Benchmark für den ländlichen Raum. Wir wollen den ländlichen Raum stärken, und wir werden ihn stärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens, die Zahlen des Heimatberichts stimmen selbstverständlich. Denn sie sind im Ministerium zusammengestellt und ordentlich bewertet worden; sie sind vom

Jahr 2006 ausgegangen, weil es das Zahlenmaterial des vorhandenen Monitorings war, das sich da ergeben hat. Im Heimatbericht werden übrigens nicht nur die positiven Seiten beleuchtet, sondern ganz bewusst auch die Herausforderungen. Natürlich entwickelt sich die Bevölkerung in Bayern demografisch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Wir haben in der Tat Ballungsräume, die enorm wachsen, die eher Probleme mit ihrer Beschleunigung haben, und wir haben umgekehrt ländliche Räume, die nicht die gleiche Dynamik aufweisen.

Keiner darf sich täuschen: Es ist nicht wahrscheinlich, dass wir eins zu eins die Lebensverhältnisse anpassen. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt nicht, dass alles gleich sein muss. Aber es muss gleiche Chancen geben. Keiner möchte die Mietpreise von München überall im Lande haben. Es geht darum, Chancen zu haben. Der ländliche Raum muss Chancen bekommen, meine Damen und Herren, und darf nicht vergessen werden. Das ist die Zukunftsperspektive, die wir erarbeiten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Das alles müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass der ländliche Raum nicht nur alimentiert werden darf, sondern aus eigener Kraft stark und attraktiv für junge Menschen werden soll. Das ist die Aufgabe.

Nun zu drei oder vier Punkten, die angesprochen wurden. Ich habe ständig gehört, die kommunalen Spitzenverbände seien entsetzt, tief enttäuscht über den kommunalen Finanzausgleich. Das würde mich wundern. Abgesehen davon, dass sie ihn selbst mitverhandelt und abgeschlossen haben, ist er national im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre einer der stärksten und wichtigsten Signale, die man den Kommunen setzen kann. Der Freistaat Bayern zahlt nicht nur bei der Unterbringung von Asylbewerbern in einer kommunalfreundlichen Form, die in Deutschland ihresgleichen sucht, sondern wir sind auch bei der Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ein Land, das wie kein anderes Kommunen beteiligt. Dass wir das in Bayern tun, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Rekord-FAG: 8,56 Milliarden Euro. Durch die Steuerschätzung sind noch einmal 111 Millionen Euro dazugekommen. Die Umverteilung, die wir jetzt im FAG von Groß zu Klein beschlossen haben, umfasst fast 80 Millionen Euro. Hinzu kommen die Stabilisierungshilfen, die jetzt auf 120 Millionen Euro angewachsen sind. Sie sind übrigens in meiner Amtszeit als Idee definiert, um strukturschwachen Regionen zu helfen. Wenn man beobachtet, wie sie beispielsweise bei Ihnen in Oberfranken aufgenommen werden, Herr Dr. Rabenstein, oder wie sie in der Oberpfalz oder in Niederbayern oder in anderen Bereichen aufgenommen werden, dann stellt man fest: Man wartet dort jedes Jahr auf die Verkündung, ob es Stabilisierungshilfen geben kann. Sie sind nämlich ein wichtiges Element der Stütze und der finanziellen Architektur von demografiegeplagten Gemeinden. Wir halten deshalb an ihnen fest. Ich sage Ihnen noch eine Zahl dazu. Seit ich Finanzminister bin, haben wir durch die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung strukturschwacher Gemeinden den kleinen und strukturschwachen Gemeinden insgesamt 900 Millionen Euro mehr gegeben. Welches Land kann das vorweisen, meine Damen und Herren? – Das kann nur der Freistaat Bayern vorweisen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von einer Gleichwertigkeit der Chancen reden, dann haben Sie ein Thema ausgelassen. Das hat mich gewundert; denn es ist ein Thema, das im ganzen ländlichen Raum eine Rolle spielt, und zwar das Thema Digitalisierung. Genauso wichtig wie die Infrastruktur der normalen Straßen ist die digitale Infrastruktur. Wenn heute ein Unternehmen sich irgendwo ansiedeln will, dann fragt es nach der Straßenverbindung. Das Unternehmen fragt aber auch, wie der Anschluss an das schnelle Internet ist. Auch wenn junge Leute sich ansiedeln, gehört wie der Anschluss an Wasser und Strom der Anschluss an das schnelle Internet dazu.

Als wir hier in Bayern gemeinschaftlich die Aufgabe übernommen haben, den ländlichen Raum in den Mittelpunkt zu stellen, da drohte tatsächlich eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land. Wir haben diese Situation noch nicht ganz überwunden, aber mit unserem einzigartigen Programm - ich glaube, dass es von allen akzeptiert und von den Kommunen gut angenommen wird - können wir es schaffen, im ländlichen Raum die gleiche digitale Qualität zu entwickeln, die wir in den Großstädten haben. Mittlerweile sind 92 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren. Woche für Woche werden Förderbescheide erteilt. Insgesamt wurden schon 5.500 Glasfaserleitungen verlegt. Das entspricht zweimal dem Umfang Bayerns, wenn ich das einmal sagen darf. Wir bewegen uns in allen Regionen Bayerns, gerade aber in den strukturschwachen Gebieten, mit Siebenmeilenstiefeln dahin, dass alle Gemeinden in Bayern Anschluss an das schnelle Internet haben. Ich prognostiziere, das wird Ende des Jahres 2017, Anfang des Jahres 2018 so weit sein.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Wir wollen das Bundesprogramm nutzen, um auch die Stellen weiter auszubauen, die noch nicht abgedeckt worden sind. Ich sage hier einmal, auch wenn das vielleicht etwas unvorsichtig ist: Der Prozess muss auch noch darüber hinausgehen. Unser Ziel ist es nämlich nicht nur, jede Gemeinde oder aber den größten Teil einer Gemeinde anzuschließen, sondern unser Ziel ist es, dass irgendwann einmal jeder Haushalt einen Anschluss an das Glasfasernetz hat. Die anderen Bundesländer sind da weit hinterher. Wir aber, meine Damen und Herren, sind mit starken Verfahren und mit starken Kommunen gut aufgestellt. Für den ländlichen Raum ist das Breitbandprogramm eine echte Zukunftschance. Mein Dank geht an die Gemeinden, dass sie es nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Arbeitsplätze will ich Folgendes sagen: Ganz abgesehen vom LEP gibt es immer eine komische zweischneidige Argumentation. Einerseits soll viel passieren, andererseits soll eigentlich nichts geschehen. Da wird gefordert: Wir brauchen mehr Wirtschaft im ländlichen Raum, damit sich Leute ansiedeln. Aber gleichzeitig heißt es:

Bitte, bitte, bitte keine Fläche antasten. Wie sollen wir das denn machen? – Der ländliche Raum braucht Entwicklungsperspektiven. Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen kann nicht allein das Privileg von Großstädten sein. Es kann nicht sein, dass das LEP am Ende eine wirtschaftliche Ansiedlung eher verhindert und damit auch die Chance, dass der ländliche Raum sich entwickelt, verhindert.

(Florian von Brunn (SPD): 18 Hektar Flächenverbrauch in Bayern!)

Wir brauchen deshalb auch eine Veränderung des LEP. Wir werden das Anbindegebot mit den bekannten Stellen erleichtern. Wir werden das nicht für die großen Einzelhandelsmärkte tun, weil wir um die Situation wissen. Für das Handwerk, für das Gewerbe muss doch die Chance bestehen, sich an großen Straßen anzusiedeln. Das muss auch interkommunal gehen, wenn zwei Gemeinden sich zusammentun. Bei Freizeit- oder Kultureinrichtungen muss es doch ein bisschen mehr Luft zum Atmen geben. Man kann den ländlichen Raum doch nicht beleben, wenn man ihm gleichzeitig die Luft abschneidet. Deshalb werden wir das LEP an dieser Stelle ändern.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wie viele ungenutzte Gewerbeflächen haben wir denn in Bayern?)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich auch sagen, was wir machen. Eine Empfehlung, die ich sehr schätze, lautet: Wirtschaft ja, beispielsweise durch die Erleichterung von Ansiedlungsoptionen. Aber nicht nur das. Wir haben in Nord- und in Südbayern bewusst insgesamt über 100 Hochschulprojekte gefördert und auf den Weg gebracht. Diese Projekte werden jetzt noch durch eine Reihe von Dezentralisierungsideen der Hochschulen ergänzt. Das bietet die riesige Chance, dass selbst kleinere ländliche Räume den Wissenschafts- und Technologietransfer nutzen können. Das sind Projekte, für die weit über eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2018 zur Verfügung steht. Diese Gelder werden helfen, die Infrastruktur vor Ort so zu gestalten, dass junge Leute im ländlichen Raum bleiben und nicht nach München, Nürnberg, Erlangen oder Augsburg ziehen müssen. Das ist die Zukunftsoption: Mit Technologie, mit Hochschulideen, mit

Innovationen dafür sorgen, dass junge Leute zu Hause studieren, zu Hause bleiben und damit ihre Heimat behalten können. Das ist eine Philosophie, die es wirklich nur in Bayern und sonst nirgendwo gibt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ganserer ist konsequent, wenn er die Behördenverlagerungen geißelt. Eure große Skepsis gegenüber Behördenverlagerungen vor allem aus München heraus bestand schon immer. Meine Damen und Herren, ich möchte es einmal so sagen: Wir haben hier im Landtag schon andere Konzepte beschlossen. Wir haben auch schon Konzepte einer Behördenkonzentration beschlossen. Aber heute kämpft der eine oder andere Abgeordnete um eine Servicestelle, beispielsweise in Passau oder auch bei der Wasserwirtschaft, selbst dann, wenn es nur um vier oder fünf Stellen geht und um die Frage, ob die bleiben oder nicht.

Manchmal gibt es Diskussionen, die sich um Fragen wie die folgenden drehen: Ist das notwendig? Muss man sich den Ärger machen? – In den ländlichen Räumen entscheiden aber manchmal gerade die kleinen Infrastruktureinrichtungen der Behörden, ob ein Ort seine zentrale Funktion behält. Sie entscheiden, ob sich daneben beispielsweise Ärzte ansiedeln, ob die Schule bleibt und ob jemand an kleinstrukturierten Räumen Interesse findet. Sie entscheiden, ob diese Räume attraktiv bleiben, sodass die Menschen dort bleiben. Die Behördenverlagerung, die wir in Angriff nehmen, an der über 3.000 Personen beteiligt sind, ist ein gewaltiges Projekt. Ich habe keine davon betroffene Region erlebt, die sich nicht dafür interessiert hätte.

Wir befinden uns in einem Prozess. Jedes der Ministerien ist auf dem Weg. Wir suchen die Gebäude, wir prüfen die Strukturen. Es haben Personalgespräche stattgefunden. In keiner einzigen der Regionen wurde gesagt: Das brauchen wir eigentlich nicht, lassen wir das doch lieber in München, dort ist es am besten aufgehoben. – Meine Damen und Herren, wir stärken München, wo es nur geht, dass hier keine Missverständnisse entstehen. Es kann aber nicht sein, dass am Ende nur München gestärkt

wird und der ländliche Raum nicht. Wir müssen beides tun. Mit der Behördenverlagerung schaffen wir es aber zum ersten Mal, dass Regionen attraktiv werden, in denen keine Hochschule ist und auch nicht das große Lager eines Automobilunternehmens. Wir nehmen die staatliche Aufgabe wahr, die Infrastruktur vor Ort mit den Mitteln, die wir haben, zu stärken. Neben Geld, neben der Digitalisierung ist die dritte Möglichkeit die Verlagerung von Behörden, weil dann nicht nur Arbeitsplätze dorthin wandern, sondern meist werden auch Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Es wird gebaut, es wird investiert, es findet Leben statt. Die Folgewirkungen der Behördenverlagerungen sind deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. Ich sage Ihnen, das war ein wichtiger Schritt auf einem Weg, den wir fortsetzen werden.

(Beifall bei der CSU)

Jede neue und gute Idee ist willkommen. Albert Füracker und ich sind ziemlich viel im Land unterwegs. Wir haben mit unzähligen Bürgermeistern Gespräche geführt und versucht zu ermitteln, was wir noch brauchen. Unser Eindruck ist, dass wir insgesamt gesehen auf einem guten Weg sind. An einigen Stellen kann man immer noch mehr machen, das ist ganz natürlich. Jeder wird immer sagen: Ein bisschen mehr Förderung ist noch besser. Alles andere würde mich wundern, und es würde auch dem Charakter einer guten Interessenpolitik widersprechen, wenn ein Bürgermeister sagen würde, er ist so zufrieden, dass er nichts mehr braucht.

Was wir tun, ist im Hinblick auf die Grundphilosophie der Heimatstrategie sehr gut. Ich glaube, lieber Berthold Rütth, das ist auch eure Grundphilosophie. Wir überlegen, was man tun kann, um den ländlichen Raum aus sich heraus zu stärken. Wir wollen den Bürgermeistern mehr Möglichkeiten geben, selbstständig zu agieren. Sie sollen nicht nur auf die Zuschusseritis warten. Sie sollen vielmehr eigenverantwortlich ihr Gemeindeleben gestalten. Sie sollen nicht nur darauf warten, bis ein Referatsleiter in München am grünen Tisch vielleicht gnädig sein Okay gibt. Die Bürgermeister, vom Volk gewählt, müssen die Chance haben, eigenständig im Land zu operieren. Meine

Damen und Herren, die Bürgermeister würden doch andernfalls das Ziel ihres Auftrags verfehlen.

(Beifall bei der CSU)

Wir glauben deshalb, dass wir miteinander auf einem ordentlichen Weg sind. Lassen Sie uns weiter diskutieren. Neben der Flüchtlingsthematik ist es vielleicht die zentrale und spannendste Aufgabe der Staatsregierung. Diese Aufgabe wird auch nicht in ein oder zwei Jahren entschieden sein. Sie wird sich auch nicht mit einem Beschluss mehr oder weniger lösen lassen. Auch wenn wir jetzt 300 Millionen mehr geben, ist sie nicht gelöst. Vielmehr müssen wir an dieser Thematik weiterhin mit großem Engagement arbeiten. Ich nenne noch einen Vergleich. Wie bei der Digitalisierung, bei der nationale Experten fragen, wie wir das machen, wird der Diskussionsprozess bei allen anderen Konzepten, die wir derzeit anstoßen und bei denen sich Experten ebenfalls hervorragend einbringen, weitergehen. Dies ist ein dynamischer, kein statischer Prozess. Daher wird es auch nicht einfach einen Abschlussbericht geben, sondern dies bleibt die Kernaufgabe des Staates. Wir wollen uns ihr stellen.

Wir bedanken uns herzlich für die gute Zusammenarbeit. Im Heimatministerium ist immer Platz für die Enquete-Kommission und Zeit für ein gutes Gespräch. Ich wünsche der Enquete-Kommission auch im nächsten Jahr Gutes und bin gespannt, wie einheitlich die einzelnen Dinge ausfallen werden. Ich weiß, wie das ist. Das Schwierigste ist der Abschlussbericht, lieber Berthold. Viel Erfolg und viel Freude dabei, den Abschlussbericht konsensfähig zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und Tagesordnungspunkt 2 ist erledigt.



Bericht

der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags

„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“

[Der Bericht ist als pdf-Dokument hier abrufbar](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Berthold Rüth

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Markus Ganserer

Abg. Max Gibis

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Carolina Trautner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Claudia Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bericht

der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

(Drs. 17/19700)

Auf der Ehrentribüne begrüße ich die sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission ganz herzlich, Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Lothar Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Ich möchte mich im Namen des Landtages bei Ihnen ganz, ganz herzlich für Ihre außerparlamentarische Mitarbeit bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich kurz auf die Redezeiten hinweisen: Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 96 Minuten für die Aussprache zum Bericht vereinbart. Darüber hinaus erhalten die beiden Vorsitzenden jeweils 5 Minuten zusätzliche Redezeit für ihre jeweilige Berichterstattung zum Verfahren und zum Ablauf der Kommission. Beide Vorsitzenden werden ihre Berichte zu Beginn erstatten. Dann erfolgt die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt für die CSU-Fraktion 32 Minuten, für die SPD-Fraktion 24 Minuten, für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN jeweils 20 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Frau Stamm, Herr Felbinger und Herr Muthmann können bis zu 4 Minuten sprechen. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 32 Minuten.

Ich eröffne nun die Aussprache und bitte den Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Berthold Rüth, zum Mikrofon.

Berthold Rüth (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Enquete-Kommission ist es Brauch, dass der Vorsitzende einen Bericht geben darf. Mir wären eigentlich zehn Minuten Redezeit zugestanden. Aber Kollege Dr. Rabenstein und ich haben diese Kommission zu einem hervorragenden Ende geführt

und so gut zusammengearbeitet, dass wir gesagt haben: Wir teilen uns die Zeit; jeder darf fünf Minuten reden.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke. – Meine Damen und Herren, am 15. September 2013 wurde die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei einem Volksentscheid mit einer Zustimmung von über 90 % der bayerischen Wählerinnen und Wähler in den Verfassungsrang erhoben. Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nun als Staatsziel in der Verfassung verankert. Alle Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung müssen an diesem Ziel ausgerichtet sein.

Im Juli 2014 wurde auf Antrag aller Fraktionen eine Enquete-Kommission eingesetzt; dann wurde ein Katalog mit über 110 Fragen erarbeitet. Im Oktober 2014 haben wir die Arbeit aufgenommen. Nach drei Jahren und zwei Monaten intensiver Arbeit haben wir nun am 30.11. unseren Bericht ohne Gegenstimme verabschiedet – "einstimmig" kann ich nicht sagen, weil es eine Enthaltung gab. Eigentlich war der Beschluss einstimmig; zumindest gab es keine Gegenstimme.

Wir hatten 34 Sitzungen, 5 redaktionelle Sitzungen, 4 Außentermine in Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken, im Heimatministerium. Der Kollege Rabenstein und ich waren natürlich auch mit unseren jeweiligen Fraktionen bayernweit unterwegs. Wir hatten zahlreiche Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit dem Bezirkstag, dem Landkreistag, dem Städtetag, dem Gemeindetag. Wir haben Fachgespräche mit den Jugendverbänden – die waren sehr spannend, weil es um Zukunftsthemen ging –, mit der Landwirtschaft und auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns geführt. Wir haben über den Tellerrand hinausgeschaut und sogar in Schweden Anregungen geholt.

Jetzt liegt ein Bericht mit 152 Seiten vor. Der Kollege Muthmann ist da; er hat einmal gesagt, er hoffe, dass am Ende mehr Personen diesen Bericht lesen, als ihn geschrie-

ben haben. Ich denke, dass diesem Wunsch nachgekommen wird und dass es sehr, sehr viele Leser gibt; denn der Bericht ist sehr, sehr gut gelungen.

Meine Damen und Herren, abgesehen von aller kleinsten Reibereien ist alles gut, kollegial, harmonisch gelaufen. Auch ein Bericht in der Presse hat uns nicht irritiert. Wir haben die Aufgabe gemeinsam abgeschlossen, und wir haben diesen Bericht, wie gesagt, ohne Gegenstimme beschlossen.

Es gibt 120 Handlungsempfehlungen; 114 von diesen 120 Handlungsempfehlungen oder 95 % wurden einstimmig beschlossen. Bei 6 Handlungsempfehlungen gab es zum Teil abweichende Nuancen. Die Abweichungen gingen über alle Fraktionen hinweg; auch bei den Experten gab es manchmal unterschiedliche Ansätze. Trotzdem haben wir am Ende des Tages immer ein gutes Ergebnis erzielt.

Ich danke allen, die mitgewirkt haben, für ihre große Kompromissbereitschaft, und glaube, wir haben ein sehr, sehr gutes Ergebnis erzielt.

Der Bericht gliedert sich in sechs Teile: erstens das Formale, zweitens das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit, drittens enthält er ein Set von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, viertens die Bestandsaufnahmen und Prognosen zur Situation in Bayern, fünftens Handlungsempfehlungen und sechstens die Beantwortung des Fragenkataloges. Wir haben alle 110 Fragen ausführlich beantwortet.

Als Vorsitzender darf ich am Ende insbesondere all jenen danken, die mitgewirkt haben. Ich beginne mit meinem Stellvertreter Dr. Christoph Rabenstein. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Lieber Christoph, dir vielen Dank. – Die SPD muss jetzt klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr gut! – Ich danke allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern. Ich danke den Experten – in alphabetischer Reihenfolge – Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Prof. Dr. Holger Magel, Herrn Prof.

Dr. Manfred Miosga, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Herrn Spiller sage ich nochmals Danke; denn er war auch Leiter unseres Redaktionsteams. Er hat das hervorragend gemacht und ist wesentlich daran beteiligt gewesen, dass dieser Bericht so gut zustande kam.

Ich danke am Ende auch den Mitarbeitern des Landtagsamtes: Herr Julius Heigl war bis Mai 2016 für uns verantwortlich. Frau Feldmann hat ihn zwischenzeitlich vertreten. Ab August 2016 hat uns Frau Jarawan begleitet. Ich danke auch Frau Wasowski, ihrer Mitarbeiterin. Die Mitarbeiterinnen sind immer ganz besonders wichtig.

Ich danke ebenso Herrn Dr. Seitz vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; er hat uns bestens unterstützt, hat immer Material geliefert. – Herr Dr. Seitz, vielen Dank auch Ihnen!

Ich danke allen Vertretern der Staatsregierung und ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen: Herrn Bastian Sauer von der SPD, Herrn Humplmair und Herrn Schmöller von den FREIEN WÄHLERN, Frau Petersohn von den GRÜNEN und besonders auch Frau Ritthammer von der CSU. Herzlichen Dank von meiner Seite für die gute Unterstützung! Der Vollständigkeit halber nenne ich auch noch die ehemaligen, bis 2015 zuständigen Referenten: Frau Marfeld von der CSU und Herr Kohl von den GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, wir haben interessante Erkenntnisse gewonnen. Wir werden dann in der Aussprache auf die Themen eingehen. Es war eine anstrengende, eine spannende, aber vor allen Dingen eine schöne Zeit. Ich darf nun das Wort an meinen Kollegen Dr. Christoph Rabenstein weitergeben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte schön, Herr Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Ausführungen des Vorsitzenden nur anschließen. Auch wir Mitglieder der SPD in der Enquete, also Annette Karl, Günther Knoblauch und meine Wenigkeit, haben diese dreieinhalb Jahre zwar als sehr anstrengend empfunden – die meisten von uns haben das schließlich neben ihrer normalen parlamentarischen Arbeit gemacht, wenn ich das so ausdrücken darf –, aber ich glaube, insgesamt war unsere Arbeit zielführend und erfolgreich, und wir können froh darüber sein, dass wir heute den Bericht vorlegen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal alle erwähnen, denen bereits gedankt worden ist; ich schließe mich dem Dank natürlich voll an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich aber schon noch einmal nennen. Gerade in der letzten Phase, bei der Bearbeitung des Berichts, hat es doch einige Reibereien, einige heftige Diskussionen gegeben. Das ist so üblich. Ich glaube, sie haben hier bemerkenswert vermittelt, und deswegen ist dieses gute Gesamtergebnis sicherlich auch ihrer Arbeit zu verdanken. Herzlichen Dank noch einmal dafür!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass diese gute Arbeit auch zustande gekommen ist, weil wir nichtöffentlich getagt haben. Einerseits fehlt dadurch natürlich die Transparenz. Die Presse war nicht dabei. Dadurch war die Berichterstattung nicht so, wie sich der eine oder andere das vorgestellt hat. Auf der anderen Seite hat das aber dazu geführt, dass parteipolitische Schaufensterreden – die kennen wir schließlich auch – selten gehalten wurden. Es ging nicht um Profilierungen, sondern es ging um Themen und Inhalte, und das war letztlich auch gut so. Das hat zu einem Abschlussbericht geführt – ich habe das schon gesagt –, der sich sehen lassen kann und – wir werden das noch ausführen – der sicherlich auch Langzeitwirkungen hat und über die Grenzen Bayerns hinaus Beachtung finden wird.

Ein Wermutstropfen ganz zum Schluss – auch das möchte ich ansprechen – waren Unstimmigkeiten in den letzten zwei, drei Sitzungen. Obwohl wir den Fraktionen einen gut abgestimmten Vorschlag präsentiert haben, kamen von der Mehrheitsfraktion doch massive Änderungs- bzw. Streichungswünsche. Meiner Meinung nach war dabei der Druck aus den einzelnen Ministerien zu spüren, aber letztlich hat sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit durchgesetzt. Auch die Experten haben dazu beigetragen, die gesagt haben: Schauen wir doch, dass wir das, was wir mühsam erarbeitet haben, auch über die letzten Hürden bringen. – Auch für diese vermittelnden Gespräche – Herr Spiller, Sie haben die Redaktionskonferenz geleitet – den Experten einen herzlichen Dank! Es war toll, dass Sie hieran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss gilt es nun, diese Ergebnisse unter die betroffenen Menschen zu bringen. Der Bericht sollte nicht in Schubladen landen und dort schlummern, sondern er sollte gelesen werden, über ihn sollte diskutiert werden; denn dieser Abschlussbericht ist kein abschließendes Manifest, sondern ein Papier mit Vorschlägen, Anregungen und Empfehlungen, wie sich Bayern positiv entwickeln kann – zum Wohle aller Bürger. Das war unser Ziel, und ich glaube, das haben wir weitestgehend auch erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bayern ist ein wunderbares Land mit seinen Bergen, Seen, Flüssen und Mittelgebirgen, als Heimat, mit seiner Tradition und vor allen Dingen mit seinen Menschen. Viele Menschen kommen nach Bayern und verbinden damit die Hoffnung auf ein besseres Leben. Wir nähern uns deshalb der 13-Millionen-Einwohner-Grenze. Bayern wächst und wächst. Die Geschwindigkeit des Wachstums ist aber nicht überall gleich. In den Ballungsräumen und in den Entwicklungsachsen haben wir eine sehr hohe Dynamik,

und wir müssen darauf achten, dass diese Geschwindigkeit bayernweit gleichmäßig verteilt wird. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir und auch die Staatsregierung das Augenmerk auf die gleichwertigen Lebensbedingungen richten.

Meine Damen und Herren, gleichwertig ist aber nicht gleichartig. Es gibt unterschiedliche historische, strukturelle, kulturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Unterschiede sind vorhanden, und es geht nicht darum, diese Unterschiede zu nivellieren, sondern es geht um eine Art gleichgestellter Verschiedenartigkeit. Ungleichheiten sind bis zu einem gewissen Grad akzeptabel, wenn trotz der Unterschiedlichkeit und Vielfalt die gleichen Chancen für individuelle Entwicklung bestehen und sich Abweichungen in einem akzeptablen Rahmen bewegen. Wenn allerdings der Rahmen überschritten oder Mindeststandards nicht erreicht werden, muss der Staat handeln.

Meine Damen und Herren, wir haben uns zu Beginn unserer Arbeit sehr lange mit der Frage auseinandergesetzt, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind, wie man das definieren kann. Was ist Gleichwertigkeit? – Ich will das an einem einfachen Beispiel darstellen: Betrachten wir den ÖPNV. In einer großen Stadt fährt die U-Bahn beispielsweise alle fünf Minuten. Auf dem Land fährt beispielsweise der Bus alle 60 Minuten. Was ist nun gleichwertig? Nehme ich 60 Minuten plus fünf Minuten ist gleich 65 Minuten, geteilt durch zwei. Wäre es gerecht, wenn überall die U-Bahn bzw. der Bus nur alle 32,5 Minuten fahren würde? – Eine schwierige Frage! Man kann sie nicht mit Ja oder Nein beantworten. Als Realist weiß man natürlich, dass dies ein sehr zugespitztes Beispiel ist. In der Stadt sind die Menschen froh, dass die U-Bahn alle fünf Minuten fährt, und auf dem Land – bei mir zu Hause zumindest – sind die Menschen ebenfalls froh, dass der Bus jede Stunde fährt.

Betrachten wir das Thema Gesundheit: Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus oder zwei Krankenhäuser? Ist es wichtig, dass man von jedem Ort im Landkreis ein Krankenhaus, vielleicht auch im nächsten Landkreis, in zwanzig Minuten mit dem ÖPNV erreichen kann? Oder gibt es gar eine Quote zum Thema Gesundheit oder Krankheit? Wäre das etwas für die Gleichwertigkeit? Sie sehen daran, wie schwer es war, diese

Definition zu packen. Vor allen Dingen hat uns auch die Frage interessiert, wie man das messen kann. Aber dazu noch später.

Es gab dankenswerterweise einen Impuls unserer Experten. Sie haben das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit entwickelt. Dieses Konzept liegt unserer gesamten Arbeit zugrunde. Die Idee dabei ist, dass der Staat nicht nur für die Grundversorgung und die Infrastruktur sorgt, sondern die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse der Menschen in einer Region berücksichtigt. Dieses Konzept beinhaltet in der Mitte eigentlich den Staat als Gewährleister und Befähiger und die Region als Ausgestalter von Vielfalt. Der Staat setzt die Leitplanken, gibt den Rahmen vor und gibt auch Geld. Die Region hat die Verantwortung und kann vor Ort entscheiden. Das bedeutet aber auch, dass die Region in der Tat in der Lage ist, zu entscheiden und das, was sie vom Staat bekommt, praktisch umzusetzen.

Es gibt vier Dimensionen der Gerechtigkeit, einmal die Chancengerechtigkeit. Dabei geht es um das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familie auf dem Land muss in den Fragen von Kinderkrippe, Kindergarten und Ganztagsangeboten die gleichen Chancen haben wie die Familie in der Stadt. Wenn es in der Familie vielleicht eine Oma gibt, die gepflegt werden muss, muss eine gute Pflegemöglichkeit bestehen.

Dann haben wir die Verfahrensgerechtigkeit. Da geht es um die Teilhabe und die Mitgestaltung der Menschen, und es geht um die Bürgerdialoge. Daneben gibt es das Thema der Generationengerechtigkeit. Da geht es um den fairen Ausgleich der Generationen. Es geht um die Interessen der jüngeren und der arbeitenden Bevölkerung und der älteren Menschen. Aber für die Generationen, die nach den Jüngeren kommen, dürfen keine unverantwortlichen Belastungen entstehen. Wir brauchen schließlich die Verteilungsgerechtigkeit. Da geht es um eine angemessene Grundversorgung. Es geht um die Digitalisierung, und es geht um die Mobilität.

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass der Freistaat Bayern schon vieles geleistet hat. Ich will nur den Finanzausgleich nennen. Es gab einen Finanzaus-

gleich, Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro. Es gibt Räume mit besonderem Handlungsbedarf und die Breitbandinitiative, und hierfür wurde viel Geld in die ländlichen Räume gegeben. Die ländlichen Räume konnten sich so hervorragend entwickeln.

Wir hatten das Thema Behördenverlagerung. Es gab 50 Verlagerungen mit 2.200 Beschäftigten. Bei uns zum Beispiel wurde ein Finanzamt von Nürnberg nach Obernburg verlagert. Es geht um 30 Arbeitsplätze. Das war ein sehr gutes Signal für die Region. Die Menschen freuen sich. Es entsteht Optimismus, und es entsteht Aufbruchsstimmung. Alle diese Maßnahmen haben den Vorteil, dass in den Städten wieder mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht, in den ländlichen Regionen die Kaufkraft gestärkt wird und die Verdichtungsräume insgesamt entlastet werden. Wir haben auch die Hoffnung, dass die Ansiedlung auf dem Land ein Signal für die Industrie und die Wirtschaft ist, diesem Beispiel zu folgen und auch auf das Land zu gehen.

Aber ein Fall sticht mir immer in die Augen: Ich erlebe vor Ort, dass die heimischen Banken – in Bayern gibt es ja zwei große Banken – ihre Zweigstellen schließen und ihre Automaten stilllegen. Das ist etwas, was mir natürlich nicht gut gefällt, weil da vor Ort Entscheidungen getroffen werden, die dem, was wir wollen, eigentlich zuwiderlaufen.

Meine Damen und Herren, interessant sind auch die wirtschaftlichen Unterschiede. Wir haben in Bayern eigentlich überall eine ganz ordentliche Entwicklung. Man kann das objektiv an der Arbeitslosenquote messen. Wir haben überall eine Arbeitslosenquote von unter 3 % oder von etwa 3 %. Das war früher deutlich anders. Da gab es eine sehr große Schere, und die Arbeitslosenquoten hatten zum Teil eine Differenz von 4 bis 5 %. Wir haben heute sogar einen Fachkräftemangel. Überall wird beklagt, dass wir zu wenige Fachkräfte haben. Es gibt viele Maßnahmen und viele Initiativen, beispielsweise von der Handwerkskammer das Projekt "Elternstolz", das bei jungen Menschen werben will.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist, was für die Menschen wichtig ist, um Gleichwertigkeit zu erreichen. Es geht im Prinzip um die Themen, die die Politik momentan bestimmen. Es gibt die Themen Infrastruktur, Breitband, Mobilfunk, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für die Familien, die ärztliche Versorgung und Pflege, die Themen Arbeit, Arbeitsplätze und Bildung, die Themen Freizeit und Kultur. Das gilt nicht nur für die kleineren ländlichen Gemeinden, sondern das gilt auch für die Städte.

Wir konnten heute in der Zeitung lesen, dass es angeblich Unterschiede gibt und dass in Oberbayern das Pro-Kopf-Einkommen jährlich um 4.000 Euro höher liegt als in anderen bayerischen Gebieten. Das ist nur die halbe Wahrheit. In dieser Zahl sind auch die Zahlen von München berücksichtigt. Wenn ich München einmal außen vor lasse und ganz genau hinschaue, sehe ich auch in Oberbayern Regionen, wo die Entwicklung nicht so stattfindet, wie das heute in der Presse dargestellt wurde. Man muss auch sehen, dass man in ländlichen Räumen viel günstiger wohnen kann. Die Mieten sind günstiger. Die Gebühren für die Kindergärten sind niedriger, und auch die Gebühren für die Kinderkrippen sind niedriger. Insofern ist das Pro-Kopf-Einkommen nur eine sehr schwache Größe, um das zu messen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist das Thema Wohnen. Wir müssen uns noch einmal ganz intensiv dem Thema Städtebauförderung und dem Thema Dorferneuerung widmen. Wir brauchen in den Ortskernen generationenübergreifende Projekte, und es geht auch darum, den Flächenverbrauch insgesamt einzudämmen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, darauf unser Augenmerk zu richten.

Bei der Mobilität geht es darum, die ÖPNV-Mittel aufzustocken, und es geht darum, die Kommunen in den strukturschwachen Gebieten zu stärken. Wir müssen die regionalen Verkehrsangebote optimieren. Wir müssen die Digitalisierung einführen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben bei uns die Maintalbahn. Sie wurde jetzt neu ausgeschrieben, und der Zuschlag wurde wieder für neun Jahre erteilt. Die Bahn an sich ist digitalisiert; aber an den Schnittstellen mit den Bussen in die Seitentäler hinaus hat

die Digitalisierung noch nicht stattgefunden. Es muss die Möglichkeit geben, die Digitalisierung zwischen der Bahn und den Bussen herzustellen. Interessant ist natürlich auch die mittlerweile erfolgte bekannte Elektrifizierungsinitiative der Staatsregierung. Auch die genannte Bahn soll in absehbarer Zeit elektrifiziert werden.

Ein mittelfristig ganz spannendes Thema ist die ärztliche Versorgung. Wir haben in Bayern die Situation, dass das Durchschnittsalter der Ärzte bei 55 Jahren liegt. Das klingt nicht ganz so dramatisch; aber 34,7 % der Ärzte sind schon 60 Jahre und älter. Irgendwann werden diese Menschen in Pension gehen, und wenn sie fehlen, hat das konkrete Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gibt es ein großes Maßnahmenpaket. Die Staatsregierung hat schon viel getan. Es gibt Förderprojekte. 27 Millionen Euro wurden seit 2005 aufgewendet. Für Neuansiedlungen gibt es 60.000 Euro und für Studierende vier Jahre lang 200 Euro pro Semester, wenn sie aufs Land gehen wollen. Das sind alles gute Ansätze.

Aber wir haben auf der anderen Seite die Kassenärztliche Vereinigung. Die KV ist für uns ein wichtiger Gesprächspartner, wenn es um diese Themen geht. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mit der KV stärker ins Gespräch kommen und das, was wir vor Ort erleben, stärker einbringen; denn die Zahlen, auf denen die Berechnungen der KV aufbauen, stammen etwa aus dem Jahr 1990. Seitdem hat sich vieles verändert. Ich hoffe und wünsche mir, dass der Auftrag, alles neu zu berechnen, den der gemeinsame Bundesausschuss in Berlin bekommen hat, Früchte trägt. Für 2018 wird ja ein neues Gutachten erwartet, und ich hoffe und wünsche mir, dass wir dann günstigere Zahlen bekommen.

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist auch für die Kommunen wichtig; denn die Gesetzesvorgaben erlauben es Kommunen auch, Gemeinschaftspraxen zu gründen. Bei uns gibt es ein Beispiel. Die Gemeinde Weilbach plant jetzt, selbst ein MVZ zu gründen. Sie hat schon konkret zwei Ärztinnen, die sie einstellen will. Sie hat mir aber gesagt, dass es noch eine Reihe von bürokratischen Hürden gibt. Wir müssen da den Gemeinden helfen und den Bürokratismus abbauen. Ganz wichtig ist auch, dass wir

vor Ort Angebote haben, die die Ärzte aufs Land ziehen. Da gibt es weiche Faktoren wie Tourismus, Freizeit und vor allen Dingen auch Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, wir wollen Bayern zusammen mit den Menschen weiterentwickeln. Das ist uns in der Vergangenheit sehr gut gelungen. Bayern hat sich durch das Engagement der Menschen und vieler Unternehmen von einem Agrarstaat zu einem Hightechstandort und zu einer Zukunftsregion entwickelt. Daran wollen wir weiterarbeiten. Wir möchten deshalb vieles von dem, was wir Ihnen heute in unserem Vorschlag darstellen, in die Realität umsetzen. Wir sind auch der Meinung, dass wir das, was wir Ihnen vorschlagen oder was Sie im Bericht lesen können, parlamentarisch verankern müssen bzw. verankern wollen. Wir denken beispielsweise an einen eigenen Heimatausschuss oder daran, dass wir das Thema zumindest in einem Ausschuss stärker platzieren könnten, weil es als Querschnittsaufgabe parlamentarisch viel stärker verankert werden muss. Wir glauben auch, dass die Wissensbasis insgesamt verbreitert werden muss. Es gibt schon viele Forschungsergebnisse; aber wir glauben, dass noch vieles zu tun ist.

Was wir auch brauchen, ist ein Monitoringsystem, das misst, wie sich das Land entwickelt. Es gibt viele Kenngrößen, die man messen kann. Aber es hat keinen Sinn, die Größe jetzt zu messen. Sie muss über einen längeren Zeitraum gemessen werden, damit man sehen kann, wie sich ein Landesteil entwickelt. Von daher glauben wir schon, dass es sinnvoll ist, ein solches Monitoringsystem aufzubauen.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, die Handlungsempfehlungen, die im Bericht stehen, in die Realität umzusetzen und in parlamentarische Initiativen einzubringen. Wir sind dazu bereit und möchten mit Ihnen gemeinsam die Zukunft Bayerns gestalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche meinen Nachrednern alles Gute.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rüth. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den drei Jahren, in denen die Enquete-Kommission getagt hat, viele Besichtigungen in Bayern durchgeführt. Dabei hat sich überall gezeigt: Bayern ist ein großartiges Land. Wir können alle miteinander stolz sein auf dieses einzigartige Bundesland.

Wir waren in Niederbayern: im wunderschönen Landkreis Freyung-Grafenau und in Passau. Wir waren in meiner Heimat, im Fichtelgebirge, und wir waren in Unterfranken: in Aschaffenburg und im Landkreis Miltenberg, wo es dem Vorsitzenden sehr gut gefällt.

Überall trafen wir auf beeindruckende Landschaften mit lokalen Spezialitäten und Menschen, die sich im Ehrenamt oder hauptberuflich engagieren. Dieses schöne Bayern – das möchte ich an dieser Stelle sagen – ist nicht etwa eine Erfindung der CSU. Nicht sie hat die Zugspitze aufgetürmt oder die oberbayerischen Seen geschaffen und ist allein stolz auf Bayern. Vielmehr sind auch wir Sozialdemokraten stolz auf dieses Bayern und auf all seine Schönheiten.

(Beifall bei der SPD)

Wer das nicht glaubt, dem möchte ich sagen: Schon Wilhelm Hoegner hat sich in diesem Sinne für Bayern eingesetzt. Man spürt es an vielen Stellen in der Bayerischen Verfassung. Er hat einmal geäußert – ich zitiere –: "Mit Tausenden der Besten unseres Volkes werde ich weiterkämpfen für die Rettung unserer Heimat, so lange ich lebe." So Wilhelm Hoegner.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Bayern geht es vor allem wirtschaftlich gut. Wir haben aber auch festgestellt: Es geht nicht allen Orten gleich gut; es gibt sogar ausgesprochene Problemregionen.

Noch etwas fällt auf: Es gibt das Bayern der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit all seinen Vor- und Nachteilen. Darauf müssen wir reagieren. Wie wirkt sich der demografische Faktor aus? Wie gehen wir mit einer älter werdenden Gesellschaft um? Was machen wir, wenn sich die Infrastrukturen verschlechtern, wenn die Post, die Bank, die Läden oder auch die Gaststätten dichtmachen?

Diese Fragen müssen wir ernst nehmen und die einzelnen Defizite ansprechen – das möchte ich ausdrücklich betonen, und zwar mit einer positiven Einstellung zu Bayern – sowie problematische Entwicklungen benennen.

(Beifall bei der SPD)

Herr König, damit wollen wir nicht etwa eine Region schlechtreden, wie ein häufiges Totschlagargument lautet, sondern wir wollen den Menschen vor Ort helfen, dass sie sich in ihrer Heimat wohlfühlen und nicht wegziehen. Das ist das Entscheidende!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Umsetzung des Verfassungsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – das war und ist das Hauptanliegen der Enquete-Kommission. Wir haben Lösungen aufgezeigt, die in die Zukunft gerichtet sind und Substanz haben, von denen wir nach drei Jahren Enquete-Kommission sagen können: Die Arbeit hat sich wirklich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

2010 wurde von Ministerpräsident Seehofer der sogenannte Zukunftsrat einberufen. Dabei ging es um die Frage, wie sich Bayern weiter entwickeln soll. Es wurden umfangreiche Berichte herausgegeben. In den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Familie haben sie durchaus gute Ansätze gezeigt, aber im Zusammenhang mit den Vorschlägen zum Thema Infrastruktur hat es massive Kritik gegeben.

Die Mitglieder des Zukunftsrates – übrigens 17 Männer und 5 Frauen – empfahlen, das wirtschaftliche Leben auf die Ballungszentren zu konzentrieren. Der ländliche Raum, so heißt es wörtlich, habe "eine eher noch zunehmende Bedeutung als natürlicher Erholungsraum für die urbanen ... Wirtschaftszentren", also anders ausgedrückt: Die Großstädter können dort Urlaub machen.

Dann kam es noch besser: Teile Niederbayerns – die Region Passau – und Teile Oberfrankens – da ist der Raum Hof gemeint – sollten nicht weiter gefördert werden; sie sollen sich vielmehr Richtung Österreich und Richtung Sachsen orientieren.

(Zuruf von der SPD: Niemals!)

Meine Damen und Herren, das hätte eine falsche Entwicklung eingeleitet. Gedacht war dabei nur an die wirtschaftliche Entwicklung. Das Land Bayern wurde quasi als Bayern AG betrachtet. Ein Land ist jedoch kein Industriebetrieb, und Menschen sind keine Produktionsfaktoren.

Der Bericht der Enquete-Kommission ist insofern ein deutlicher Gegenentwurf zu den Vorstellungen des Zukunftsrates. Und das ist gut so! Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, in Stadt und Land. Das ist die richtige Herausforderung für die Zukunft. Noch einmal: Natürlich soll die Wirtschaft prosperieren – es geht jedoch nicht um Gewinnmaximierung um jeden Preis, es geht nicht um Shareholder Value, sondern es geht darum, den Menschen in jeder Region gerecht zu werden. Letztlich geht es um räumliche Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Begriff der räumlichen Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des ersten inhaltlichen Teils des Abschlussberichts. Er wurde in den ersten Sitzungen ausführlich diskutiert. Hier haben die Experten der Kommission, allen voran Prof. Dr. Holger Magel, hohe Verdienste erworben.

Ich verweise auf die Studie, die wir – mit Prof. Dr. Koppers, Prof. Dr. Miosga, Dr. Sträter und Dr. Höcht – erstellt haben. Darin wurde der Begriff der räumlichen Gerechtigkeit vertieft und auf dieser Grundlage die Herstellung von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern entwickelt. Für unsere Arbeit war diese Konzeption sehr viel wert; deshalb an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an die genannten Experten.

(Beifall bei der SPD)

Die einzelnen Dimensionen sind bereits aufgezählt worden, ich möchte sie nicht wiederholen. Die räumliche Gerechtigkeit bietet quasi den geistigen Überbau, von dem sich die entsprechenden Handlungsempfehlungen ableiten. Dass dieser Begriff derart in den Mittelpunkt gestellt wird, bedeutet Neuland und zeichnet die Arbeit der Kommission aus.

In dem Begriff "räumliche Gerechtigkeit" steckt auch das Wort "Recht". Der ländliche Raum hat quasi ein Recht auf Entwicklung und ist nicht auf Almosen angewiesen. Das ist die Philosophie der räumlichen Gerechtigkeit, und das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Erst dann, wenn man dieses räumliche Konzept im Hinterkopf hat, kann man überzeugend begründen, warum benachteiligte Regionen besonders gefördert werden sollen oder warum beispielsweise der ÖPNV ausgebaut werden soll, auch wenn dafür einige Mittel in die Hand genommen werden müssen. Erst dann kann man sagen, warum auch der letzte Weiler, der zurzeit noch schlecht versorgt ist, mit schnellem Internet angebunden und versorgt werden muss und warum wir auch eine funktionierende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum brauchen.

Noch einmal: All das ist nicht zum Nulltarif zu haben; das muss jedem klar sein. Der ländliche Raum muss uns das aber wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Zusammenhang mit der räumlichen Gerechtigkeit liegt, wie übrigens im gesamten Bericht der Enquete-Kommission, der Fokus auf dem ländlichen Raum. Das heißt aber nicht, dass wir die großen Städte und Ballungsräume außen vor lassen; denn eine Stärkung des ländlichen Raums schwächt die Ballungsräume gerade nicht – ganz im Gegenteil. Viele Probleme in den großen Städten wie Immobilienpreise, teurer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, Umweltprobleme usw. lassen sich so zumindest abfedern.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass mehr Menschen auch in attraktive ländliche Gemeinden ziehen bzw. nicht von dort in die Städte flüchten. Wir müssen zudem dafür sorgen, dass die Arbeit zu den Menschen gebracht wird und nicht umgekehrt, so wie es der Zukunftsrat mit den Pendlern vorgesehen hat. Arbeit zu den Menschen, das muss unser Motto sein!

(Beifall bei der SPD)

Was schlägt nun der Bericht der Enquete-Kommission im Einzelnen vor? – Zunächst sind wir auf die Indikatoren eingegangen, wie sich gleichwertige Lebensverhältnisse messen lassen und wie auf dieser Basis entsprechendes Handeln begründet werden kann. Nach langer Diskussion haben wir uns auf 50 Indikatoren geeinigt. Wir haben aber auch festgestellt, dass bei der Messbarkeit große Defizite bestehen. Das Bruttoinlandsprodukt zu messen, mag einfach sein, beim Thema Erreichbarkeit von Grundschulen mit dem ÖPNV gibt es schon große Probleme. Hier muss noch nachgebessert werden.

In unserem Bericht spielt die folgende Bestandsaufnahme deshalb nur eine untergeordnete Rolle. Sie stellt nur einen exemplarischen Teilausschnitt dar. Es wird aber auch in diesem Kapitel deutlich, dass Handlungsbedarf besteht. In vielen Bereichen, die auch schon im Sozialbericht angesprochen worden sind, existieren deutliche Defizite. Die dann formulierten Handlungsempfehlungen und die Beantwortung der Fragen in Kapitel 6 bilden diejenigen Vorschläge, die wir vor Ort umsetzen können.

Dieser Abschnitt ist sehr umfangreich. Das hängt auch damit zusammen, dass die Strukturen in Bayern sehr unterschiedlich sind. Was in der einen Region wichtig ist, spielt in der anderen keine Rolle. Die Handlungsempfehlungen sind deswegen auch eher eine Art Werkzeugkasten, aus dem sich jede Region das Instrument herausnehmen kann, das für die Lösung der Probleme vor Ort geeignet ist. Die Beteiligten vor Ort – ich werde darauf noch zu sprechen kommen – sind deshalb auch so wichtig.

Zunächst nur zu einigen Handlungsempfehlungen, mein Kollege Günther Knoblauch wird dann noch auf andere eingehen: Es geht bei allen Kommunen, die wir besucht haben, natürlich um die kommunale Finanzausstattung. Hier wird festgestellt, dass die vorgenommene strikte Aufteilung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen überprüft werden muss. Der Bürger erwartet nämlich, dass vieles, was jetzt freiwillige Leistung ist, etwa Sport- und Freizeitangebote, bereitgestellt wird. Er empfindet das quasi als Pflichtaufgabe. Deswegen soll das auch finanziell entsprechend unterstützt werden. Insbesondere, so der Bericht, ist der allgemeine ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen aufzunehmen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Das ist für mich ein ganz wichtiger und entscheidender Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Einer der wenigen Punkte, bei denen wir keinen Konsens erzielen konnten, war die Forderung, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise anzuheben. SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE glauben aber nach wie vor, dass dies die Kommunen stärken würde. Die CSU ist für eine Streichung dieser Handlungsempfehlung. Wir wurden hier übrigens von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt, die auch für eine Anhebung plädieren. Wir haben Vertreter des Städte- und des Gemeindetages sowie der Landkreise und Bezirke im Oktober 2017 zu unseren Sitzungen eingeladen. Diese Vertreter haben ihre Positionen dargelegt. Auch das findet sich im Bericht.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sich die Kommunen insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben mehr Gestaltungsspielraum wünschen. Ausführlich wurde über das Thema kommunaler Finanzausgleich und über die Förderprogramme diskutiert. Die Spitzenverbände haben ausführliche schriftliche Stellungnahmen eingebracht. Ich betone das deshalb so ausdrücklich, weil es mir wichtig erscheint zu erwähnen, dass wir in unseren Sitzungen mit den jeweiligen externen Experten diskutiert und gemeinsame Konzepte entwickelt haben. Das gilt auch für viele weitere Themen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Wir haben die Jugendverbände in den Landtag eingeladen, mit den Ärztevertretern gesprochen und mit den Tourismusexperten Debatten geführt. Die Ergebnisse finden sich in Kapitel 6. Sie stellen eine Vertiefung der Handlungsempfehlungen dar.

Ich möchte jetzt nicht auf weitere Handlungsempfehlungen eingehen. Diese können nachgelesen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir aber besonders wichtig ist: Die betroffenen Bürger vor Ort sollen bei der Umsetzung der Ergebnisse eingebunden werden. Die Hauptamtlichen in den Kommunen, die Ehrenamtlichen in den Verbänden und auch die, ich möchte es einmal so ausdrücken, ganz normalen Bürger wissen am besten, was vor Ort geplant und umgesetzt werden kann. Wie wir auf Fränkisch sagen würden, ist nicht Top-down, sondern Bottom-up das Prinzip des Prozessablaufs. Top-down, Bottom-up – das sind so schöne Ausdrücke.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben hier bei Flurneuordnung und Dorferneuerung gute Beispiele gesammelt. Vom Amt für Ländliche Entwicklung wurde nach diesem Prinzip verfahren. Dabei hat auch unser Enquete-Experte Roland Spiller, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Niederbayern, wichtige Impulse eingebracht. Das ist wichtig: den Betroffenen vor Ort nicht von oben herab zu sagen, was notwendig ist, sondern sie einzubinden. Das ist das Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit, das wir auch untersucht und mit auf den Weg gebracht haben.

Ich glaube, wenn wir die Ergebnisse der dreijährigen Arbeit der Kommission insgesamt anschauen, können wir sagen, dass hier wichtige Impulse für die weitere Entwicklung gegeben und formuliert worden sind. Dieser Bericht enthält vor allem Empfehlungen, die über den Tag und über diese Legislaturperiode, die nicht mehr allzu lange währt, hinausreichen und die auch in der nächsten Legislaturperiode noch Anregungen geben werden.

Es ist auch schon gesagt worden, dass wir schauen müssen, diese Empfehlungen parlamentarisch zu verankern. Außerdem müssen wir auch die Forschung zur räumlichen Gerechtigkeit weiter vorantreiben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Seit neun Jahren haben wir wirtschaftliche Prosperität, die aber auch hier in Bayern nicht ewig anhalten wird. Wir müssen deswegen jetzt Akzente setzen, jetzt – in der Zeit, in der es uns wirtschaftlich gut geht!

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich möchte auch noch erwähnen: Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ist sicherlich auch für andere Bundesländer und für Deutschland insgesamt von großer Bedeutung. Diese Empfehlungen sind auch für die neuen Bundesländer, in denen es im ländlichen Raum noch viel größere Probleme gibt als bei uns, von Bedeutung. Es heißt auch im neuesten Sondierungsprogramm:

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse ... im ländlichen Raum in Ost und West. ... Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. ... Eine Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" soll hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Das ist der Text der Sondierungsgespräche. Da kann ich nur sagen: Bayern ist hier im wahrsten Sinne des Wortes der Zeit voraus.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wie immer!)

Aber ich füge hinzu: dank der SPD; denn wir haben den Gesetzentwurf eingebracht, der gleichwertige Lebensverhältnisse in der Verfassung verankert. Es war unsere Initiative zu einer Enquete-Kommission, die dann dankenswerterweise von allen Parteien unterstützt wurde. Wir Sozialdemokraten in Bayern werden mit dafür sorgen und kämpfen, dass sich unser Bundesland zum Wohle der Bevölkerung in allen Landesteilen gut entwickelt.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

So wie wir hier in der Enquete-Kommission über die Parteigrenzen hinweg gut zusammengearbeitet haben, sollten wir auch weiterhin beim Thema "Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen" hier im Parlament an einem Strang ziehen; denn es geht um die Sache, nicht um irgendwelches parteipolitisches Hin und Her. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Rabenstein. – Unser nächster Redner ist der Kollege Hanisch. Bitte schön, Herr Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" ist fertiggestellt und wurde heute der Presse vorgestellt. Wir werden ihn jetzt diskutieren und in den kommenden Wochen und Monaten – so hoffe ich zumindest – noch einiges zu besprechen und zu beraten haben.

Meine Damen und Herren, ich darf mich zu Beginn meiner Ausführungen ganz herzlich bei allen bedanken, die mitgewirkt haben. Es war sicherlich keine leichte Aufgabe, und manch einer in diesem Gremium ist über seinen Schatten gesprungen. Selbst wenn es zum Schluss mal so ausgesehen hat, als ob keine Einstimmigkeit zustande kommen sollte, ist dieser Bericht letztlich doch ohne Gegenstimmen so beschlossen

worden. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass wir dieses Thema ernst genommen haben und dass alle Parteien bereit waren, miteinander zur Lösung dieses Problems beizutragen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen. Das ist wirklich ein hehres Ziel, wofür es sich lohnt zu kämpfen. Wir FREIE WÄHLER haben unseren Beitrag schon zu Beginn geleistet, als wir einen Gesetzentwurf für gleichwertige Lebensverhältnisse eingereicht haben und ihn dann wieder zurückgenommen haben, als wir gesehen haben, dass sich hier ein interfraktioneller Antrag abzeichnet. Im Rahmen des Volksbegehrens wurde der Grundsatz "Gleichwertige Lebensverhältnisse" mit einigen anderen Änderungen in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich denke daran, wie ein Zukunftsrat oder Rat der Weisen – es ist noch nicht so lange her, wie es vorhin hier in diesen Reihen behauptet wurde; es war in der letzten Legislaturperiode – ganz eigenartige Empfehlungen gegeben hat, wie Bayern in Zukunft aussehen soll. Im Gegensatz zu diesem Bericht und zu diesen Ergebnissen haben wir, so glaube ich, einen vernünftigen Vorschlag gemacht, um wenigstens schrittweise zu erreichen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern in die Tat umgesetzt werden können. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir ehrlich daran arbeiten, werden wir das erreichen, selbst wenn immer noch sechs Punkte mehr oder weniger strittig sind, darunter einer der wichtigsten Punkte, die man in solchen Diskussionen haben kann, nämlich der finanzielle Aspekt. Wir glauben, dass der Finanzausgleich deutlich überarbeitet werden muss, um letztlich gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Danke an alle, die mitgewirkt haben, auch an die Experten und all die Stellen, die uns beraten und uns geholfen haben, ohne deren Mitwirkung dieser Bericht wohl nicht in dieser Form möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist ein Bundesland mit höchst unterschiedlichen Regionen, mit verschiedenen Gebieten, Städten und Dörfern, verschiedenen Mundarten und Traditionen, Prägungen und Erfahrungen. Gerade in einem solch großen, heterogenen Bundesland wie Bayern das Ziel gleichwertiger Lebensver-

hältnisse und Arbeitsbedingungen auf Verfassungsrang zu heben, ist mutig, fordert uns alle aber gleichzeitig auf, entsprechend zu handeln. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass diese gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern in manchen Bereichen im Argen liegen. Wenn wir sehen, was die Bevölkerungsvorausrechnungen manchen Regierungsbezirken prognostizieren, nämlich schwindende Einwohnerzahlen und ein Anwachsen der Zahl der leerstehenden Häuser, dann, glaube ich, muss dem entgegengearbeitet und entgegengewirkt werden.

Die Breitbandversorgung nimmt in unserem Abschlussbericht breiten Raum ein. Wenn wir das anschauen und sehen, dass die Großstädte da wesentlich besser versorgt sind als der ländliche Raum, dann muss uns das regelrecht zum Handeln auffordern, meine Damen und Herren. Da müssen wir auch bereit sein, unsere Zuschussrichtlinien zu ändern. Wir haben sie in einigen Bereichen geändert, und zwar dort, wo es um die Grenzgebiete entlang zu Tschechien geht. Da haben wir solche Änderungen. Aber grundsätzlich muss es möglich sein, dass jede Kommune heute mit mindestens 100 Mbit/s versorgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alles andere darunter ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir heute noch bei Zuschüssen, wo die EG mit dabei ist, von 30 Mbit/s sprechen, meine Damen und Herren, dann ist das Schnee von gestern und eine Zumutung für unseren ländlichen Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem sind manche Gemeinden darauf angewiesen, diese Zuschüsse zu beantragen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine leistungsstarke Breitbandversorgung.

Wir brauchen aber auch eine gute ärztliche Versorgung, eine Pflegeversorgung, bei der wir wissen, dass auf dem Land ähnliche, gleichwertige Lebensverhältnisse wie in den Städten herrschen. Wir brauchen eine flächendeckende ärztliche Versorgung,

auch wenn wir ein System einführen müssen, mit dem wir jungen Ärzten, die bereit sind, auf das Land rauszugehen, Zuschüsse für die Einrichtung einer Praxis geben, und mit dem wir Rücksicht auf Studenten nehmen, die bereit sind, hinterher in die Fläche, auf das flache Land rauszugehen.

Meine Damen und Herren, all das sind Punkte, die wir diskutiert und erörtert haben und wo wir glauben, dass noch einiges getan werden muss. Gute Bildungsangebote, wohnortnahe Schulen, starke, lebenswerte ländliche Regionen – das ist es, wofür wir eintreten, wofür wir mit Überzeugung kämpfen können und müssen. Meine Damen und Herren, "Hochschule im ländlichen Raum" wird seit einigen Jahren praktiziert; aber ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, als es geheißen hat, da mischt sich der Freistaat Bayern nicht ein, das überlassen wir den Hochschulen draußen. – Ich schaue auf die FH in Deggendorf, die weit über Niederbayern hinaus positive Auswirkungen zeigt. Dies wird letztlich auch darin münden, dass im Rahmen des dualen Studiums die Menschen, die dort studieren und in einem Betrieb arbeiten, in der Regel in diesem Betrieb bleiben werden, in unserem ländlichen Raum bleiben werden. Das ist es, was wir brauchen. Das ist es, was die Lebensqualität in diesen ländlichen Räumen ausmacht. Auch das zeigt dieser Bericht in sehr eindeutiger und starker Form.

Meine Damen und Herren, der ÖPNV ist halt nicht überall in der Stadt und nicht überall im ländlichen Raum gleich. Das ist von meinen Vorrednern schon angesprochen worden. Im ländlichen Raum hat man oft eine Stundentaktung, meine Damen und Herren. Wir haben aber auch Regionen in unserem Raum, wo keine Stundentaktung gegeben ist und man nur zweimal am Tag in die Kreisstadt kommt. Meine Damen und Herren, da muss etwas geändert werden. Es gibt gute Ansätze. Es gibt Lösungsvorschläge. Aber dafür muss auch das Geld da sein. Da müssen wir eben mehr Gelder aus dem Kfz-Steuerverbund an die Kommunen weitergeben, damit hier einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren uns auch einig, dass wir die freiwilligen und die Pflichtleistungen der Kommunen in unserer Gemeindeordnung überarbeiten müssen und hier Änderungen notwendig sind. Auch das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen. Meine Damen und Herren, diese Enquete-Kommission wurde ins Leben gerufen – wir kannten diese Probleme schon vorher im großen Rahmen –, um dieser wichtigen Querschnittsaufgabe gerecht zu werden und diese nicht aufgrund tagespolitischer Auseinandersetzungen und Streitereien aus den Augen zu verlieren.

Für uns FREIE WÄHLER steht fest: Bayern muss lebenswerte Heimat sein und lebenswerte Heimat bleiben, vom Untermain bis zum Königssee, vom Bayerischen Wald bis zum Allgäu. Das gelingt nur durch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Freistaat Bayern. Ungleiche Lebensverhältnisse haben dazu geführt, dass wir in Bayern eine Binnenwanderung erleben, ein Land-Stadt-Gefälle. Der ländliche Bereich verliert, die Stadt gewinnt.

Meine Damen und Herren, diese Zuwanderungen und Abwanderungen stellen sowohl die Gewinner als auch die Verlierer vor riesengroße Probleme. Diese Probleme gilt es zu verhindern bzw. zu vermeiden. Auch dafür werden in dem Enquete-Bericht vernünftige Lösungen aufgezeigt.

Uns FREIEN WÄHLERN war in den Beratungen der Enquete-Kommission wichtig, dass nicht nur blumige Forderungen und Empfehlungen in den Abschlussbericht, der nun vorliegt, einfließen, welche sich nicht sonderlich von den bereits erwähnten Tagesordnungspunkten unterscheiden. Klar sind Forderungen wie die nach Bereithaltung eines möglichst wohnortnahen Grundschulangebots oder nach bedarfsgerechten Investitionen in den ÖPNV auch in unseren Augen wichtig und richtig; doch können diese allein keine gleichwertigen Lebensverhältnisse herbeiführen. Es geht also darum, das große Ganze im Blick zu behalten. Leidenschaftlich wurde daher in der Enquete-Kommission diskutiert, wie diese am besten erreichbar wären.

Nochmals zurück zur Begrifflichkeit: Was bedeuten Worte wie "wohnnah" oder "bedarfsgerecht" eigentlich? Handelt es sich um Wörter mit Gehalt, oder sind es vielmehr politische Begriffe? Was nutzen uns solche Begriffe also in der Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse?

Wie sich mit Blick auf die im Abschlussbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen zeigt, sind diese zwar nicht zu vernachlässigen, können jedoch erst in Kombination mit einem weiteren Aspekt voll zur Wirkung und zur Geltung kommen. Deshalb haben wir, die FREIEN WÄHLER, vehement um die Entwicklung eines Indikatorensystems gerungen, mit dem man den Begriff "Gleichwertigkeit" messen, aber auch sichtbar machen kann.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Erreichung des Ziels der Gleichwertigkeit immer wieder auf den Prüfstand stellen. Die Festschreibung dieses Ziels müssen wir immer zum Anlass nehmen, um festzustellen, wie weit wir mit den Punkten, die wir ändern wollen, gekommen sind. Wenn ich hierfür kein Indikatorensystem habe, dann werde ich weder Fortschritte verzeichnen noch Rückschritte messen können. Wir haben das Indikatorensystem im Bericht festgehalten. Wir meinen, dass zumindest zweimal in einer Legislaturperiode ein Bericht gegeben werden muss, damit wir sehen, was sich gebessert hat. Anhand der Zahlen können wir vergleichen, was sich getan hat: Ist zum Beispiel die ärztliche Versorgung um 10 Ärzte je 100.000 Einwohner im ländlichen Raum besser geworden – was uns nicht viel weiterhelfen würde –, oder sind es 50 oder 100 geworden? All diese Zahlen müssen wir vergleichen. Nur dadurch werden wir in der Zukunft messen können, ob wir die Kriterien, die wir ja auch an uns selbst stellen, einhalten und die Ziele zum Wohle Bayerns realisieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Indikatorensystem, wie es in den Schlussbericht Eingang gefunden hat, für Bayern ein großer Schritt in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse ist.

Gemeinsam mit den Experten der Enquete-Kommission, denen ich ebenfalls für ihr intensives Engagement danken möchte, haben wir zahlreiche Indikatoren anhand von vier Gerechtigkeitsdimensionen festgelegt:

Zum Ersten geht es um die Verteilungsgerechtigkeit, das heißt um die Verteilung der Mittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung hat. Zum Zweiten geht es um die Verfahrensgerechtigkeit: Passen die Verfahren, die wir haben? Müssen wir die Schrauben ändern? Was ist zu tun? Die dritte Gerechtigkeitsdimension umfasst die Chancengerechtigkeit, die vierte die Generationengerechtigkeit. All diese Dimensionen müssen wir beachten.

Durch diese Indikatoren wird es möglich, sich auf der Basis erhobener Daten ein Bild zu verschaffen und, darauf aufbauend, konkretes Handeln einzuleiten.

Auffällige Indikatorenwerte sollen uns zeigen, wenn etwas in einem bestimmten Gebiet in Schieflage geraten ist, damit wir dann zielorientiert konkrete Schritte einleiten können. Ich möchte dies an einem kleinen Beispiel verdeutlichen: Nehmen wir den Indikatorenwert Kitaplätze, welcher unter die Dimension der Verteilungsgerechtigkeit fällt. Würde die Zahl der Kitaplätze pro Einwohner im Erhebungsraum unter einen Wert X fallen, würde dies schwarz auf weiß aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn diese Zahlen positiv sind, dann können wir erkennen, dass wir das, was wir wollten, erreicht haben. Genauer gesagt handelt es sich hierbei um eine Art Frühwarnsystem, da diese Daten in regelmäßigen Zeitabständen erhoben, ausgewertet und interpretiert werden sollen. Somit können Problemlagen schneller erkannt und entschärft werden. Insgesamt haben wir 43 solcher Indikatoren in das System übernommen, welche von sozialer Infrastruktur über Wirtschaft und Gesundheitsversorgung bis hin zum kulturellen Angebot weite Bereiche abdecken.

Was ist das Besondere an diesem System? – Es ist kein starres System. Die Regionen können eigene Schwerpunkte bei der Heranziehung von Indikatoren setzen.

Somit werden die Regionen vergleichbarer, und innerhalb der Regionen ist der Vergleich ebenfalls wesentlich besser als bisher möglich.

Wir können zu Recht behaupten, der Öffentlichkeit mit diesem Abschlussbericht ein Werk zu präsentieren, das genügend Anknüpfungspunkte für die in der Politik Handelnden enthält, um in Sachen Gleichwertigkeit voranzukommen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den Kommissionssitzungen kündige ich die rasche parlamentarische Umsetzung an, um nun auch die Staatsregierung in dieser Sache anzutreiben. Von Arbeitspolitik über Finanzpolitik bis hin zur Landwirtschaft – wir wollen die Staatsregierung in die Pflicht nehmen, um tatsächlich Verbesserungen im Freistaat zu erreichen. Auf die Debatten hier im Landtag sind wir schon gespannt.

Ich darf ankündigen, dass wir ein Paket mit 20 Anträgen relativ zeitnah einbringen werden, weil wir glauben, dass wir mit der Umsetzung dieses Berichts, mit der Realisierung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse für ganz Bayern nicht allzu lange warten sollten.

Meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER hoffen, dass dieser Abschlussbericht mehr Wirkung entfalten wird, als es so manche vorausgegangene Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags getan hat; davon gab es ja nicht allzu viele.

Tragen wir alle gemeinsam dafür Sorge, dass zukünftig in Bayern Fehlstellungen schneller erkannt und Probleme schneller gelöst werden – zumindest schneller, als es bisher der Fall war. Es gibt wahrlich viel zu tun. Packen wir es an! "Gleichwertige Lebensverhältnisse" dürfen nicht länger Worthülse sein, sondern müssen rasch realisiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Hanisch. – Nächster Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Der Staat ... fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land." So steht es seit Oktober 2013 in der Bayerischen Verfassung.

Wir wollen faire Chancen für alle Menschen erreichen, egal wo und wie sie leben. Damit dieser berechnigte Anspruch für alle Menschen gilt, braucht es mehr als eine Verfassungsänderung. Deswegen war es mir persönlich eine Ehre, in der Enquete-Kommission an Lösungsstrategien mitarbeiten zu dürfen.

Dem Dank an die Experten, die Referentinnen und Referenten der Fraktionen und die Mitarbeiter des Landtagsamtes möchte ich mich anschließen.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen für den fairen Stil und die konstruktive Zusammenarbeit über dreieinhalb Jahre hinweg.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, es wird allen Fraktionen so gehen, dass einzelne Handlungsempfehlungen hinter den Forderungen der jeweiligen Partei zurückbleiben. Auch wenn es deshalb auf der Zielgeraden manchmal geknirscht hat, war es mir persönlich ein wichtiges Anliegen, dass wir diesen Abschlussbericht weitgehend einstimmig, im Konsens verabschieden. Dafür gilt mein Dank namentlich dem Vorsitzenden Berthold RÜth und seinem Stellvertreter Christoph Rabenstein. Wir haben mit diesem einstimmigen Abschlussbericht ein kraftvolles Zeichen gesetzt: Wir alle im Bayerischen Landtag meinen es ernst mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben fraktionsübergreifend Handlungsbedarf aufgezeigt und fordern geschlossen die Staatsregierung zum Handeln auf.

An diesem Bericht wird sich die gegenwärtige und die kommende Bayerische Staatsregierung messen lassen müssen. Anders als es die Heimatberichte der Staatsregie-

rung in den letzten Jahren suggerieren wollten, entwickeln sich die einzelnen Landesteile in Bayern unterschiedlich. Es besteht ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Es besteht ein Gefälle zwischen Stadt und Land und zwischen Zentrum und Randlage. Menschen, die im ländlichen Raum, in kleinen Orten, abseits der Ballungsräume leben, haben im Alltag oft hohe Hürden zu bewältigen. Der Weg zur Arbeit dauert lange. Einen Arzt kann man allenfalls im Nachbarort oder in der nächsten Kreisstadt aufsuchen. Der Weg zum nächsten Gymnasium beträgt 20 km. Wer kein Auto hat, kommt in der Regel im Alltag nicht zurecht, weil nur selten ein Bus fährt, an den Wochenenden und in den Abendstunden schon gar nicht. Auch die Möglichkeiten, die das Internet bieten würde, helfen nicht, weil nämlich der schnelle Internetanschluss, sprich der Glasfaseranschluss, fehlt.

Am auffälligsten sind diese Unterschiede in den Grenzregionen Bayerns, von Unterfranken über die Grenzgebiete zu Tschechien bis ins südliche und östliche Niederbayern. Sicher, kein Mensch kann von der schönen Landschaft allein leben. Die Menschen brauchen Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven. Aber an dieser Stelle gibt es keinen Anlass, den ländlichen Raum schlechtzureden. Schauen wir doch einfach auf die Arbeitslosenzahlen.

Die Statistik vom November zeigt für den Agenturbezirk Bamberg-Coburg eine Arbeitslosenquote von 2,8, für Schwandorf 2,5 und für Deggendorf 2,5. Das sind die Regionen, die oftmals die Randlage darstellen und in vielen Lebensbereichen deutliche Abstriche in Kauf nehmen müssen. Jedoch herrscht in diesen Regionen im Gegensatz zu den Ballungsräumen nahezu Vollbeschäftigung, was man an den Arbeitslosenquoten sehen kann. Die Unternehmen in diesen Regionen haben mittlerweile das Problem, Fachkräfte zu finden. Trotzdem wandern junge Menschen aus diesen Regionen ab. Wir müssen uns fragen: Warum ist das so? – Ganz einfach, weil das Leben eben nicht nur aus Arbeit besteht. In Zeiten von Vollzeitbeschäftigung kann ein Unternehmer eben nur dort, wo die Lebensqualität stimmt, junge, engagierte und gut ausgebildete Menschen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen oder halten.

"Should I stay or should I go?" Das ist die Frage: Soll ich hierbleiben, oder soll ich gehen? – Für diejenigen, die des Englischen nicht ganz so mächtig sind. – Diese Frage stellen sich viele junge Menschen im ländlichen Raum. Meist entscheidet man sich dafür oder dagegen, je nachdem, ob die weichen Standortfaktoren stimmen. Viele Gespräche während der Enquete-Kommission haben bestätigt, dass es vor allem die weichen Standortfaktoren sind, die das Leben auf dem Land lebenswert machen.

Im Bayerischen Landtag ist es üblich, dass man mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Enquete-Kommission den Experten einen Fragenkatalog mit auf den Weg gibt. Ich musste jedoch feststellen, dass uns der detaillierte Fragenkatalog bei der Arbeit oftmals abgelenkt hat. Er hat unseren Fokus zu sehr auf Detailfragen gelenkt. Trotzdem ist es uns immer wieder gelungen, uns von einzelnen Detailfragen zu lösen und das Gesamte im Blick zu haben und die Fragestellung grundsätzlich und ganzheitlich zu beantworten.

Das Ergebnis ist das Modell der räumlichen Gerechtigkeit und die Notwendigkeit der Subjektperspektive. Menschen aus strukturschwachen Regionen oder aus sozial schwächeren Familien dürfen wegen ihrer räumlichen oder sozialen Herkunft eben nicht benachteiligt oder abgehängt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Wahrnehmung rücken. Wir müssen die individuellen Lebensverhältnisse besonders derjenigen im Blick haben, die von ungleichen Lebensverhältnissen in besonderer Weise benachteiligt sind. Die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit müssen daher Richtschnur und Kompass der politischen Entscheidungen werden. Neben der Verteilungs-, der Chancen- und der Verfahrensgerechtigkeit ist auch die Generationengerechtigkeit zu berücksichtigen. Gerade hier zeigt sich ganz deutlich ein großer Handlungsbedarf bei der bisher verfehlten Politik des Noch-Heimatministers.

Durch die Aufweichung der landesplanerischen Vorgaben soll die Bebauung großflächiger Gewerbegebiete jenseits bestehender Siedlungsstrukturen ermöglicht werden. Der ungebremste Flächenverbrauch in Bayern zerstört natürliche Lebensgrundlagen und trägt zur Verödung unserer Ortskerne bei. Aber Generationengerechtigkeit bedeutet doch, dass wir bei politischen Entscheidungen dafür sorgen müssen, dass die Entfaltungsmöglichkeiten der zukünftigen Generationen nicht beeinträchtigt werden. Deswegen müssen wir den Flächenverbrauch in Bayern reduzieren. Den Menschen auf dem Land sind die vierte Dimension der räumlichen Gerechtigkeit, die Generationengerechtigkeit und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wichtig. Dies zeigt sich auch am Zuspruch der Menschen zum Volksbegehren "Betonflut eindämmen. Damit Bayern Heimat bleibt."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie bereits erwähnt, liefert der schön gefärbte Heimatbericht eben keine Antwort auf die Frage, wie groß das Ausmaß der regionalen Disparitäten in Bayern ist. Wir brauchen eine objektive und wiederkehrende Bestandsaufnahme. Es ist als großer Erfolg der Enquete-Kommission zu werten, dass wir ein Indikatorensystem entwickelt haben, das die Unterschiede entlang der vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit erfassbar und messbar machen soll.

Ich halte eine weitere und tiefergehende Auseinandersetzung mit den Indikatoren für dringend notwendig. Aber die Implementierung ist umso wichtiger. Wir müssen dieses Messsystem, dieses Koordinatensystem implementieren. Dies wäre ergänzend oder analog zum Raumordnungsbericht eine ganz wichtige Sache. Die Lebensverhältnisse in Bayern müssen regelmäßig und objektiv gemessen und bewertet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Schlüsselrolle zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt ohne Zweifel den Kommunen zu. Die Menschen erwarten von den Kommunen, dass die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden. Die Menschen

nehmen in der Regel eine Einteilung in freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben nach dem Kommunalrecht nicht vor. Dass das Wasser aus der Leitung kommt und die Straßen in Schuss gehalten werden, erachten die Menschen als eine Selbstverständlichkeit. Aber die Menschen erwarten genauso ein Mindestangebot an ÖPNV. Sie erwarten genauso ein Mindestangebot an Kultur- und Sporteinrichtungen. Die letzteren Punkte machen als weiche Standortfaktoren das Leben richtig lebenswert. Das sind eben freiwillige Leistungen. Die finanzielle Ausgangslage der bayerischen Kommunen ist trotz des kommunalen Finanzausgleichs sehr unterschiedlich. Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen müssen, ausreichend in freiwillige Leistungen, in weiche Standortfaktoren, investieren zu können, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Deshalb haben wir es als wichtig erachtet, die Handlungsempfehlung mitzuverfassen und den Katalog der freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben zu überarbeiten. Wie die anderen Oppositionsfraktionen haben auch wir uns dafür ausgesprochen, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise zu erhöhen. Damit kann der freie Gestaltungsspielraum der Kommunen ermöglicht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zu einem weiteren wesentlichen Punkt der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten: die Mobilität. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Grundvoraussetzung, um am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass es relevante Bevölkerungsgruppen gibt, die kein Auto haben, auch wenn das Auto heute Hauptverkehrsmittel Nummer eins im ländlichen Raum ist und vermutlich auch in Zukunft bleiben wird.

Nehmen wir die jungen Menschen, die noch keinen Führerschein haben, die sozial Schwachen, die sich kein Auto leisten können, oder die alten Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Auto fahren können. Auch sie wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, auch sie haben Mobilitätsbedürfnisse. Daher ist es ganz

wichtig, dass wir diese Menschen mit einem auch im ländlichen Raum wieder gut ausgebauten und dichten ÖPNV-Angebot am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das Kapitel Mobilität ist ein wirklich großer Erfolg. Es trägt eindeutig eine grüne Handschrift. Wir haben zahlreiche Handlungsempfehlungen einstimmig verabschiedet, zum Beispiel die konsequente Umsetzung der Nahverkehrsrichtlinie, flächendeckende Verkehrs- und Tarifverbünde, ein landesweit einheitliches Tarifsysteem, die Aufstockung der bestehenden ÖPNV-Fördermittel und vieles mehr. Es ist dringend notwendig, zu handeln und bald zu handeln. Noch-Heimatminister Söder hat in seinem 10-Punkte-Programm angekündigt, bis zum Jahr 2050 dafür zu sorgen. Das ist viel zu spät. Wir erwarten, dass sofort gehandelt wird.

Mich freut es, dass wir diese Forderungen einstimmig erhoben haben, weil noch vor wenigen Monaten einzelne dieser Forderungen als grüne Initiative von der CSU abgelehnt worden sind. Deswegen ein besonderer Dank, dass man sich dazu durchringen konnte, dies einstimmig zu verabschieden. Jetzt ist eben auch die Umsetzung gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern darüber hinaus schon seit Langem einen flächendeckenden Glasfaserausbau, weil die Bundesregierung und auch die Bayerische Staatsregierung unserer Meinung nach viel zu lange auf den Ausbau mit Kupferkabeln gesetzt haben. Aber die damit erzielten Übertragungsgeschwindigkeiten sind heute schon kaum mehr wettbewerbsfähig, und wenn die Entwicklung so weitergeht, werden die Unterschiede und der technologische Rückstand auf dem Land schnell noch viel größer werden. Ein flächendeckender Zugang zum schnellen Internet ist sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmer als auch für die digitale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Deswegen besteht hinsichtlich der Bereitstellung einer schnellen In-

ternetverbindung und eines flächendeckenden Glasfaserausbaus dringender Handlungsbedarf, der auch von der Enquete-Kommission gesehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dünn besiedelten Regionen ist das Ladensterben am gravierendsten. Mittlerweile ist in jeder vierten Gemeinde in Bayern kein eigener Lebensmittelladen mehr vorhanden. Aber gerade die kleinen Läden im Dorf versorgen die Menschen nicht nur mit Lebensmitteln, sie schaffen auch Leben im Dorf. Wenn der letzte Laden geschlossen wird, dann bedeutet das auch eine Abwertung der Kommune als Wirtschafts- und Lebensraum.

Meiner Meinung nach macht es sich die CSU-Regierung zu einfach, wenn sie sagt: Ja mei, die Leute stimmen mit dem Gaspedal bzw. mit dem Einkaufswagen ab und fahren lieber mit dem Auto zu Aldi auf die grüne Wiese. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Lebensqualität schwindet, weil der Markt versagt, dann ist die Politik gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir die Dorfläden-Initiativen, die neues Leben in die Dörfer bringen wollen, mehr unterstützen. Um das Ladensterben in unseren Ortskernen aufzuhalten und den Bau von Supermärkten auf der grünen Wiese zu unterbinden, brauchen wir ganz dringend wieder strengere Vorgaben im Landesentwicklungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit komme ich zum nächsten Gesichtspunkt. Das Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein klarer Gestaltungsauftrag an den Staat. Dafür braucht es einen Plan. Dem steht diametral entgegen, dass die Landesentwicklung als Kernstück der Landesplanung bei den Reformprozessen der letzten Jahre immer mehr geschliffen worden ist. Dadurch ist ein unkoordiniertes Nebeneinander von fachlichen Konzepten

und Programm entstanden. Das verursacht Reibungsverluste und lässt Synergieeffekte ungenutzt.

Der Plan von Heimatminister Söder, Ministerpräsident zu werden, mag vielleicht aufgehen; aber dieser Plan reicht bei Weitem nicht für eine gute Landesentwicklung aus. Deswegen fordert auch die Enquete-Kommission, dass die Landesplanung wieder ihre koordinierende Funktion übernimmt.

Zwei Dinge möchte ich noch kurz ansprechen. Zunächst zum Bauen und Wohnen: Wir dürfen natürlich auch die Lebenssituation der Menschen in den Ballungsräumen nicht aus den Augen lassen. Gegen die explodierenden Mietpreise müssen wir dringend vorgehen, damit das Wohnen in der Stadt nicht nur vom Geldbeutel abhängig ist, sondern dass auch "Normalsterblichen", also Menschen mit einem normalem Einkommen, das Leben in Ballungsräumen möglich ist.

Auch die Gesundheitsvorsorge ist ein ganz wichtiges Kapitel. Hier haben wir große Defizite und müssen dringend schauen, dass wir durch eine Zusammenarbeit der Beteiligten im Gesundheitsbereich einer weiteren Ausdünnung der Gesundheitsangebote im ländlichen Raum entgegenwirken können. Auch hierzu schlagen wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor.

Ich fasse am Schluss zusammen: Trotz der guten wirtschaftlichen Lage in Bayern entwickeln sich einzelne Landesteile unterschiedlich und zum Teil in entgegengesetzter Richtung. Zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht in vielen Politikbereichen dringender Handlungsbedarf. Hier reicht ein Heimatministerium alleine nicht aus. Wir brauchen eine andere Politik für den ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen liegen seit dem heutigen Tag auf dem Tisch. Diese gilt es jetzt umzusetzen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gibis. Bitte schön, Herr Gibis.

Max Gibis (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – dies ist, wie wir wissen und heute schon des Öfteren gehört haben, inzwischen eine Forderung mit Verfassungsrang. Dies hört sich zunächst einfach an, ist es aber im Detail nicht. Bei der Arbeit in unserer Enquete-Kommission haben wir sehr schnell feststellen müssen, dass dies eine sehr komplexe Herausforderung ist.

Wir haben uns zu Beginn der Arbeit in der Enquete-Kommission über sehr grundsätzliche Fragen unterhalten: Wie definiert man überhaupt Gleichwertigkeit? Wie kann man Gleichwertigkeit messen? Stichwort Indikatoren, über die heute ja auch schon des Öfteren geredet wurde. Vor allem: Was bedeutet Gleichwertigkeit für die Menschen in Bayern, wo doch jeder ein anderes Lebensumfeld, eine andere Lebenssituation hat? Was ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Gleichwertigkeit? Oder auch: Sind die vorab formulierten Fragen des Fragenkatalogs überhaupt geeignet, um zielführend an diese Aufgabe heranzugehen?

Viele, ich gebe zu, oft auch theoretische Diskussionen wurden in der Kommission geführt, natürlich auch unter Einbringung des fachlichen Know-hows unserer Expertinnen und Experten und der Kolleginnen und Kollegen des Landtags. Ich darf mich an dieser Stelle für die wirklich sehr konstruktive Zusammenarbeit und vor allen Dingen für die zielorientierte Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken. Ich kann, glaube ich, schon sagen, dass wir alle miteinander das gleiche Ziel verfolgt haben. Selbstverständlich gab es in der einen oder anderen Frage Diskussionen über den richtigen Weg, aber am Ende des Tages wurde das Papier einmütig verabschiedet.

Ich bedanke mich besonders bei den Fraktionsmitarbeitern, die die Kommission begleitet haben. Diese möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen. Sie hatten die hehre Aufgabe, das Gesagte, das Diskutierte am Ende einer Sitzung in eine Struktur zu brin-

gen und zusammenfassend darzustellen. An dieser Stelle sei mir auch ein herzlicher Dank an Frau Jarawan dafür erlaubt, dass sie sozusagen den Laden zusammengehalten hat.

(Allgemeiner Beifall)

Um nicht nur theoretisch zu diskutieren, waren wir mit der Kommission auch in Bayern unterwegs und haben uns die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Regionen angesehen. Wir haben mit den dortigen Akteuren und in erster Linie auch mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern gesprochen. Dabei haben wir auch gesehen, dass durchaus unterschiedlich an die jeweiligen Herausforderungen herangegangen wird. Wir haben in Niederbayern, in Unterfranken, in Oberfranken gesehen, was alles positiv entwickelt werden kann, wenn sich mehrere Gemeinden im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung – ILE – zur interkommunalen Zusammenarbeit zusammenschließen und gemeinsam und zielgerichtet an den bevorstehenden oder an den bestehenden Aufgaben arbeiten und an diese herangehen, ganz gleich, ob es um Leerstände, um ÖPNV im ländlichen Raum, um medizinische Versorgung, um Kinderbetreuung, um Wohnen oder ganz generell um öffentliche Infrastruktur geht oder ging.

Grundsätzlich kann man feststellen: Wenn man interkommunal denkt und arbeitet, wenn der Horizont der kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht am eigenen Kirchturm endet, wenn man aktiv und am besten gemeinsam mit der Bevölkerung die bestehenden Herausforderungen aufgreift und wenn man nicht bereit ist, vor zurückgehenden Einwohnerzahlen, abnehmenden Arbeitsplätzen und negativer demokratischer Entwicklung zu kapitulieren, dann ist vieles möglich, wie die Beispiele gezeigt haben.

Wir haben dafür auf unseren Infofahrten sehr viele gute Beispiele, sogenannte Best-Practice-Beispiele, gesehen, die uns auch gezeigt haben, dass den Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben und Herausforderungen eine sehr große Verantwortung zukommt. Wir haben auch festgestellt, dass es bereits sehr viele gute Werkzeuge gibt. Christoph Rabenstein hat den Begriff Werkzeuge heute auch schon benutzt,

ohne dass wir uns darüber abgesprochen haben. Wir haben schon sehr viele gute Werkzeuge im Werkzeugkasten des Freistaates Bayern, um die Gemeinden, die Landkreise, die Regionen und die Kommunalpolitiker bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen.

Ich gebe zu – das weiß ich auch aus eigener Erfahrung als Bürgermeister –, dass es nicht immer ganz einfach ist, sich in diesem Werkzeugkasten zurechtzufinden. Man muss schon permanent suchen, um das jeweils richtige Werkzeug zu finden und das jeweilige Problem, das gelöst werden soll, lösen zu können. In der Regel und im Normalfall gibt es dafür aber ein Werkzeug. Ebenfalls kann ich aus meiner Erfahrung als Bürgermeister sagen – das bestätigen mir auch heute noch sehr viele Bürgermeister –, dass wir manchmal zu viel Zeit und auch zu viel Geld für theoretische Konzepte verschwenden, statt die Mittel zielgerichtet für die Durchführung praktischer Projekte einzusetzen.

Manchmal wäre auch eine flexiblere Verwendung von Fördermitteln aus den verschiedenen Fördertöpfen und den verschiedenen Förderprogrammen, die es gibt, wünschenswert. Die Kommunen sollten mit den Fördermitteln flexibler umgehen können und nicht in die bestehenden Richtlinien eingezwängt werden. Dann wäre manches in der Praxis einfacher realisierbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich schlage deshalb vor – das ist jetzt zwar kein Handlungsfeld, das sich aus dem Bericht der Enquete-Kommission ergibt, aber das ist eine Erfahrung aus der Lebenswirklichkeit –, dass wir weniger Konzepte aufstellen, aber mehr Projekte durchführen. Das könnte man auch den Ausführungen über die Hilfe für die Kommunen als Überschrift geben.

Der Freistaat Bayern hat viele Förderprogramme im Angebot. Man muss sich nur unter einem bestimmten Stichwort auf die Suche machen und findet dann immer gleich eine ganze Reihe von Förderprogrammen, die vielleicht infrage kommen, egal,

ob es um die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, um die Dorferneuerung oder den Städtebau geht, die im Übrigen sehr effektive Werkzeuge sind, oder ob es um den normalen FAG-Fördertopf, um die GVFG-Förderung oder die ÖPNV-Förderung und viele andere Förderprogramme geht.

Neben dem Angebot der passenden Werkzeuge muss der Freistaat aber auch gezielt auf die strukturellen Veränderungen reagieren. Dort, wo mehr Wirtschaftskraft, mehr Unternehmen und mehr Arbeitsplätze gebraucht werden, muss zielgenau in diese Richtung gefördert werden. Das heißt, Wirtschaftsinvestitionen und Ansiedlungen müssen gefördert werden. Dort, wo eine bessere Infrastruktur gebraucht wird, muss verstärkt in den Straßenbau oder in den ÖPNV investiert werden. Der ÖPNV ist heute schon mehrmals genannt worden. Bei den Formen des ÖPNV müssen wir noch viel flexibler werden. Die Takte im ländlichen Raum immer noch mehr zu verdichten, wird nicht zielführend sein. Wir müssen modernere Bedienformen in Form von Rufbussen, Ruftaxen oder was es alles so gibt schaffen. Es macht keinen Sinn, im Halbstundentakt warme Luft durch die Gegend zu fahren. Das ist Verschwendung von Geld. Da müssen wir innovativere Formen zulassen, damit sind wir aber auch auf einem sehr guten Weg.

Zusammengefasst heißt das: Wir dürfen nicht mit der Gießkanne übers Land gehen, wenn es um finanzielle Unterstützung geht, sondern wir müssen die Mittel gezielt dort einsetzen, wo Nachholbedarf besteht, um vor allem die Chancengerechtigkeit herzustellen und zu fördern. Ich denke dabei an die bestehende Wirtschaftsförderung und an den Breitbandausbau.

Beim Breitbandausbau sei mir eine Anmerkung erlaubt, Kollege Ganserer: Sie haben vorhin so getan, als ob wir in Bayern noch keinen Meter Glasfaser verlegt hätten. Wir haben in Bayern bisher 40.000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Das ist doch eine Leistung. In welchem Umfang und mit welchem Standard das Glasfasernetz ausgebaut wird, entscheiden die Kommunen vor Ort. Hier ist wahnsinnig viel passiert. Dass der Glasfaserausbau nicht in der Geschwindigkeit vorstättengeht, wie wir es uns sel-

ber wünschen, liegt eher an den Kapazitätsproblemen. Wir haben schlicht gesagt zu wenig Bagger in Bayern, die die Schächte für diese Kabel ausgraben. Trotzdem ist viel passiert. Andere Themen sind die Behördenverlagerung, die Dezentralisierung der Hochschulen oder die Investitionen generell in Bildung und Kinderbetreuung. Bei diesen Beispielen sind wir bereits auf dem Weg, um die Chancengerechtigkeit im ganzen Land herzustellen.

Natürlich müssen wir auch permanent prüfen, ob die gesetzten Prioritäten noch passen. In einer sich sehr schnell verändernden Gesellschaft ändern sich auch immer schneller die Herausforderungen. Auf die müssen wir auch reagieren. Wenn wir von Gerechtigkeitsdimensionen sprechen, brauchen wir dazu auch messbare Indikatoren. Der Wert der Indikatoren muss jedes Mal hinterfragt werden. Dass die Zahl der in öffentlichen Einrichtungen betreuten Kinder in manchen Regionen geringer ist als in den Ballungsräumen, ist nicht per se schlecht oder negativ. Im ländlichen Raum sind die Familienstrukturen nun einmal anders. Im ländlichen Raum entscheiden sich viele Mütter oder Eltern dazu, die ersten zwei, drei Jahre bei ihrem Kind zu Hause zu bleiben. Das ist nicht per se schlecht. Bei der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss kann man aber Vergleiche anstellen. Das ist in der Stadt genauso schlecht wie auf dem Land.

Bei diesen Indikatoren geht es nicht nur um irgendwelche Zahlen, Quoten oder Prozente, sondern es geht um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist dann hergestellt, wenn beim Beispiel der Kinderbetreuung alle Eltern, die es wollen, auch die Möglichkeit und die Chance haben, einen Betreuungsplatz in Anspruch zu nehmen. Das ist Gerechtigkeit. Das darf – das füge ich als meine persönliche Meinung hinzu – durchaus auch etwas kosten. Kinderbetreuung darf auch etwas kosten. Das akzeptieren die Eltern auch. Gerechtigkeit ist dann gegeben, wenn alle Menschen in Bayern, egal wo sie wohnen, die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten haben.

Deshalb soll dieser Bericht mit all seinen Handlungsempfehlungen als Leitplanke für alle zukünftigen politischen Entscheidungen in Bayern dienen. Ich bin fest davon über-

zeugt – das sieht man schon an den ersten Entwicklungen –, dass der ländliche Raum eine Renaissance erleben wird. Der ländliche Raum kann und soll – dessen bin ich mir sicher – eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gibis. – Nun kann ich dem Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Initiator der Enquete-Kommission Dr. Rabenstein hat heute schon aus der Sicht der SPD und als stellvertretender Vorsitzender verschiedene Aspekte genannt. Ich möchte aus meiner Sicht auf zwei oder drei Punkte eingehen, die entscheidend sind, um das gute Ergebnis, das die Kommission erzielt hat, umzusetzen.

Auch im Fall, dass in einem Landkreis der Arzt, die Pflege, die Schule und die Versorgung vor Ort vorhanden sind, das Kultur- und Freizeitangebot top ist und die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze im Landkreis liegen, stellt sich trotzdem für viele die Frage: Wie komme ich hin? Wie sind diese Angebote für Junge, für Alte, für Kranke und für Behinderte erreichbar? Viele verfügen nicht über zwei oder drei Autos. Manche wollen sich auch kein Auto zulegen.

Der Bericht hat gezeigt: Mobilitätsangebote und die Erreichbarkeit sind zentrale Herausforderungen für die Schaffung von Lebensqualität und Chancengleichheit sowie für die soziale und gesellschaftliche Inklusion, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehört der ÖPNV. Wir haben hier verschiedene Standards vorgegeben, wobei uns eines klar sein muss: Gelingt es nicht, den ÖPNV menschengerecht zu machen, wird diese fehlende Infrastruktur zu einer Isolierung der Menschen im ländlichen Raum führen.

Der Bericht hat auch gezeigt: Die Ertüchtigung des ÖPNV in den prosperierenden Räumen hat noch nicht mit den Bedürfnissen Schritt gehalten. Herr Kollege Gibis, deshalb haben wir gesagt, wir brauchen verbindliche Nahverkehrspläne.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen eine Aufstockung der Mittel für den ÖPNV und eine Stärkung der Kommunen, die letztlich dafür die Verantwortung haben. Wir brauchen auch Verkehrs- und Tarifverbände, die landesweit aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen auch ein einheitliches Tarifsystem. Überall dort, wo diese Voraussetzungen vorhanden sind, sind wir weit voraus. Dabei darf es nicht nur nach der Zahl der Fahrgäste gehen. Das ausschlaggebende Kriterium müssen die Fahrten pro Stunde sein. Dieses Kriterium bestimmt die Akzeptanz. Hier handelt es sich um freiwillige Aufgaben der Landkreise und der kreisfreien Städte. Das müssen wir beachten. Wir müssen sie unterstützen und dürfen sie dabei nicht alleinlassen.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Bahnanbindung und der Bayern-Takt. Auch über dieses Thema haben wir in der Enquete-Kommission Einvernehmen erzielt. Der Stundentakt trägt dazu bei, dass die Leute nicht in die Stadt ziehen, sondern auf dem Land wohnen und ohne Auto in die Stadt fahren können. Dies trägt auch zu einer Verringerung der CO₂-Werte in den Innenstädten bei. Wir müssen deshalb die Bayerische Eisenbahngesellschaft auffordern, hier mehr Geld einzusetzen. In den Beratungen über den Nachtragshaushalt müssen wir uns deshalb auch darüber unterhalten, ob der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen, nämlich den Breitbandausbau. Trotz aller Leistungen der letzten Jahre hinken wir hier noch hinterher.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die SPD?)

In Schweden sind 95 % der Menschen ans Internet angebunden und nutzen es. Schweden liegt damit im europäischen Vergleich auf Platz 4. Wir befinden uns auf dem 24. von 28 Plätzen. Außerdem haben wir immer noch im ganzen Land Funklöcher, wodurch die Firmen und die Nutzer beeinträchtigt werden.

(Ingrid Heckner (CSU): Die Kommunen wehren sich gegen Funkmasten!)

Wir sollten die Glasfaserkabel in den Siedlungen nicht nur bis zu den Verteilkästen verlegen, sondern auch in die Häuser. Wir sollten uns einmal ein Beispiel an der Post nehmen. Sie hat es vor 100 Jahren fertiggebracht, jedes Haus anzuschließen und nicht nur einen Anschlusspunkt im Dorf zu schaffen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend noch ein Aspekt. Wir müssen den Kommunen helfen. Nach dem Bundesprogramm sind die Kommunen, wenn sie die Zwischenfinanzierung nach sieben Jahren nicht mehr leisten können, keine Eigentümer mehr. Wir müssen hier die Kommunen stärken; denn ohne die Kommunen und ihre finanzielle Unterstützung wird es nicht gehen. Packen wir's an. Setzen wir dieses gute Werk um!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Trautner. Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Experten! Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, worum geht es genau? – Für mich – das hat sich auch an den bereichernden Beiträgen unserer hochkarätigen Experten gezeigt – ging es stets darum, die Weichen für die Zukunft des größten Flächenlandes Deutschlands richtig zu stellen. Ich habe diesen Fragenkatalog meinen Bürgermeistern vorgelegt. Die ersten Punkte, die sie mir genannt haben, waren die Gesundheitsversorgung, die ärztliche Versorgung, die Apotheken und die

Pflege. Das sind ganz wichtige Punkte. Sie nannten außerdem die Infrastruktur. Die Reaktivierung einer Bahnstrecke steht bevor. Das ist ganz entscheidend.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Bildung. Was entscheidet mehr über die Zukunft als die Bildung? – Die Bildung ist ein Standortfaktor. Warum sollte sich eine Familie an einem Ort ansiedeln oder in ihrer Heimat bleiben, wenn sich dort keine Schule in vertretbarer Entfernung befindet?

(Claudia Stamm (fraktionslos): Stimmt!)

Natürlich können wir uns kein Wunderland malen und von oben herab verordnen, wie sich jede bayerische Region entwickelt; denn die Entwicklungen entscheiden sich nicht nur auf regionaler, sondern auch auf lokaler Ebene. Deshalb wird es nicht ohne die Mitwirkung der Kommunen gehen.

Da die Bildung wichtig ist, lautet in der Konsequenz unsere einstimmige Handlungsempfehlung an die Staatsregierung, neben den wohnortnahen Grundschulen auch an einem möglichst dichten Netz von Mittelschulen und weiterführenden Schulen festzuhalten, damit jede Schule in einer zumutbaren Zeit mit dem Schulbus oder dem ÖPNV erreicht werden kann. Hier geht es darum, dass jeder einen Abschluss machen kann.

Wir haben uns natürlich auch mit den modernen Herausforderungen beschäftigt, zum Beispiel mit den Chancen der Digitalisierung, die heute schon häufig erwähnt und angesprochen worden sind. Auch hier besteht breiter Konsens: Wir müssen nicht nur unsere Schüler und die Lehrkräfte, sondern auch die Schulen für die digitale Zukunft fit machen. Hier haben wir noch viel zu tun. Wir befinden uns aber am Beginn des Weges dorthin und haben bereits vieles vorgebracht. Ergänzende Fernlehrgänge oder das E-Learning können bei der Meisterausbildung oder in der Fort- und Weiterbildung noch eine ganz wichtige Rolle spielen. Bei Berufsschulen, die nicht überall in unmittelbarer Nähe des Ausbildungsortes die gesamte Ausbildungspalette anbieten können, ist es möglich, mithilfe dieser modernen Lernmethoden kleine fachspezifische

Gruppen gezielt zu unterstützen und damit Berufsanfänger oder Schüler in der Region zu halten.

Meine Damen und Herren, Bildung hört aber nicht nach dem Schulabschluss auf. Sie spielt auch im weiteren Erwachsenenleben eine große Rolle. Im Sinne der Gerechtigkeit für alle Generationen müssen wir die Erwachsenenbildung deshalb stärker ausbauen und unterstützen. Wir müssen dabei künftig mehr auf die Kooperation und die Vernetzung achten. Es hat sich herauskristallisiert, dass die Bildungsregionen, die sich in Bayern etabliert haben, noch viel mehr Potenzial entfalten könnten, wenn sie sich mit anderen regionalen Initiativen vernetzen würden.

Gleiches gilt für die interkommunale Zusammenarbeit, die Herr Kollege Gibis angesprochen hat. Wir müssen ein Stück weit weg vom Konkurrenzdenken und hin zur Kooperation kommen. In manchen Fällen wäre das gar nicht so aufwendig. So könnten in Nachbarorten die Zeiten des Schulbeginns abgestimmt werden, um die Fahrtzeiten zu verkürzen. Diese Potenziale gilt es verstärkt auszuschöpfen, auch über die Grenzen von Gebietskörperschaften hinweg.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von hoher Priorität. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, die insbesondere auch die Frauen betrifft. "Passgenaue Betreuungsangebote", "bedarfsgerecht" und "zukunftsorientiert" sind die richtigen Schlagworte. Die Wünsche der Eltern sind vor Ort sehr unterschiedlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gilt es, eine breite Palette anzubieten. Nach Ansicht der Kommission liegt in der Weiterentwicklung der Betreuung in den Rand- und Ferienzeiten großes Potenzial.

Nun zur Gerechtigkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen und mit besonderem Förderbedarf. Wir haben diese Gruppe berücksichtigt und festgestellt, dass wir im ländlichen Raum verstärkt inklusive Angebote schaffen und Förderschulen einrichten müssen. Das ist ein gutes Signal. Die berufliche Bildung liegt uns natürlich auch sehr am Herzen. Praktika, verstärkte Berufsorientierung an allen Schularten und Partnerschaften mit Betrieben könnten dazu führen, dass die Vorteile der beruflichen Bildung

noch stärker genutzt werden. Wir brauchen nicht in jedem Bereich eine steigende Akademisierung. Der brandaktuelle Fachkräftemangel führt es uns eindrucksvoll vor Augen. In manchen Ausbildungsberufen gibt es eine sehr hohe Spezialisierung. Wenige wissen, dass es bundesweit 321 Ausbildungsberufe gibt, davon können 250 in Bayern angeboten werden. Unsere Empfehlung ist deshalb die Schaffung einer zentralen Stelle, an der alle offenen Ausbildungsplätze aufgelistet werden und per Mausklick auf einer Plattform das Ausbildungsangebot in einer bestimmten Region, das beispielsweise innerhalb eines bestimmten Zeitfensters mit dem ÖPNV erreicht werden kann, zugänglich ist.

Bei den Hochschulen hat es bereits eine Dezentralisierung mit der Etablierung von Außenstellen gegeben. Das war sehr erfolgreich. Die Technologietransferzentren sind wunderbar angekommen und schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Das stärkt wiederum die Regionen.

Zum Schluss sage ich: Bei der Frage nach Gerechtigkeit sollte immer der Mensch und nicht die Parteipolitik – Herr Kollege Rabenstein, Sie haben völlig recht – im Mittelpunkt stehen. Für mich steht deshalb nicht die Frage, wer es erfunden hat, im Vordergrund. Für mich ist wichtig, was hinten herauskommt. Der Bericht ist nicht das Ende der Arbeit, sondern erst der Beginn der Umsetzung einer sehr großen Herausforderung. Bayern bietet großartige Möglichkeiten. Jeder sollte diese Möglichkeiten vor Ort voll ausschöpfen können. Die Menschen sollten bleiben und nicht wegziehen, weil es dafür keinen Grund gibt. Die Menschen fühlen sich dort wohl, wo sie sind. Unser Ziel muss es sein, dass die Menschen am Ende sagen: Da bin ich daheim, und da bleib ich auch, weil dort alles passt. Machen wir uns dafür gemeinsam auf den Weg.

Ich bedanke mich herzlich für die gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, mit den Experten und den Fraktionsmitarbeitern. Wir haben einen großartigen Start hingelegt und werden gemeinsam an der Verwirklichung unserer Ideen arbeiten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Trautner. – Als nächster Rednerin darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle möchte ich mich zunächst bei den Experten und den Mitgliedern der Kommission für ihre Arbeit bedanken. Allerdings befürchte ich, dass die übertragenen Aufgaben denen des Sisyphos ähneln. Gleiche Lebensbedingungen in ganz Bayern herzustellen, das wird wohl auch diese Kommission nicht schaffen. Dennoch hätte man mit der Enquete-Kommission einen guten Schritt weitergehen können. Man hätte neue Wege gehen können, beispielsweise mit der Einrichtung eines Forschungsinstituts zum Thema räumliche Gerechtigkeit. Das war aber wohl mit der CSU nicht zu machen.

Überfliegt man die Handlungsempfehlungen, findet man einen großen Strauß an Maßnahmen, die genau eines deutlich machen: Bayern ist nicht gerecht. In Bayern herrschen nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Lebensbedingungen. Heute wurde bereits mehrfach auch von der SPD erwähnt, dass die Schaffung gleicher Lebensbedingungen schon länger, nämlich seit Wilhelm Hoegner, ein Mantra der bayerischen Politik ist.

Ich möchte an zwei Beispielen ausführen, dass es in Bayern nicht gerecht zugeht. Das erste Beispiel betrifft die Bildung. Niederbayern ist der bayerische Bezirk mit der niedrigsten Quote beim Übertritt auf das Gymnasium.

(Widerspruch bei der CSU)

Bayernweit gilt: In den Metropolen wechseln rund 60 % der Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium. Ich kenne sogar eine Schule, an der 99 % aller Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium gewechselt sind. Auf dem Land sind es aber nur 40 %. In vielen Landkreisen sind es noch viel weniger.

(Widerspruch bei der CSU)

Das zeigt, dass die Lebensverhältnisse in Bayern nicht gleich sind, egal wie sehr Sie sich aufregen. Es muss einen Unterschied geben. Wie begegnet die Staatsregierung dem Problem? – Sie erklärt die Region Freyung-Grafenau zur Bildungsregion. Im Bildungskonzept der Staatsregierung finden Sie eine relativ klare Darstellung darüber, was vor Ort los ist. Die Menschen wandern ab. Da können Sie sich noch so sehr aufregen. Was schlägt man jetzt vor? – Die Integration von Migranten. Zunächst sollen die Migranten eine Ausbildung absolvieren und dann in den Arbeitsmarkt integriert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen nahelegen, das endlich zu tun. Lassen Sie junge integrationswillige Asylbewerber endlich eine Ausbildung machen. Lassen Sie das tolle, in Bayern erfundene Konzept "3 + 2" sowohl in Freyung-Grafenau als auch in ganz Bayern zu. Wenn Sie etwas für die Bildung tun wollen, lassen sie endlich eine Gemeinschaftsschule zu. Sogar ein CSU-Bürgermeister aus Mittelfranken wollte eine Gemeinschaftsschule. Das ist gut für die Schülerinnen und Schüler und eine Chance für das Land.

Der nächste Punkt betrifft die Entwicklung. Das hat die SPD vorab auch schon gesagt: Die Entwicklung sollte von unten erfolgen. Dennoch sollte auch die Staatsregierung Maßnahmen ergreifen. Ich nenne beispielhaft Garmisch-Partenkirchen; das ist auch ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Die Lösung lautet jetzt: Gesundheitsregionplus – ein Marketinglabel, nichts weiter. Gesundheit als Exportschlager einer Region, die jedes Wochenende mit dem Stau am Ende der A 95 und weiter auf der B 2 mit unsäglichen Verkehrsproblemen kämpft.

(Widerspruch bei der CSU)

An dieser Stelle wäre ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr ein Beitrag zur Gesundheitsregion, den die Staatsregierung leisten könnte. Das wäre relativ einfach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsregierung überzieht Bayern mit Bildungsregionen, mit Gesundheitsregionen, mit Clustern und Förderprogrammen. Gestern hat Richterin Martina Scherl zum Kampf gegen die Abgasbelastung in baye-

rischen Städten gesagt – ich zitiere: viel Blabla. Fakt ist, dass das Landesentwicklungsprogramm im letzten Jahr deutlich gezeigt hat, wohin die Reise geht: mehr Betonmischer. Letztendlich wird die Kabinenbahn am Riedberger Horn, wenn sie einmal fährt – ich hoffe es nicht –, das Symbol Ihrer verfehlten Landespolitik sein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sie können das Riedberger Horn zur bayerischen Schneeregion erheben. Zwar fällt dann immer noch keine Flocke Schnee vom Himmel, aber vielleicht fällt es Ihnen nicht auf.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle könnte ich noch viel Positives vermerken, aber meine Redezeit beträgt nur vier Minuten. Nachdem so viel Optimistisches gesagt worden ist, möchte ich auf Kritikpunkte eingehen, weil ich glaube, dass die Enquete-Kommission mit dem jetzt vorgelegten Papier ihre Chancen nicht ausreichend genutzt hat. Die Aufgabenstellung war klar: Die Kommission sollte Handlungsstrategien und Empfehlungen für den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung erarbeiten, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen sowie eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden kann. Die Kommunen haben Empfehlungen, Hilfestellungen und Konzepte erwartet. Ich bezweifle, dass mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an diesen Aufgaben gearbeitet worden ist. Es ist bezeichnend, dass einen Tag vor der abschließenden Debatte im Plenum noch kein öffentlich zugänglicher Abschlussbericht vorliegt. Offensichtlich ist das Interesse, den Bericht zu veröffentlichen, gar nicht sonderlich groß. Die Kommission hat versucht, Fachpolitik der einzelnen Ressorts ohne Fachpolitiker zu betreiben. Das ist ein Problem. Ein Gremium wie die Enquete-Kommission kann nicht die Expertise von Poli-

tikern und Spezialisten aus allen Ressorts ersetzen. Stattdessen hätte man sich auf ressortübergreifende Konzepte konzentrieren sollen.

Der Abschlussbericht beschäftigt sich mit den falschen Fragestellungen. Statt eines Konzepts liefert der Bericht langatmige Ausführungen über den ellenlangen Fragenkatalog. Die wichtigsten Fragen wurden allerdings nicht beantwortet: Ab wann herrscht keine Gleichwertigkeit? Wer bewertet das? Welche Rolle spielen die Teilräume Bayerns bei dieser Einschätzung? Wie werden sie beteiligt? Welche Raumkategorien betrachten wir überhaupt? – Ich hätte mir auch die klare Festlegung gewünscht, dass es nicht um eine Mindestausstattung, sondern um politisch zu bewertende Maximalabweichungen zwischen den Räumen geht.

Für den Gesetzgeber ist die Frage durchaus interessant: Kann man, muss man ein solches Gleichwertigkeitsverfahren normieren? – Daneben muss es um die Festlegung von klaren Zuständigkeiten gehen. Wenn Fachpolitiken schon so großen Raum einnehmen, wie sie es hier tun, dann gibt es auch da viele Fragezeichen. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Erstens. Die Kommission schlägt jetzt auf einmal einhellig die Einführung eines verbindlichen Zieles zur Reduktion des Flächenverbrauchs in Bayern vor. Wenn man dieses Thema wie die GRÜNEN angeht, wird gerade der strukturschwache Raum all seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

Ein zweites Beispiel ist die Diskussion über die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass ein Papier zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern zu parteipolitischen Debatten über den Grad der gewerkschaftlichen Organisation in Unternehmen führt. Nach den Ausführungen soll die öffentliche Hand Aufträge nur noch an entsprechende Betriebe vergeben dürfen. Das hat mit der Frage nach der Gleichwertigkeit schon gleich gar nichts zu tun.

Beispiel Nummer drei ist der Erhalt von Grundschulen. Dass die Kommission die Forderung nach "möglichst wohnortnahen Grundschulen" aufnimmt, lässt an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln. Abgesehen davon, dass die Formulierung selbst im Landesent-

wicklungsprogramm schon konkreter ist, wäre von der Kommission mehr zu erwarten gewesen. Wir brauchen konkrete Zahlen. Wie lange darf die Fahrt in die Schule dauern? – Wie weit darf die Schule vom Wohnort weg sein?

Ich halte die gleichwertigen Lebensbedingungen nach wie vor für ein ganz zentrales Thema. Aber ich glaube, dass der Bericht leider nicht das an Beiträgen leistet, was er hätte leisten können und müssen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Aber ich werde großen Wert darauf legen, dass wir bei den Ansätzen, die ich gerade dargestellt habe – dem Gleichwertigkeitsbericht, der Beteiligung von Teilräumen und Aufforderungen an Staatsregierung und Landtag –, mehr tun, als dieser Bericht skizziert.

(Beifall des Abgeordneten Günther Felbinger (fraktionslos))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.